E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 3/10 Jahrgang 59

ver.di

Datenjournalismus Spannende Recherche im Netz

inhalt

titelthema datenjournalismus

8 **Spannende Recherche im Netz**
12 **Im Dialog mit Wikileaks**
Onlineplattform als Synonym für Meinungsfreiheit

rubriken

4 **Briefe an M**
33 **Service / Leute / Preise**
36 **Impressum**

aktuell

4 **Wahlversammlung im Ortsverein Südwestfalen**
4 **Presseversorgung verzinst auch 2010 mit 4,8 %**
4 **Unzureichendes Lohnangebot**
5 **Veranstaltungen und andere News**

kolumne

6 **Für nichtig erklärt**
Vorratsdatenspeicherung gestoppt – EU-Richtlinie muss fallen

porträt

7 **Das Herz der Studioproduktion**
Benedikt Kemper in der Gesamtdisposition bei RTL

journalismus

13 **Aus der Rolle gefallen**
Kontraste-Reporter Chris Humbs gibt Anstöße im ländlichen Raum
14 **Wie setzt man Zeichen?**
Eine linke Medienakademie ist hierzulande ein Solitär – aber ein großer nach inzwischen sieben Jahren
16 **Feindbild erschüttert?**
Springer eröffnete Online-Datenbank „Medienarchiv68"
17 **Das falsche Bild Neda**
Eine totgeschriebene Lebende zeugt vom Versagen der Medien
18 **Transparenz und Realitätssinn**
Debatte über ethische Orientierung in Kommunikationsberufen

print

20 **„Zuerst" am rechten Rand**
Neue rechtslastige Hochglanzpostille vertrieben vom Bauer Verlag Hamburg
21 **Mehr und weniger**
Geldzulage für ddp-Mitarbeiter, Lohneinbußen bei DAPD
21 **Schon entdeckt? Hinz und Kunzt**
22 **Kurswechsel errungen**
22 **Docupedia nutzt Medien als gestaltende Akteure**
Neue Internetplattform zu Diskussionen der Zeitgeschichte
22 **Aus für Mendener Zeitung**
23 **Satire darf nicht alles**
Deutscher Presserat rügt Titanic-Cartoons zu Enkes Suizid
23 **Presserat mit neuem Vorsitzendem**
23 **Mehr Schutz für Journalisten**

print / rundfunk

24 **„Arbeit will Entlohnung"**
Bayerischer Rundfunk will keine Wiederholungshonorare bei „DRadio Wissen" zahlen
24 **Rendite statt Recherche?**
Wut über Entlassungen bei der Süddeutschen Zeitung
24 **Leitplanken fürs Internet**
Bundestag setzte Enquete-Kommission ein

Karikatur: Petra Kaster

kommentiert

Tauwetter

Von Mareike Aden, Moskau | Die 29 Jahre alte PR-Managerin Jekatarina schaltet neuerdings wieder jeden Abend das russische Staatsfernsehen an – dabei hatte sie die Staatspropaganda dort eigentlich längst satt. Doch nun flimmert dort eine neue TV-Serie über den Bildschirm. Diese zeigt den Alltag einer imaginären Moskauer Schulklasse. Da wird vor der Kamera gepöbelt, geschimpft und gefummelt – und das zur besten Sendezeit. Normalerweise gab es dort um diese Zeit die neuesten Erfolgsmeldungen von Übervater Putin und Präsident Medwedew zu sehen. Prompt gab es dann auch vom älteren Publikum entrüstete Anrufe beim Sender, Parlamentsabgeordnete fordern die Absetzung der Serie. Lehrer fühlen sich verletzt.

Eines hat die neue Serie schon jetzt erreicht – sie hat eine Diskussion von Politikern und Bildungsexperten ausgelöst. Und viele fragen sich, warum das staatstreue Staatsfernsehen den Auftrag zu dieser Serie in verwackelter Handkamera-Technik bei einer jungen 25jährigen Regisseurin in Auftrag gab. Medienexperten glauben den Grund zu kennen: Der „Erste Kanal", der in den letzten Jahren wegen seiner allzu offensichtlichen Staatspropaganda vor allem junge Zuschauer eingebüßt hat, will das junge Publikum zurück gewinnen. Denn 2012 stehen erneut Präsidentschaftswahlen an und das Fernsehen ist in Russland nach wie vor das wichtigste Instrument der Meinungsmache. „Schkola" heißt die neue Serie, mit der das gelingen soll. Und es ist nicht das einzige Projekt, mit dem der Staatssender Öffnung vortäuschen will: In der neuen politischen Comedy-Sendung „Multlitschnosti" treten seit langem Cartoon-Puppen von russischen Stars und ausländischen Politikern auf. Doch seit Jahresende sind plötzlich auch Puppen von Putin und Medwedew dabei. Die PR-Managerin fühlt sich schon an die politische Puppenshow „Kukli" des Senders NTW erinnert, die lange gegen Putin ätzte und dann abgesetzt wurde. Allerdings gäbe es zu dieser einen großen Unterschied, sagen TV-Kritiker: Anders als üblich in solchen Shows werden im russischen Fernsehen die russischen Politiker nach wie vor mit Samthandschuhen angefasst. Das Drehbuch für das vermeintliche Tauwetter im russischen Staatsfernsehen, da sind sich viele sicher, wurde im Kreml geschrieben.

editorial

recht

25 METIS auf gutem Weg
Kritiken zur Sonderausschüttung für Online-Texte nachgegangen

26 Hürdenlauf
Informationsfreiheitsgesetz nur schwer durchsetzbar

27 Fotogebühr gekippt
Schlösser-Stiftung verlor Klage gegen Fotografen

27 Versetzung unwirksam

27 Anzeige gegen Bauer

film

28 Blick über den Tellerrand
Berlinale-Diskussion über erschwerte Produktionsbedingungen

29 Warnstreik im Berlinale-Kino „Cubix"

29 Filmrezension: „Die 4. Revolution – Energy Autonomy"

internationales

30 Pressefreiheit im Rückwärtsgang
Taiwan: Regierung hält Reporter auf Distanz, wimmelt Anfragen ab

31 Leere Ankündigungen
Kambodscha: Kritische Medien stehen unter Druck

32 Bedroht und verfolgt
Pedro Matías Arrazola über die journalistische Arbeit in Mexiko

Fair Pay und freier Datenfluss

„Fair Pay" ist eine Grundforderung von ver.di für alle Arbeitenden. Das Ringen um einen Mindestlohn gehört ebenso dazu wie die Verhandlungen um eine angemessene Vergütung für Selbstständige. Nach fast sieben Jahre konnten solch bessere Honorare für freie Journalisten an Tageszeitungen vereinbart werden. (M 1–2/2010 berichtete) Sie gelten für alle Verlage als auf dem Urheberrechtsgesetz aufbauende Richtschnur: Mehr noch, mit dem Gesetz im Rücken können diese Honorare eingeklagt werden. Aber natürlich werden seit Inkrafttreten der Regelungen am 1. Februar nicht sofort überall diese häufig höheren Honorare gezahlt. Anfragen von Freien bei ihren Auftraggebern führten gar zur Abwehr: Gerade in diesem Verlag träfe dies nicht zu! Die dju in ver.di hat deshalb eine Kampagne „Fair Pay für angemessene Honorare" gestartet. Wer Unterstützung braucht, kann sich an die dju in ver.di vor Ort wenden. (S. 5/S. 40) Das Ziel der Gewerkschaften einer fairen Bezahlung ist mit diesen nunmehr ausgehandelten Honoraren, denen hoffentlich bald weitere – etwa für Fotografen – folgen werden, längst nicht erreicht. Aber es zeigt ein Vorwärtskommen auf dem Weg dahin.

Von Fair Pay kann sicher auch nicht die Rede sein, wenn zwei Agenturen zusammengehen und die jeweiligen Mitarbeiter unterschiedlich bezahlt werden wie es bei ddp und der einstigen AP Deutschland der Fall ist. Aber die Reallöhne der nach Tarif bezahlten APler dann nach unten zu schrauben, ist wohl das Gegenteil von fair. Daran ändert auch eine kleine Zulage für die ddpler nicht viel. (S. 21)

Neben den oft viel zu dünn fließenden Geldströmen sind derzeit verschiedenste Datenströme im Fokus von Bürgern im Allgemeinen und Medienschaffenden im Besonderen. Ein Highlight für den Rechtsstaat und die Pressefreiheit war Anfang März das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung. Das Gesetz wurde für grundgesetzwidrig und damit für nichtig erklärt. Alle bisher gespeicherten Daten müssen gelöscht werden. Aber schon wird nach einem neuen Regelwerk gerufen. Wachsamkeit und Widerstand sind gefordert, damit keine neue missbräuchliche Vorratsdatensammlung gesetzlich fixiert wird. Und auch die maßgebliche EU-Richtlinie, die das hohe deutsche Gericht nicht angriff, sollte zur Disposition stehen. (Kolumne S. 6)

Welch großes Potenzial die Datenschätze des Internets zum Beispiel für die Recherche von Journalisten oder für Webentwickler bieten, versucht M im Titelthema des aktuellen Heftes zu beleuchten. Eine neue Open-Data-Politik bricht sich Bahn, zumindest in Großbritannien und Amerika. Interessante Informationen bieten viele Internetdienste auch im Lokalen an - eine Fundgrube für journalistische Geschichten. Als Synonym für Meinungsfreiheit gilt vielen Journalisten die Onlineplattform Wikileaks. Hier werden jegliche eingereichte Dokumente veröffentlicht. Mehr als 1,2 Millionen sind bereits hinterlegt. Datenschützer sehen die fehlende redaktionelle Kontrolle bei Wikileaks kritisch. Auch deshalb sind vor allem Journalisten in der Pflicht, Brisantes herauszufiltern, die Authentizität der Unterlagen zu prüfen und diese dann in den entsprechenden Kontext zu stellen. Jedoch bremst Deutschland mit seinen eingeschränkten Informationsfreiheiten die Datenrecherche bisher noch weitgehend aus. Das Informationsfreiheitsgesetz ist häufig nur schwer durchsetzbar. (Titelthema S. 8–12, S. 26)

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

& aufgespießt

Fragwürdig

Von Günter Herkel | „Die Presse", heißt es in Ziffer 8 der publizistischen Grundsätze des deutschen Presserates, „achtet das Privatleben und die Intimsphäre des Menschen." Es folgt die Einschränkung: „Berührt jedoch das private Verhalten öffentliche Interessen, so kann es im Einzelfall in der Presse erörtert werden." Wie dehnbar und interpretationsfähig solche Grundsätze sind, lässt sich in der so genannten „Bunte"-Affäre wunderbar an der Güterabwägung von *Bunte*-Chefin Patricia Riekel ablesen. Die Lebensgefährtin von Helmut Markwort (*Focus*) differenziert feinsinnig zwischen berichterstattungsrelevanter Privatsphäre und schützenswerter Intimsphäre. Ein allzu durchsichtiges Manöver, um das fragwürdige Herumstochern im Privatleben von Politikern aller Couleur zu rechtfertigen. Und um abzulenken von den noch fragwürdigeren Methoden, derer sich die Berliner Fotoagentur CMK im Auftrag der *Bunten* bedient hat. „Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden" lautet eine weitere im Pressekodex verankerte goldene Regel. Der vom paparazzigeschädigten SPD-Politiker Franz Müntefering angerufene Presserat wird in Kürze entscheiden müssen, ob Bewegungsmelder, heimliche Filmaufnahmen und andere verdeckte Ermittlungsmethoden von CMK damit in Einklang standen.

Auf den Einwand des Burda-Verlags, bei der *Stern*-Attacke handle es lediglich um den Versuch eines Wettbewerbers, „durch lautes Blöken vom journalistischen Niedergang des *Stern* abzulenken", reagierte die „Stern"-Chefredaktion in der *taz* recht beleidigt. Die *Bunte* konkurriere mit People-Magazinen wie *Gala* oder *InToach*, der *Stern* dagegen mit *Focus* und *Spiegel* – auch mit solchen Enthüllungsgeschichten. Was die Sache nicht besser macht. Auch der *Stern* war in der Vergangenheit Kunde von CMK, hatte keine Skrupel, ein Bild der Agentur von Seehofers unehelicher Tochter und deren Mutter abzudrucken. Oder schauen wir auf den ekelerregenden Beitrag des *Stern* zum Internationalen Frauentag: Auf dem Cover das Bild eines Pin-up-Girls, ein Stethoskop über den baren Brüsten – nach Ansicht der *Stern*-Macher offenbar die angemessene Illustration eines „schwierigen Themas": Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennungsdiagnostik.

Wir freuen uns über Briefe.
Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen und bitten dafür um Verständnis.

ver.di Bundesverwaltung
Karin Wenk, «M»-Redaktion,
10112 Berlin

Telefon: (030) 69 56 23 26
Fax: (030) 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Richtigstellung: Zitat falsch zugeordnet

„Mutig, multimedial, meinungsbildend?" 18. Forum Lokaljournalismus in Dortmund in M 1–2/2010

Über einen Kollegen bin ich auf den Beitrag „Mutig, multimedial, meinungsbildend?" (M – Menschen Machen Medien, 01–02/2010) hingewiesen worden, in dem ich ausführlicher zitiert werde. Die genannten Sätze stammen nicht von mir: „Henrik Bortels, Online-Chef der *Märkischen Allgemeine* in Potsdam, hat eine Idee. „Was hält uns denn davon ab, diese neue publizistische Konkurrenz mit zu vermarkten?" Sobald ein Blog eine relevante Reichweite habe, biete sich dies doch in beiderseitigem Interesse an. Die *Märkische Allgemeine* vermarkte nach diesem Muster als Blog-Host an die 700 angemeldete Weblogs, berichtete Bortels. „Die größten Kritiker machen das genau auf unserer Plattform." Eine Umarmungsstrategie, um die Konkurrenz besser zu kontrollieren oder sogar noch daran zu verdienen.

Auch wenn ich dem ersten Teil vielleicht noch inhaltlich zustimmen kann, so ist der zweite Teil des Zitates schlicht falsch. Ich möchte Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse um folgende Richtigstellung bitten: Die *Märkische Allgemeine* ist kein Blog-Host. Es gibt bei der *Märkischen Allgemeinen* nicht „an die 700 angemeldete Weblogs". Die *Märkische Allgemeine* betreibt keine Plattform für die Vermarktung von Weblogs. Die *Märkische Allgemeine* ist als Zeitung im Internet unter www.MaerkischeAllgemeine.de aktiv.

Henrik Bortels, MBA,
Leiter HavelcomOnline, Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam ■

Die M-Redaktion entschuldigt sich für das Versehen! Das Zitat stammt von Alexander Houben, Chef vom Dienst beim *Trierischen Volksfreund*, der zusammen mit Henrik Bortels auf dem Podium saß und bezieht sich natürlich auf den *Trierischen Volksfreund*. *Karin Wenk,*
verantwortliche Redakteurin ■

Zuhälter-Jargon

Schon entdeckt? Heddesheimblog.de in M 1–2/2010

Ich bin entsetzt, dass Sie das *Heddesheimblog* lobend präsentieren, das so hasserfüllt, sexistisch und ekelhaft über Kolleginnen berichtet:
http://heddesheimblog.de/2010/02/20/das-drama-der-journalistischen-prostitution/

Nichts dagegen, wenn Journalisten Journalisten kritisieren und dabei eine klare und deftige Sprache verwenden. Im Gegenteil. Aber wer in diesem Zuhälter-Jargon unter der Überschrift „Das Drama der journalistischen Prostitution" und unter voller Namensnennung über eine Kollegin redet (ich habe den Namen hier abgekürzt), disqualifiziert sich selbst:

- Wenn der Bürgermeister sie auf den Schoß bittet, ist sie besonders aufmerksam.
- Es geht um die schnelle Bedienung von Bedürfnissen. Sozusagen um einen journalistischen „Blowjob". Um journalistisches „Blasen".
- Die Berichterstattung der Frau G. erinnert nicht zum ersten Mal an eine journalistische Prostitution: Ich verkaufe mich und mein Medium für eine „Story". Koste es, was es wolle.
- Der Mannheimer Morgen, in Heddesheim durch die Redakteurin G. repräsentiert, hat seine Berichterstattung schon lange und heute wieder auf das Niveau eines journalistischen Straßenstrichs reduziert.
- Frau G. bedient ihn gut, billig und willig und allzeit bereit – für ein exklusives Interview.

Das hat nichts mit Bürger-Journalismus zu tun. Oder mit David gegen Goliath. Oder mit Freiheit der Presse. Das ist der Versuch, eine unliebsame Person schlecht zu machen und ihr beruflich sowie persönlich zu schaden. Und das auch noch in schlechtem Deutsch. Armselig!

Michael Kneissler, Hamburg ■

Setbesuche 2010

Von April bis Juni in Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Köln

connexx.av wird seine 2009 erfolgreich durchgeführten Setbesuche fortsetzen. connexx.av informiert die Filmschaffenden direkt am Drehort über die aktuellen Tarifverträge, Arbeitszeitregelungen und Mindestgagen in der Filmbranche.

Wenn Sie wollen, dass wir Ihren Dreh besuchen, dann teilen uns mit, wann und wo Sie in dem Zeitraum drehen – Vertraulichkeit garantiert! E-Mail: **mail@connexx-av.de**

Wahlversammlung in Südwestfalen

Der Ortsverein Südwestfalen lädt am 24. April zur Mitgliederversammlung mit Wahlen ein: 10 Uhr in Hagen, Hochstraße 117A im ver.di-Haus. Gewählt werden ein neuer Vorstand des Ortsvereins und die Delegierten zur ver.di-Konferenz Südwestfalen. Eingeladen sind alle Kolleginnen und Kollegen, die im Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie organisiert und im Ennepe-Ruhr-Kreis, in Hagen und im märkischen Kreis zu Hause sind. Kontakt: Peter Czeranna, Tel.: 02351/38609.

Presseversorgung verzinst auch 2010 mit 4,8 %

Im dritten Jahr hintereinander erhalten die Versicherten der Presse-Versorgung eine laufende Verzinsung von 4,8 %. Die Presse-Versorgung liegt damit 2010 an der Spitze des Marktes und um rund 0,6 %-Punkte über dem vom Branchendienst map-report erwarteten Marktdurchschnitt von 4,2 %. Die laufende Verzinsung des jeweiligen Jahres wird den einzelnen Verträgen direkt gutgeschrieben und ist damit bereits heute bis zum Ablauf des Vertrages garantiert. Mehr unter: http://www.presse-versorgung.de/index.php?article_id=107

Unzureichendes Lohnangebot

Die dritte Verhandlungsrunde für die über 1.000 Beschäftigten in Filmproduktions-, Postproduktions- und Studiobetrieben zwischen dem Verband für filmtechnische Betriebe (VTFF) und ver.di hat erste Bewegung gebracht. ver.di fordert Tariferhöhungen von 4,5 %. Der VTFF hat nun ein Angebot zu Lohnerhöhungen von je 0,8 % ab Juli 2010 und ab April 2011 für eine Laufzeit bis Ende 2011 abgegeben. Das hat ver.di als vollkommen unzureichend bezeichnet. Der VTFF hat zwar die Reduzierung der Sonnabend-Zuschläge zurück genommen. Weiterhin fordert die Arbeitgeberseite aber, die Mehrarbeits-Zuschläge teilweise zu streichen und zu verringern. „Zuschläge für besonders engagierte Mitarbeiter zu kürzen, ist demotivierend. Und die angebotene Tariferhöhung ist tatsächlich ein Reallohnverlust. Statt Kürzungen bei Zuschlägen erwarten wir spürbare Tariferhöhungen", erklärte ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel. Die Verhandlung wird am 28. April 2010 in Berlin fortgesetzt.

Veranstaltungen und andere News

„Fair Pay" Kampagne | Die dju in ver.di hat eine „Fair pay"-Kampagne zur Umsetzung der Vergütungsregeln für Tageszeitungen gestartet. Die gemeinsamen Vergütungsregeln für Zeitungsverlage gelten seit dem 1.2.2010. Sie müssen nun durchgesetzt werden. Dazu gibt es auf allen Ebenen vielfältige Initiativen und Aktivitäten sowie Materialien der dju. In einer Mailingliste kann über Vergütungsregeln und Umsetzung diskutiert werden:
dju-fairpay-forum-subscribe@lists.verdi.de
Infos: http://dju.verdi.de/freie_journalisten/vergutungsregeln

Mitgliederversammlung Filmverband-Nord | Der Vorstand im Filmverband-Nord des BFV lädt alle Gewerkschaftsmitglieder des Verbandes zur diesjährigen Mitgliederversammlung am 27.3.2010 von 14 bis 17 Uhr ein. Neben dem Bericht zu den gewerkschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Tarif-, Betriebs- und Lobbyarbeit, müssen nach vier Jahren wieder alle relevanten Gremien der Interessenvertretung im Film- und TV-Bereich neu gewählt werden. Die Einladung kann von allen Mitgliedern des Verbandes vom connexx.av-Büro in Hamburg am besten per Mail angefordert werden: hamburg@connexx-av.de.

dju-Film | Der von der dju in Auftrag gegebene Film von Wulf Beleites (Autor und Filmemacher, Hamburg) zur Arbeitssituation von Festen und Freien, der auf dem dju-Journalistentag im November gezeigt wurde, steht jetzt online:
http://www.vimeo.com/8979537

Social-Spot | Der Bundesfilmverband in ver.di und connexx.av haben einen Social-Spot produziert, der die Arbeitsbedingungen der Filmschaffenden aufzeigt. Initiiert und gedreht wurde der Spot vom Filmverband Berlin-Brandenburg in Berlin. Premiere hatte der Spot auf der ver.di-Veranstaltung während der Berlinale. Seither steht er auf der Homepage von connexx.av, kann auf Filmfesten und anderen Veranstaltungen gezeigt werden. www.connexx-av.de

Ratgeber für Selbstständige | Der DGB hat einen Ratgeber für Selbstständige, an dem ver.di mitgearbeitet hat, herausgegeben. Er soll ihnen vor allem in finanziellen Fragen helfen. Der „Ratgeber Selbstständige – Soziale Sicherung und wenn das Geld nicht reicht" kostet 1 Euro zzgl. Versandkosten und ist zu beziehen über das DGB-Bestellsystem: https://www.dgb-bestellservice.de

Presseball junger Journalisten | Ein starkes Netzwerk junger Journalisten trifft am 17. April in Berlin auf Medienprofis – aus dem Journalismus, der Wirtschaft, der Politik und der Kultur. In edler Atmosphäre mit den Profis plaudern und nebenbei bei bester Musik und tollem Programm neue Leute kennen lernen! Informationen und Anmeldemöglichkeit gibt es unter http://www.presseball-junger-journalisten.de

Wettbewerb „From A to B" | Unter dem Titel „From A to B" suchen Youthmedia.eu und die European Youth Press bis zum 20. April die besten Medienbeiträge zum Thema „Mobilität in Europa"! Junge Medienmacher zwischen 18 und 35 Jahren können Beiträge als Texte, Fotos, Video- oder Audio einreichen. www.youthmedia.eu

Für nichtig erklärt

Vorratsdatenspeicherung gestoppt – EU-Richtlinie muss fallen

Von padeluun | Wir leben in aufgeklärten friedlichen Zeiten. Doch da, ein Rauschen im Medienwald: Die Regierung (gemeint ist die rot / schwarze der letzten Legislaturperiode) bekam eine „schallende Ohrfeige“. Keine Angst, es ist nur bildlich gemeint. Der Anlass jedoch ist ernst: Das Bundesverfassungsgericht hat über das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung geurteilt. So konnten wir es Anfang März live vor Ort in Karlsruhe und live im Fernsehen hören und sehen: „... verstößt das Gesetz (zur Vorratsdatenspeicherung) gegen das Grundgesetz und ist nichtig“, sagte der hohe Richter. Eindeutiger und vernichtender kann ein Urteil kaum ausfallen!

Dem Richterspruch zufolge verstößt die Vorratsdatenspeicherung in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung gegen das Fernmeldegeheimnis. Das Gesetz trage dem besonderen Gewicht einer solchen Speicherung „nicht ausreichend Rechnung“ und sei nicht verhältnismäßig; fehlende Datensicherheit und Verschlüsselung lüden zum Missbrauch ein und Betroffene würden über die Verwendung ihrer Daten nicht benachrichtigt. Auch sei Deutschland bei der Umsetzung des europäischen Rechts ohne Not über die Vorgaben hinausgegangen. Bisher gespeicherte Daten, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, seien von den Providern ersatzlos zu löschen.

Nur 2,4 % aller Verfassungsbeschwerden in Deutschland sind erfolgreich. In diesem Fall haben fast 35.000 Menschen gegen die Vorratsdatenspeicherung vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde eingelegt. Das hat es noch niemals zuvor gegeben. Die Bürger wehrten sich dagegen, dass achtzig Millionen Menschen in Deutschland, 450 Millionen Menschen europaweit, permanent überwacht werden. Einer aktuellen infas-Umfrage zufolge wird die Vorratsdatenspeicherung von 69,3% der Bevölkerung abgelehnt – kein anderes „Sicherheitsgesetz“ stößt auf so starke Ablehnung. Die Mehrheit der Bevölkerung steht für eine Gesellschaft ohne flächendeckende Überwachung!

Aber wie geht es nun weiter? Sofort nach dem Urteilsspruch meldeten sich die Leute, die das verfassungswidrige Gesetz haben wollten, wieder zu Wort: „Schnell, schnell, wir brauchen ein neues Gesetz“. Ja klar: Schnell, schnell – sonst ist es für überhastete Aktionen zu spät! Kaum ist die unverhältnismäßige Vorratsspeicherung der Verbindungs- und Standortdaten der gesamten Bevölkerung vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt worden, droht sie aufgrund vehementer Forderungen aus den Reihen der CDU / CSU wieder eingeführt zu werden. Deshalb ruft der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung alle freiheitsliebenden Bürger jetzt zur Hilfe auf: Überzeugen Sie die Bundestagsabgeordneten, die Wiedereinführung einer Vorratsdatenspeicherung zu verhindern und sich für eine Abschaffung der EU-Pflicht zur anlasslosen Datensammlung einzusetzen!

Rufen Sie an!

Kontaktieren Sie die Bundestagsabgeordneten Ihres Bundeslandes am besten per Telefon. Eine Liste der Telefonnummern Ihrer Abgeordneten und Argumentationshilfen finden Sie unter: www.vorratsdatenspeicherung.de

Kontaktieren Sie die Bundestagsabgeordneten Ihres Bundeslandes dazu am besten per Telefon (Anrufe finden erfahrungsgemäß die meiste Beachtung). Eine Liste der Telefonnummern Ihrer Abgeordneten hat der Arbeitskreis gegen Vorratsdatenspeicherung auf seiner Website zusammen gestellt.

Auch Argumentationshilfen finden sich auf der Website: Zum Beispiel, dass die Tatsache, dass das Verfassungsgericht die Speicherung von Vorratsdaten in Ausnahmefällen für verfassungskonform hält, nicht für eine Wiedereinführung eines verbrecherischen Gesetzes spricht. Unsere Grundrechte müssen nicht immer so weit abgebaut werden, wie es die Verfassung eben noch zulässt. Die Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und die EU-Grundrechtecharta. Diese Fragen behandelt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht.

Es stört das Aufklären von schweren Straftaten in keiner Weise, dass es nun keine Vorratsdaten gibt. Der Leiter des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht Prof. Hans-Jörg Albrecht in Freiburg erklärte gegenüber dem *Spiegel*, die Diskussion um Sicherheitslücken und angeblich nicht mehr aufklärbare Straftaten sei „überhaupt nicht nachvollziehbar“ und „durch keinerlei Hinweis aus Forschung und Praxis belegt“. Auch ohne Vorratsdatenspeicherung stehen genügend betrieblich gespeicherte Daten, auf richterliche Anordnung gespeicherte Daten und andere Beweismittel zur Verfügung, um dieselbe Aufklärungsquote zu erreichen. Staaten mit Vorratsdatenspeicherung klären nicht mehr Straftaten auf als Staaten ohne eine solche Datenerfassung.

Es gilt die EU-Richtlinie zu kippen. Und dazu ist viel europäische Basis- und Vernetzungsarbeit notwendig. Bundestag und Bundesregierung müssen sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der schädlichen Pflicht zur Vorratsdatenspeicherung einsetzen.

Der Fakt, dass Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, unsere Justizministerin, eine entschiedene Gegnerin der Vorratsdatenspeicherung ist, ist kein Garant, dass nicht doch früher oder später ein solches Gesetz kommt. Es gibt massiven Druck durch Bundesinnenminister, Bundeskanzlerin, Führungspersonen von Bundeskriminalamt und Polizeiverbänden. Bundesjustizministerin und FDP haben eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung bislang nicht eindeutig abgelehnt und sich auch nicht klar für die Abschaffung der EU-Pflicht zur Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Dabei heißt es im Wahlprogramm der FDP wörtlich: „Die FDP fordert … die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung …. Die anlass- und verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung hat die FDP von Anfang an abgelehnt.“ Die FDP muss jetzt Wort halten.

Und: Bürgerinnen und Bürger müssen auf die Straße. Zu Demos. Zu Mahnwachen. Zu Infoständen. All das bietet gute Gelegenheiten, mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen und ihnen Möglichkeiten der widerständigen Mitarbeit aufzuzeigen. Nebenbei macht das noch Spaß und man lernt Menschen kennen, mit denen man Aktionsbündnisse schließen und Ortsgruppen bilden kann. Nun muss Geld gesammelt und es müssen Aktionen in der ganzen EU angeschoben werden. Und wenn wir das gemeinsam, gut und pfiffig machen, ist auch bald die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung nichtig. ■

padeluun

Foto: Veit Mette

Datenschutzaktivist padeluun vom Bielfelder Verein FoeBuD und vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, den auch die dju in ver.di unterstützt.

Das Herz der Studioproduktion

Benedikt Kemper hat in der Gesamtdisposition bei RTL den Überblick

Foto: Jürgen Seidel

Von Susanne Wankell | „Du willst wissen, was heute ist? Aufzeichnung um 16.30 bis 17.00 Uhr für Exclusiv." Benedikt Kemper blickt kurz in seinen Kalender, bevor er die Information an den Aufnahmeleiter weitergibt, der in seinem Büro steht. Der Leiter der Gesamtdisposition bei RTL hat den Überblick darüber, wer gerade in welchem Studio produziert, ob irgendwo ein Interview aufgezeichnet wird oder wo noch Kapazitäten frei sind. Er weiß, wer gerade in Urlaub ist und deshalb für die tagesaktuellen Sendungen in den beiden Sendestudios nicht zur Verfügung steht. Dort werden alle Eigenproduktionen für RTL gemacht, dazu gehören die Nachrichten am Abend, die „punkt"-Ausgaben sowie Exclusiv.

Die Organisation dieser Sendungen geht bei Benedikt Kemper über den Schreibtisch. Seit jetzt 18 Jahren arbeitet er in der Dispo bei RTL, nachdem er als der erste Volontär Produktion und Technik 1989 nach Köln kam. Im Hochsauerland aufgewachsen, führte ihn das Studium in die Stadt, zunächst nach Düsseldorf und später nach Köln. Dort wohnt er jetzt mitten drin, ist ganz schnell im Konzert, im Theater und auch mal in Kino – wenn es dann klappt. Wichtig ist ihm, dass er spontan das Angebot nutzen kann, das ihm die Großstadt bietet – auch wenn er es im Alltag dann doch nicht so oft wahrnimmt. Am Wochenende aber zieht es den Sauerländer dann aufs Land, er schätzt Bewegung und frische Luft als Ausgleich zum Schreibtisch.

Der steht in einem schmucklosen Büro, das er sich mit einer Kollegin teilt. Hier geht es um Zahlen und Pläne, Zeiterfassung und interne Leistungsverrechnung. Arbeitsatmosphäre eines Schreibtischtäters. Das Handwerk hat er an der Fachhochschule für Wirtschaft gelernt, die Erfahrung zuerst in Schmallenberg und dann bei RTL gesammelt. Und diese Erfahrung ist wichtig, denn es werden schließlich nicht nur Studios und Kameras verplant, sondern vor allem die Menschen, die in den Studios arbeiten und die Kameras bedienen. Benedikt Kemper kennt die Aufnahmeleiter und Kameraleute ebenso wie die redaktionellen Mitarbeiter und Moderatoren. Wenn er die Dienstpläne macht, dann weiß er um die persönlichen Lebensumstände der Mitarbeiter. Er weiß, welche alleinerziehende Mutter Probleme bekommt, wenn sie zu viele Spätschichten macht und welche Teams besonders gut funktionieren – und welche nicht so reibungslos miteinander arbeiten können. Er kümmert sich um den Alltagsbetrieb. Die Sendungen, die für Schlagzeilen sorgen, sind Auftragsproduktionen und werden in den Studios in Hürth und Ossendorf von Produktionsfirmen dem RTL Programm zugeliefert, so zum Bespiel der jüngste Aufreger „Eltern auf Probe" oder auch der Dauerbrenner „Deutschland sucht den Superstar". Wenn dann Dieter Bohlen mit seinen Sprüchen über Superstar-Kandidatinnen und Kandidaten für Unterhaltung und Empörung sorgt, dann ist das auch für Benedikt Kemper ein Thema. Wenn er von Freunden und Bekannten angesprochen wird auf die Programme in seinem Sender, dann muss er eine Meinung haben und Haltung zeigen. Da ist es nicht immer einfach, seine eigene Arbeit, die er mit großem Spaß macht, von den umstrittenen Programmformaten zu trennen. Vieles gefällt ihm nicht, einige Programme werden immer wieder auch innerhalb des Kollegenkreises kritisch diskutiert – aber letztlich: der Job geht vor.

Kündigung im Briefkasten

Beruflich wird sich für Benedikt Kemper spätestens zum Jahresende einiges ändern. Im November wird RTL mit seinen Redaktionen vom Stadtrand in die alten Messehallen direkt am Rhein ziehen. Diese werden bis dahin komplett für die Bedürfnisse des Fernsehsenders umgebaut. Doch die Bertelsmann-Tochter ändert nicht nur ihren Standort, sie nutzt den Umzug auch für eine Umstrukturierung des Unternehmens. So wird es einige organisatorische Veränderungen geben. Unter anderem wird die gesamte Abteilung Produktion und Technik ausgegliedert, dazu gehört auch die Gesamtdisposition für die RTL-Eigenproduktionen, also der Arbeitsbereich von Benedikt Kemper. Die Abteilung Produktion und Technik wird Teil des Cologne Broadcasting Centres (CBC) in Köln Ossendorf, das bereits als Dienstleister für andere Sender der RTL-Familie tätig ist, zum Beispiel für VOX. Die CBC steuert demnächst die Produktion und Sendeabwicklung. Für die RTL-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Folgen dieses Outsourcings zum Teil gravierend: Letztes Jahr wurden rund 50 Kündigungen verschickt, auch Benedikt Kemper hatte einen entsprechenden Brief in der Post. Mit einigen Betroffenen wurden Abfindungen ausgehandelt, andere gingen zum Arbeitsgericht. Dort laufen jetzt noch die Verfahren, auch der Prozess von Benedikt Kemper gegen das Fernsehunternehmen ist noch nicht abgeschlossen, der Ausgang ist offen. Für den ruhigen und besonnenen langjährigen RTL-Mitarbeiter war die Kündigung ein einschneidendes Ereignis seiner beruflichen Laufbahn. Die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind für den 54jährigen begrenzt, die beruflichen Perspektiven überschaubar. Die Vorbereitung auf den Arbeitsgerichtsprozess und die Auseinandersetzungen der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb haben aus dem kollegialen Mitarbeiter ein aktives Gewerkschaftsmitglied gemacht. Am 25. März sind Wahlen zum Betriebsrat bei RTL, Benedikt Kemper hat sich entschlossen, für den Betriebsrat zu kandidieren. ■

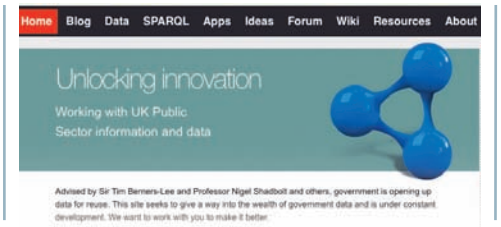
Spannende Recherche im Netz

In der angelsächsischen Welt geben Regierungen lang gehütete Datenschätze frei. Journalisten und Webentwickler sehen in den Daten ein großes Potenzial für Recherchen und neue Dienste. In Deutschland bremsen eingeschränkte Informationsfreiheiten auch die Datenrecherche aus.

Von Christiane Schulzki-Haddouti

In der britischen Tageszeitung *Guardian* herrscht dieser Tage Aufbruchstimmung. Jahrelang hatte die britische Tageszeitung eine Kampagne unter dem Motto „Befreit unsere Daten“ betrieben. Das Argument lautete: „Aus unseren Steuern wird das Sammeln öffentlicher Daten bezahlt – doch wir müssen den Zugang zu diesen Daten bezahlen. Ein freier Zugang stimuliert Innovation.“ Journalisten können die Datensätze auf der Suche nach interessanten Mustern, Unerwartetem oder Anomalien analysieren und so neue Geschichten finden. Webentwickler können aus den Staatsdaten bürgernahe Anwendungen stricken.

Ende Januar war es dann so weit: Die britische Regierung veröffentlichte auf



der neuen Website data.gov.uk (http://data.gov.uk) über 2.500 Datenbestände. Und zwar nicht als PDF-Datei oder in einer Tabelle auf einer Website, sondern in einer Form, die eine einfache maschinelle Weiterverarbeitung ermöglicht. Aus Sicht von Datenschützern gibt es übrigens kei-

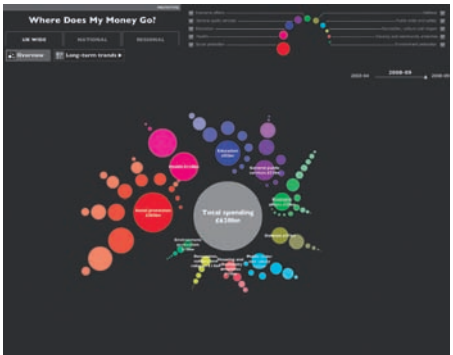
ne Bedenken, da sich die Zahlen nicht auf einzelne Personen beziehen lassen. Der *Guardian* feierte das Ereignis auf seine Weise: Er weihte ein neues Angebot namens „World Government Data“ auf seiner umfangreichen Website ein (http://www.guardian.co.uk/world-government-data). Es bietet einen Recherchezugriff nicht nur auf britische Regierungsdaten, sondern auch auf die Daten der US-amerikanischen, australischen und neuseeländischen Regierungen, die alle in den letzten Monaten ihre Daten frei gegeben hatten.

Großbritannien als weltweiter Vorreiter

Mit der neuen Open-Data-Politik geht ein gewaltiger Ruck durch die angelsächsische Welt – und der Ehrgeiz ist un-

gebrochen: Die Briten veröffentlichten gleich dreimal so viele Datenbestände wie die Amerikaner. Die galten bisher unter der Ägide von Präsident Barack Obama als weltweit führend in Sachen „offene Regierungsdaten“. Ein Regierungsversprechen von Obama war es, die staatlichen Datenbanken zu öffnen und so für mehr Transparenz im Land zu sorgen. Die Erfolgsformel für Clay Johnson, dem Chef des amerikanischen Sunlight Labs, das Anwendungen aus den Daten strickt, ist einfach: „Open Source und offene Daten ergeben eine bessere Regierung.“ Tatsächlich löste die Veröffentlichung der amerikanischen Daten auf der Website data.gov (http://data.gov) unter Web-Entwicklern einen regelrechten Kreativitätsschub aus. Bereits im ersten Jahr veröffentlichten amerikanische Behörden über 1.000 Datenbestände zu Wetteraufzeichnungen, Energie und Verbrauch sowie Umwelt, aber auch Daten der Weltraumbehörde NASA. Bürger können jetzt beispielsweise sofort feststellen, welche Abfälle in ihrem Umkreis in Gewässer eingeleitet oder deponiert wurden.

In Großbritannien war es neben dem *Guardian* kein Geringerer als World-Wide-Web-Erfinder Sir Tim Berners-Lee, der sich für „open government“, für eine „offene Regierung“ eingesetzt hatte. Seine Idee ist es, das Internet noch einmal zu revolutionieren. Bisher stellt das Web vor allem Inhalte bereit. Doch es wird noch nicht wirklich als das genutzt, was es eigentlich ist: ein gigantischer Computer, der die gespeicherten Daten auch verarbeiten kann. Die Politiker konnte Berners-Lee mit folgendem Argument überzeugen: „Regierungsdaten sollten eine öffentliche Ressource sein. Indem sie publiziert werden, können wir neue Ideen für öffentliche Dienstleistungen entwickeln. Wir können der Verwaltung und der Gesellschaft helfen, besser zu arbeiten. Und wir ermöglichen talentierten Unternehmern und Ingenieuren die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Dienstleistungen.“



Die britischen Zahlen kommen aus den Bereichen Finanzen, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Umwelt. Die Briten können etwa mit „Where does my money go?“ überprüfen, wie die Regierung die Steuern ausgibt (http://www.wheredoesmymoneygo.org/prototype). Der Regierungshaushalt bleibt so nicht länger die Domäne von Experten. Es befinden sich unter der Adresse data.gov.uk aber auch brisante Daten wie etwa zu ungeklärten Todesfällen unter Soldaten. Oder Daten aus dem Justizbereich, die Verwarnungen und Verhaftungen nach ethnischer Zugehörigkeit aufschlüsseln oder Straftaten von Pflege- und Waisenkindern auflisten.

Mobile Apps

Bereits über 2.400 Programmierer registrierten sich auf der britischen Website. Die Daten sind Grundlage für neue Anwendungen, die Nutzer nicht nur über den Internetrechner zu Hause, sondern auch über ihr Smartphone abrufen können. Bürger können auch über eine Smartphone-Anwendung nachsehen, wo sich der nächste Zahnarzt oder die am nächsten gelegene Apotheke befindet. Für Hauskäufer gibt es im Immobilien-verrückten Großbritannien bereits mehrere Anwendungen: Sie können die Entwicklung von Immobilienpreisen der letzten Jahre für die Gegend ihrer Wahl nachvollziehen.

Aber die Zahlen ermöglichen auch fragwürdige Anwendungen. So veröffentlichte der Entwickler Jeff Gilfelt Ende Februar eine Anwendung für Smartphones namens „ASBOrometer“, die anzeigt, wie „asozial“ die Nachbarschaft ist (http://www.asborometer.com). Die App (Application) für das iPhone und das Android-

Handy verwendet verschiedene Datenbestände von data.gov.uk. Zum einen die Ergebnisse einer Umfrage, die Bürgern nach dem Grad des asozialen Verhaltens in ihrer Umgebung befragt hatte. Zum anderen Datensätze zu einstweiligen Verfügungen und Räumungsbefehlen, über baufällige und leer stehende Häuser sowie Zahlen über vom Jugendamt betreute Familien.

Die App gehörte bereits nach wenigen Tagen mit über 100.000 Downloads zu den erfolgreichsten kostenlosen Mobilfunkanwendungen in Großbritannien. Ein Nutzer zeigte sich auf der iPhone-Website begeistert und schrieb: „Ich kann vor einem Umzug bestimmte Gegenden überprüfen. Für eine erste Version ist das hervorragend. Keine leer stehenden Häuser in meiner Gegend. Super.“ App-Entwickler Gilfelt denkt im Moment über weitere Entwicklungen nach, etwa mit Hilfe der Daten des Ordnance Survey, eine Behörde, die für die Landvermessung zuständig ist. Diese sollen im Laufe dieses Jahres frei gegeben werden. Der Journalistenausbilder Paul Bradshaw erkennt in solchen Anwendungen „offensichtliche Folgen für den Hyperlocal- und den Lokaljournalismus.

Andere neue Internetdienste dürften weniger umstritten, aber ebenso wertvoll für den Lokaljournalismus sein. So teilt der kostenlose Dienst „Planning Alerts“ Bürgern per E-Mail mit, sobald es irgendein Planungsvorhaben in der unmittelbaren Nachbarschaft gibt. Über die Anwendung „Fill That Hole“ können Bürger Schlaglöcher und andere Straßenhindernisse melden. Die sind offenbar in Großbritannien ein großes Ärgernis: Durchschnittlich alle 110 Meter lauert dort ein Schlagloch auf ahnungslose Auto- und Radfahrer. Die Meldungen sollen die lokalen Verwaltungen dazu bringen, schneller auf Straßenschäden zu reagieren als bisher.

Die Deutschland-Schnittstelle

Bislang gibt es in Deutschland nur sehr vorsichtige Ansätze in diese Richtung. Der erst im Herbst gegründete Berliner Verein „OpenData Network“ (http://opendata-network.org/) wird im April in Berlin ein Treffen organisieren, auf dem Entwickler erste, eher politisch

orientierte Apps entwickeln sollen. Dann wird sich herausstellen, ob sich mit den verfügbaren Daten bereits etwas auf die Beine stellen lässt. Im Umfeld des Vereins findet sich auch die „Deutschland API“. Gemeint ist damit eine Schnittstelle, über die Daten strukturiert und maschinenlesbar zur Verfügung gestellt werden können. Diese lassen sich darüber nach ausgesuchten Parametern filtern und durch-

suchen. Die Organisatoren der „Deutschland API“ steckten auch hinter dem Projekt wahl.de (http://www.wahl.de/), das zur Bundestagswahl Kandidaten, Mandats- und Funktionsträger nach verschiedenen Aspekten auflistete und Ranglisten über das Social-Web-Engagement auf twitter oder Facebook erstellte. Auf dieser Basis entstand unter anderem eine iPhone-App sowie das Angebot „Kandidaten-Check“ von Bild, das die Social-Web-Aktivitäten der Politiker nun auf einer Landkarte anzeigt (http://kandidaten-check.bild.de/).

Eines der ersten deutschsprachigen Beispiele für eine journalistische Arbeit, die Daten im Internet veröffentlicht und für die Berichterstattung genutzt hat, stammt von Sebastian Heiser. Der taz-Redakteur ist 2009 kurz vor der Anti-Überwachungs-Demonstration „Freiheit statt Angst“ in Berlin die Demoroute abgelaufen und zählte dabei 116 sichtbare Überwachungskameras. Die Standorte trug Heiser auf Google Maps ein. Im Lokalteil Berlin veröffentlichte er eine ähnliche Karte mit den Kamerastandpunkten. (http://recherche-info.de/blog/wp-content/src/2009/09/116-print.jpg) Fotos von allen Kameras veröffentlichte Heiser

auf der Fotoplattform Panoramio im Internet. Seinem Bericht darüber folgte einige Monate später ein weiterer, der sich mit den datenschutzrechtlichen Aspekten von Videoüberwachung seitens privater Stellen im öffentlichen Raum befasste.

Datenbank-Journalismus

Ebenfalls auf eine Kartengrafik setzt die „Deutschlandkarte“ von Zeit online

(**http://www.zeit.de/themen/serie/index?q=deutschlandkarte**). Die jüngste Karte zeigt, dass viele Staatsanwältinnen weiblich sind; in München gibt es sogar bereits mehr Staatsanwältinnen als Staatsanwälte (**http://zeus.zeit.de/lebensart/2010-02/d-karte-staatsanwaeltinnen/d-karte-staatsanwaeltinnen-thickbox.jpg**). Die Redakteure waren einer

Leseranregung nachgegangen. Ein Ehepaar hatte geschrieben: „Uns fällt auf, dass in den TV-Krimis sehr oft Staatsanwältinnen auftreten. Das gibt Anlass zu der Frage, ob die bundesdeutsche Wirklichkeit so weit in Richtung Geschlechterproporz fortgeschritten ist. Wir haben erhebliche Zweifel.“ Der Zweifel ist jetzt beseitigt. Die Karten sind jedoch herkömmliche Infografiken, die keine weiteren Abfragen seitens der Leser zulassen.

2007 gründete die Nachrichtenagentur dpa eine Redaktion namens RegioData, die sich auf datenbasierte Berichterstattung konzentriert. Sie ist in Deutschland die erste Redaktion, die sich ausschließlich dem Datenbank-Journalismus oder auch dem so genannten „Computer Assisted Reporting“ (CAR) widmet. Redakteure ermitteln und erfassen Daten von Ministerien, Ämtern und Behörden, Wissenschafts- und Forschungsreinrichtungen, Verbänden, Vereinen und Organisationen sowie kommerziellen Datenanbietern. Wenn ihnen Behörden die Herausgabe von Daten verweigern versuchen sie diese mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes zu erstreiten. Mit verschiedenen Datamining-Techniken werten sie die Daten aus und liefern dann Themenpakete über Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklungen, Gesundheits- und Sozialfragen, bis hin zu Technologie und Wissenschaft aus.

Die Redaktionen erhalten zu den Themen nicht nur einen Text, Grafiken und Diagramme, sondern auch die aufbereiteten Daten in einer Excel-Tabelle. Lokalzeitungen werden gezielt mit Grafiken beliefert, die zu ihrer Region passen. Dabei werden je nach Verfügbarkeit die Daten für Landkreise, Raumordnungsregionen, Arbeitsamtsbezirke oder Postleitzahlbezirke ausgewertet. Die Begleittexte fassen die jeweilige Auswertung zusammen und benennen herausragende Ergebnisse. Das mündet in Schlagzeilen wie: „Beim Antrag auf Elterngeld sind Berlins Väter Spitze, dicht gefolgt von den Bayern.“ Es gibt jedoch auch Antworten auf Fragen wie diese: „Wer leitet wo die meisten Schadstoffe in die Umwelt und was bedeutet das für die Bewohner der Regionen?“

Seit Anfang 2010 werden Themenpakete mit Grafiken und Daten nicht nur an Abonnenten, sondern auch über das Portal der dpa-Tochter Picture Alliance (www.picture-alliance.de) im Einzelabruf angeboten. „Datenauswertungen wie wir sie machen, gehören in Deutschland noch nicht zum Handwerkszeug der Journalisten“, sagt Sebastian Mondial, Redakteur im RegioData-Team. In den USA sei das anders, dort sei „Computer Assisted Reporting“ bereits seit Jahrzehnten eine verbreitete Recherchemethode.

Die dpa hat beispielsweise mit Hilfe eines Crawler-Programms die Liste der im

Links / Stories

- Sebastian Heiser: So geht es den Bäumen in Berlin, taz, http://www.taz.de/regional/berlin/aktuell/artikel/1/so-geht-es-den-baeumen-in-berlin-1/
- Brigitte Alfter und Hans-Martin Tillack: Agrarsubventionen: Volle Töpfe für die Großen, Stern, http://www.stern.de/wirtschaft/news/unternehmen/agrarsubventionen-volle-toepfe-fuer-diegrossen-601794.html
- Jost Maurin, Die geheime Liste der Subventionen. Staatsknete für die Agrarindustrie, taz, http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/staatsknete-fuer-die-agrarindustrie/
- Philip Meyer Journalism Award mit preisgekrönten Stories, http://www.ire.org/resourcecenter/contest/meyeraward.html

How-To-Stories

- Sebastian Heiser über seine Überwachungskamera-Geschichte in der taz, http://recherche-info.de/2009/09/14/beispielhafte-ueberwachung/, http://recherche-info.de /2009/12/09/bundesdatenschutzgesetz-als-instrument-bei-der-recherche/
- Sebastian Heiser über die Recherche in europaweiten Ausschreibungen, http://recherche-info.de/2009/06/07/workshop-recherchieren-in-europaweiten-ausschreibungen/, http://recherche-info.de/2009/12/17/europaweite-ausschreibung-offenbart-dass-merkel-klimakillerstrom-bezieht/
- Dan Davies über seine Berichterstattung über Fahrradunfälle in Birmingham, http://www.dandavies23.com/2010/02/re-cycling-experiment/

Websites

- Greenpeace, ExxonSecrets, http://www.greenpeace.org/usa/campaigns/global-warming-and-energy/exxon-secrets, http://www.exxonsecrets.org/maps.php
- Farmsubsidy, http://farmsubsidy.org
- Biomedexperts, soziales Netzwerk von Experten im Bereich Biologie und Medizin, das die Beziehungen von Experten untereinander anzeigt, http://www.biomedexperts.com/

Tipps

- Message Werkstatt: Knüller aus der Datenbank, http://www.sportjournalismus.org/images/downloads/car_werkstatt_3_06.pdf
- Sebastian Heiser: Auskunftsrechte kennen und nutzen. So kommt man an Aktenschätze, http://www.sebastian-heiser.de/download/auskunftsrechte/auskunftsrechte-aktuell.pdf
- Wobbing Europe, http://www.wobsite.be

Deutschen Bundestag zugelassenen Lobby-Gruppen **http://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/sachgeb/lobbyliste/index.html**) ausgelesen und ausgewertet. Diese Liste verglichen die Mitarbeiter von RegioData mit den Daten der aktiven Bundestagsabgeordneten, wie sie auf den Webseiten des Bundestages verfügbar waren. Dabei stellte sich heraus, dass fünf Abgeordnete ihre Nebentätigkeiten in Vereinen der Rüstungslobby nicht wie vorgeschrieben im Bundestagsprofil angegeben hatten.

Das Paradebeispiel für Datenbankjournalismus in Europa sind die EU-Agrarsubventionen, deren Daten 2009 nach langem politischem Ringen frei gegeben wurden. Hier hatte dpa-RegioData innerhalb eines Tages, so Sebastian Mondial, die Daten für Deutschland aus dem Web ausgelesen und aufbereitet. Dadurch konnte nicht nur aufgezeigt werden, dass die größten Subventionsempfänger mitnichten Landwirte, sondern große Konzerne wie die Südzucker AG sind. Auch die regionale Verteilung der Gelder lieferte interessante Aspekte für die Berichterstattung in den Tageszeitungen und anderen regionalen Medien. Einziger Wehrmutstropfen waren die fehlenden Daten aus Bayern, die erst viel später freigegeben wurden. Wenige Tage später boten Nils Mulvad, Jack Thurston und Brigitte Alfter auf der Website Farmsubsidy.org (**http://www.farmsubsidy.org**) eine Aufbereitung der Daten für die gesamte EU an.

Zu den jüngeren Beispielen eines investigativen Datenbankjournalismus zählt auch die Recherche von Veronika Hackenbroch, die für den Spiegel mehrere medizinische Datenbanken untersuchte. Dabei fand sie heraus, dass der Einbau von Hüftprothesen deshalb häufiger vorgenommen wird, weil dies ein neues Abrechnungssystem für die Kliniken lukrativer gemacht hat (**http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67596402.html**).

Eingeschränkte Informationsfreiheiten

Deutsche Journalisten können die Entwicklung in der angelsächsischen Welt nur mit Wehmut betrachten. Basis sind nämlich verschiedene Informationszugangsrechte, die dort ganz andere Dimensionen haben als in Deutschland. Hier wurde das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes erst 2006 eingeführt und stellte damit eine jahrhundertelange Behördenpraxis auf den Kopf: Seither muss die Verwaltung begründen, warum sie Informationen dem Bürger vorenthält, da dieser grundsätzlich über ein Akteneinsichtsrecht verfügt. Vorher galt grundsätzlich das Amtsgeheimnis. Journalisten recherchieren aber erst sehr vereinzelt mit dem Gesetz.

Die Behörden machen es den Journalisten denn auch nicht leicht, das neue Recht anzuwenden, wie etwa Stern-Reporter Hans-Martin Tillack erleben durfte. Den Terminkalender des früheren Kanzleramtschefs Steinmeier durfte er nicht einsehen, weil darin „keine amtlichen Informationen“ im Sinne des Gesetzes seien. Die Anschaffungspreise der Dienstwagen des Kanzleramtes durfte er nicht erfahren, weil damit „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der Zulieferer“ betroffen seien. Die Flugdaten CIA-verdächtiger Jets blieben ebenfalls Verschlusssache, „weil die Sorge besteht, dass eine nicht sach- und fachgerechte Interpretation der Daten zu einer Beeinträchtigung der auswärtigen Beziehungen führen kann“. Die CDU-Ministerin Ursula von der Leyen verweigerte die Einsicht in die Fahrtenbücher ihrer Dienstwagen mit der Begründung, sie enthielten eine „Vielzahl von personenbezogenen Daten“.

Im Blog **recherche-info.de** berichten verschiedene Journalisten immer wieder über Erfahrungen mit dem Informationsfreiheitsgesetz. taz-Redakteur Sebastian Heiser schreibt darin, dass die Informationsgesetze im Vergleich zum presserechtlichen Auskunftsanspruch nach § 4 der Landespressegesetze vergleichsweise schwach seien. So sei der Auskunftsanspruch nach dem Informationsfreiheitsgesetz „durch eine Reihe von Generalklauseln beschränkt, die recht großzügig formuliert sind“. Die Folge: „Sobald eine dieser Klauseln greift, ist eine Auskunft nicht mehr möglich. Eine Abwägung findet nicht statt – weil die Informationsfreiheit keine Ausprägung eines Grundrechts ist, sondern ein quasi gnadenhalber vom Gesetzgeber gewährtes Recht, das nach Belieben eingegrenzt oder ausgeweitet werden kann.“

Die branchenumwälzende Open-Data-Entwicklung in den USA und Großbritannien scheint in Deutschland vielleicht auch aufgrund des recht restriktiven Informationsfreiheitsgesetzes noch kein Thema zu sein: Eine jetzt anstehende Reform des Informationsfreiheitsgesetzes ignoriert den Bereich „Open Data“ bislang. Auch der Praxisalltag ist wenig ermutigend: So wird die Informationsfreigabe nach den Informationsfreiheitsgesetzen noch immer in der Regel in Papierform abgewickelt. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Peter Schaar, sagt: „In Deutschland muss immer geprüft werden, ob die Daten aufgrund eines allgemeinen Grundsatzes freigegeben wurden, also weder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse noch personenbezogene Daten einbezogen sind.“

Eine weitere Verwendung wie etwa die Veröffentlichung im Internet wird schwierig bei Abwägungsgründen, wo zwischen dem Informationsanspruch des Betroffenen und dem Schutzinteresse der Behörden entschieden wird und die Informationen dann mitunter nur teilweise, und zwar gegenüber einem bestimmten Antragsteller, frei gegeben werden. Schaar möchte zwar, dass elektronische Dokumente sehr viel häufiger frei gegeben werden und dass der Betroffene selbst direkten Zugang zu seinen Daten erhält. Ansonsten sollten nicht personenbezogene Daten „freizügig“ weitergegeben werden. Immerhin greift der Antrag zur Einrichtung einer Internet-Bundestagsenquête auch das Thema „Open Data“ auf. So sollen „Strategien für einen freien Zugang zu staatlichen Informationen“ erarbeitet werden. Eine Umsetzung kann aber noch Jahre auf sich warten lassen. ■

Disclaimer: Danke an Sebastian Mondial, Albrecht Ude, Ulrike Langer, Marcus Lindemann und Kirstin Marquardt für wertvolle Hinweise.

Im Dialog mit Wikileaks

Onlineplattform als Synonym für Meinungsfreiheit

Freedom of speech has a number: 88.80.13.160, titelte die Homepage des amerikanischen Fernsehsenders CBS. Die IP-Adresse der Onlineplattform Wikileaks gilt vielen Journalisten als Synonym für Meinungsfreiheit. Das Time Magazin prophezeite gar, Wikileaks könnte zu einem ebenso wichtigen journalistischen Werkzeug werden, wie der Freedom of Information Act. Neben Hoffnungen gibt es aber auch Ängste. Kaum ein Artikel über Wikileaks kommt ohne Bedenken und Warnungen aus. Dabei liegt es vor allem in der Hand der Journalisten selber, was aus dem Projekt wird.

Die Politik von Wikileaks ist ebenso einfach wie radikal: Was an Wikileaks herangetragen wird, wird auch veröffentlicht. Steuert man auf der Wikileaks-Homepage den gesicherten Upload-Bereich an, heißt es dort: „Wir werden das eingereichte Dokument veröffentlichen und im Umlauf halten." Welches Dokument man eigentlich einreichen möchte, wählt man erst danach aus. Der Nutzer steht mit seiner Entscheidung, ob die gesellschaftliche Relevanz seiner Informationen das Aufheben von Vertraulichkeiten rechtfertigt, alleine da. „Bis jetzt", sagt Wikileaks-Sprecher Daniel Schmitt, „haben wir noch kein einziges Dokument zensiert."

Doch die fehlende Einflussnahme wird von vielen als problematisch angesehen. Steven Aftergood, Chefredakteur des Nachrichtenservices Secrecy News der Federation of American Scientists, lehnte eine Beratertätigkeit für Wikileaks ab. Als Begründung gab er an, dass durch „das Fehlen verantwortlicher redaktioneller Kontrolle" Veröffentlichungen sehr leicht einen Akt der Aggression oder eine Aufwiegelung zur Gewalt darstellen könnten. Auch der Eingriff in die Privatsphäre und das Verletzen des guten Geschmacks könnten so begünstigt werden.

„Es gibt die verrücktesten Szenarien", entgegnet Schmitt, „wie Wikileaks missbraucht werden könnte." Durch gezielte Falschmeldungen könnten Politiker diskreditiert, persönliche Feinde bloßgestellt und Börsenkurse manipuliert werden. Doch nichts von all dem sei bisher eingetroffen, all das nur hypothetisch. „Wer die kriminelle Energie aufbringt, eine professionelle Fälschung zu erstellen", so Schmitt, „hat auch vor Wikileaks Möglichkeiten gefunden, diese zu verbreiten." Die Informanten seien aber im Allgemeinen viel redlicher, als viele es sich vorstellen.

Trotzdem liegt es nahe anzunehmen, dass anonyme Informanten beim Abwiegen von Persönlichkeitsrechten gegen öffentliches Interesse weniger behutsam vorgehen als haftbare Instanzen. „Aber hier", sagt Schmitt, „kommt die wichtigste Komponente unseres Instrumentes zum Zuge: die Öffentlichkeit." Mehr als 1,2 Million Dokumente sind auf der Homepage von Wikileaks hinterlegt. Es obliege der Öffentlichkeit, die relevanten Dokumente darunter auszuwählen und zu diskutieren. „Dazu gehört natürlich auch ein angemessener Umgang mit privaten Informationen." In die Pflicht genommen werden durch dieses Konstrukt vor allem Journalisten. Sie sind es, die die wirklich wichtigen Dokumente aufgreifen, sie auf ihre Authentizität prüfen und in einen angemessenen Kontext stellen müssen, damit die aufbereiteten Informationen dann den Weg in die breite Öffentlichkeit finden können.

> *"WikiLeaks has probably produced more scoops in its short life than the Washington Post has in the past 30 years"*
>
> *The National, November 19, 2009*

IT-Journalist Detlef Borchers hat schon öfter mit Wikileaks zu tun gehabt und weiß zu berichten, dass zu dem optimalen Umgang mit der Plattform mehr gehört, als das regelmäßige Lesen der Neuveröffentlichungen. „Wenn man Wikileaks wirklich effektiv nutzen möchte", so Borchers, „sollte man versuchen, in einen Dialog mit Wikileaks zu treten." Hat ein Journalist etwa ein brisantes Dokument zugespielt bekommen, kann es vorteilhaft für ihn sein, das Dokument zunächst bei Wikileaks zu veröffentlichen. In seiner eigenen Publikation könnte der Journalist dann auf Wikileaks als Quelle verweisen und sich so vor möglichen juristischen Folgen schützen. Vor allem aber arbeitet Wikileaks auch direkt mit Journalisten zusammen. Wer sich etwa für ein bestimmtes Themengebiet interessiert, kann sich an Wikileaks wenden und eventuell darauf hoffen, brisante Informationen zu dem Thema exklusiv angeboten zu bekommen. „Wir geben unseren Quellen das Versprechen, ihre Informationen einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen", so Schmitt. Dazu reiche es jedoch oft nicht aus, die Information einfach auf der Homepage zu veröffentlichen. Denn Informationen, die bereits einmal publik gemacht wurden, erscheinen Journalisten oft nicht mehr als exklusiv genug, um sie aufzugreifen. Durch die direkte Anhandgabe könne dieses Hindernis ausgeschaltet werden.

Aber nicht nur bei der praktischen Zusammenarbeit hofft Wikileaks auf das Engagement der Medien. Der Betrieb von Wikileaks kostet jährlich etwa 442.000 Euro. Das meiste wird über Spenden finanziert. „Da die Kosten für 2010 noch nicht gedeckt werden konnten", sagt Schmitt, „musste Wikileaks zuletzt sogar vom Netz gehen." Zudem ist Wikileaks auf ehrenamtlichen Rechtsbeistand angewiesen. Zu den Unterstützern der Betreiber gehörten in den vergangenen Jahren namhafte amerikanische Medienhäuser wie die *Los Angeles Times*, der Gannett-Konzern oder die Nachrichtenagentur Associated Press (AP). Von deutschen Verlagen oder Stiftungen seien bislang allerdings noch keine Spenden eingegangen. Dabei profitieren, seitdem der Bekanntheitsgrad von Wikileaks auch in Deutschland zunimmt, gerade die deutschen Medien immer öfter von dieser Dokumentenquelle, so etwa bei der Veröffentlichung der Toll-Collect-Verträge oder des Feldjägerreports während der Kunduzaffäre.

Johann Tischewski ■

Spurlos bleiben

Wikileaks verfügt über eine der sichersten Technologien, um seine Quellen zu schützen. Wer aber wirklich anonym bleiben will, sollte in Betracht ziehen, dass die Spur der Datenübertragung auch durch die Überwachung des sendenden Computers auf den Informanten zurückgeführt werden kann. Um das zu vermeiden, empfiehlt es sich, brisante Daten nicht vom eigenen PC zu übermitteln oder durch eine Anonymisierungsapplikation wie etwa Vidalia seine IP-Adresse zu verschleiern. Zudem sollte man darauf achten, dass aus dem zu sendenden Dokument alle offenen und versteckten Hinweise auf den Verfasser gelöscht sind.

Wikileaks im Netz: www.wikileaks.org

Aus der Rolle gefallen

Kontraste-Reporter Chris Humbs gibt Anstöße im ländlichen Raum

Es kommt nicht oft vor, dass Journalisten so konsequent aus der Rolle fallen wie Chris Humbs (40), langjähriger Reporter des politischen ARD-Magazins Kontraste. Mit einem Batzen eigenem Geld und dem Rückenwind der Berliner Redaktion trat er in Vorleistung, um „mit Herz und Verstand die Fahne der Aufklärung" in die bayerische Provinz zu tragen.

Schon lange vor dem Krieg war die Oberpfalz mit dem Städtedreieck Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof und Teublitz „Flick-Land". Bis zu 6.000 Menschen arbeiteten in guten Zeiten in der Maxhütte von Friedrich Flick. Während des Krieges schufteten und starben hier Zwangsarbeiter wie in allen Betrieben des Flick-Imperiums. Bis zu 60.000 Arbeitssklaven beutete der Großindustrielle Friedrich Flick in seinen Unternehmen aus. Nach dem Krieg wurde er als NS-Kriegsverbrecher zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, kam vorzeitig frei und starb 1972 als „politischer Landschaftspfleger" und Milliardär.

Die Maxhütte im Städtedreieck gibt es schon lange nicht mehr. Dafür aber Friedrich-Flick-Straßen, die von den Stadträten von Maxhütte-Haidhof und Teublitz hundertprozentig und eisern verteidigt werden wie der Mythos vom guten Patron Flick, der Siedlungen und Sportplätze bauen ließ.

Die Antwort von Chris Humbs auf diesen langlebigen Mythos heißt: „Aufklären und sensibilisieren, denn das hat 65 Jahre nach dem Krieg im ländlichen Raum nicht stattgefunden." In der seit Jahren eingemotteten „Hüttenschänke" in Maxhütte-Haidhof wurde Anfang März die Ausstellung „Städtedreieck unterm Hakenkreuz – NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum" eröffnet. Binnen eines halben Jahres waren zwanzig regionale Tafeln erarbeitet worden. Chris Humbs hatte Historiker, Politologen und kompetente Helfer in der Region um Regensburg gewonnen.

Die gemeinsame Stiftung von Bund und Wirtschaft „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" hatte sich auf ein Pilotprojekt für den ländlichen Raum eingelassen, eine Anschubfinanzierung von elftausend Euro in Aussicht gestellt. Und Chris Humbs gründete den Verein „Projektgruppe Zwangsarbeit", der auch vom DGB, ver.di und der IG Metall unterstützt wird.

Die vierwöchige Ausstellung in der „Hüttenschänke" wird von einem Rahmenprogramm begleitet, das auf Information und Kompetenz setzt. Renommierte Wissenschaftler geben weiter, was die Forschung um Flick und Zwangsarbeit herausgefunden hat. Bei der Ausstellungseröffnung strahlte Dariusz Pawlos von der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung", der aus Warschau angereist war: „Zum ersten Mal kommen unsere Informationstafeln zur Zwangsarbeit in Bayern zum Einsatz."

Aus Tschechien war der 88-jährige Leopold Dudek mit seiner Tochter gekommen, der zwei Jahre im Eisenwerk Maxhütte gearbeitet und gelitten hatte. Souverän ging er über den peinlichen Auftritt der CSU-Bürgermeisterin Plank hinweg, die in Treue fest zu Flick steht und ihm mit einer weißen Rose und der Bitte um Verzeihung kam. Leopold Dudek kann nicht verstehen, warum Straßen in Deutschland den Namen eines Kriegsverbrechers tragen.

Waltraud Bierwirth ■

Anzeige

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

One World
Deutsche Entwicklungspolitik

Medienpreis Entwicklungspolitik 2010 ausgeschrieben

Zum 35. Mal schreibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Medienpreis Entwicklungspolitik, der mit einer Gesamtpreissumme von 15 000 Euro dotiert ist, aus.

Der Preis würdigt journalistische Beiträge, die durch außergewöhnliche Qualität das öffentliche Bewusstsein für Entwicklungspolitik schärfen.

Weitere Informationen zum Medienpreis Entwicklungspolitik finden Sie unter:
www.bmz.de/medienpreis

Fotos: Christian von Polentz / transit

Wie setzt man Zeichen?

Eine linke Medienakademie ist hierzulande ein Solitär – aber ein großer nach inzwischen sieben Jahren

Die haben mal ganz klein angefangen, obwohl sie nie bescheiden waren. Eher kam der Anspruch ein wenig großspurig daher, eine Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz zu gründen und aufzubauen, um Menschen, die sich links von Union und FDP verorten, journalistisches Rüstzeug an die Hand zu geben. Zumindest 2002, als man mit zwölf Lernenden und zwei Lehrenden begann. Inzwischen ist die LiMA einer der größten Medienkongresse Deutschlands und immer noch links. Vom 10. bis 14. März fand sie zum siebten Mal statt. Mehr als 900 Menschen kamen um zu lernen, rund 200 Veranstaltungen fanden statt. 120 Dozentinnen und Dozenten listete das Programm auf. Und zum ersten Mal gab es im Rahmen der Akademie das LiMAunion camp. Das war speziell für medienschaffende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Betriebsrätinnen und Betriebsräte und Menschen, die Betriebszeitungen machen, konzipiert. Eine gute Idee. Hat sie funktioniert?

Seltsamerweise gab es das Grußwort der dju-Bundesgeschäftsführerin, Ulrike Maercks-Franzen, erst am Tag nach dem LiMAunion camp – nämlich am Freitag. Aber da wusste man schon, dass dies auf jeden Fall ein großartiger, aber in manchen Dingen recht unorthodoxer Kongress sein würde. Das hatte auch etwas mit dem Veranstaltungsort zu tun, denn ob des großen Interesses war man in die Hochschule für Technik und Wirtschaft nach Berlin-Schöneweide gezogen. Und auf dem Campusgelände musste sich die eine und der andere erst einmal zurecht finden. Da halfen am Anfang auch die 600 übers Gelände verteilten W-LAN Spots nicht immer. Salons, 50 Seminarräume, Hörsäle, Lounges. Wo ist Haus G? Findet mein Workshop im Haus C statt? Manche liefen einfach immer dem knallroten *taz*pressomobil hinterher, aber das war am Ende auch keine Lösung. Donnerstagmittag, da war der erste LiMA-Tag schon aus den Kinderschuhen, kam dann das Programm endlich aus der Druckerei und von da an wurde alles einfacher.

Das LiMAunion camp hatte sein Hauptquartier im Haus G, praktischerweise waren dort auch Cafeteria und Mensa direkt am Spreeufer untergebracht. Geplant war es für einen ganzen Tag und es sollte ein gute Mischung aus Werkstatt, Vorträgen und Diskussionen sein. Die Mischung war gut, allerdings hat es auch – wie man nun weiß – Nachteile, wenn die Dinge parallel laufen. Kein Mensch kann sich teilen und so musste sich manche und mancher entscheiden, ob der Vortrag zum Thema „Gewerkschaften für ein soziales Europa“ von DGB-Chefökonom Dierk Hirschel wichtiger ist als eine Einführung in das Programm Indesign oder eine Werkstatt zum Thema PR-Essentials, ob man sich lieber den Film „Schlaglichter auf die Wirklichkeit“ von Wulf Beleites über den journalistischen Alltag in Redaktionen, über Vergütungen und Honorare anschaut oder besser die Photoshop-Werkstatt oder den Workshop „Öffentlichkeitsarbeit für Gewerkschaften“ nutzt. Zwei Herzen können nicht in einer Brust schlagen, so viel ist sicher.

„Wenn sich das Engagement für politische und soziale Themen mit dem Bemühen um journalistische Qualität trifft, dann hat die Linke Medienakademie die Gewerkschaft der Profis an ihrer Seite“, hatte Ulrike Maercks-Franzen das Engagement der dju für die LiMA begründet. „Qualität im Journalismus steht und fällt mit solidem handwerklichen Wissen. Auch technische Kompetenz wird zukünftig integraler Bestandteil unseres Berufes sein.“

Und das muss man der LiMA lassen: Sie hat sich zum Ausgangspunkt gesetzt, dass politische Haltung und guter Wille allein nicht genügen, um kompetent und professionell linken Journalismus in einem weiten und sehr offen gedachten Sinne zu betreiben. Nicht in Zeiten immer stärkerer Medienkonzentration, in denen wenige große Konzerne fast alles dominieren, was an Informationen und Meinungen zu den Menschen gelangt. Und daraus haben die LiMA-Macherinnen und -macher das Ziel abgeleitet, mit umfangreichen und sehr praxisnahen Angeboten möglichst vielen Medienschaffenden und solchen, die es noch werden wollen, Rüstzeug an die Hand zu geben, mit dem sie etwas anfangen und mithalten können. „Es gibt einen großen Qualifizierungsbedarf in der linken und alternativen Szene, was den Umgang mit Medien und die Gestaltung von Print- und Online-Angeboten angeht. In einer von neoliberalen Großkonzernen dominierten Republik gilt es, das Potenzial von Gegenöffentlichkeit zu stärken“, formulierte Christoph Nitz, der Initiator des Projektes LiMA noch in der Vorbereitungsphase.

Inzwischen ist das Projekt, auch was die Förderinnen und Förderer anbelangt, auf sehr breite Füße gestellt. Zeitungen und Zeitschriften, darunter *Publik* und *M – Menschen Machen Medien* sowie Stiftungen unterstützen die Akademie, namhafte Menschen aus den Bereichen Medien, Politik, Wissenschaft, Kultur, aus gesellschaftlichen Institutionen und außerparlamentarischen Zusammenhängen folgten der Einladung und kamen, um zu vermitteln und ihr Wissen weiterzugeben. Berührungsängste schien es nicht zu geben, denn um Qualität und Unabhängigkeit der

Blick durch die Tür des LiMA Schaufenster

Kurt Weidemann, „Held der Typografie", im Gespräch mit dem Nachwuchs

Medien streiten sie alle, die da kamen – die Lehrenden genauso wie die Lernenden.

Die ganze Organisation der LiMA wird im Wesentlichen von ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern geschultert. Schon deshalb macht es wenig Sinn, mit ein wenig Chaos und an manchen Stellen vielleicht zu viel des Guten zu hadern. Vier Tage Kongress sind eine lange Zeit. Dafür bewegen etablierte Organisationen meist eine Menge Geld, beschäftigen eine Reihe Agenturen und können es oft auch nicht besser.

Zurück zum LiMAunion camp.

Warum brauchen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter eine Medienakademie, die haben doch ihre eigenen Schulungsorte und -angebote? Genug ist nicht genug, könnte man sagen. Die Zeiten sind anstrengender geworden, die Auseinandersetzung um gute Arbeit und gute Löhne härter. Sich Gehör und Aufmerksamkeit zu verschaffen, gelingt sicher über Qualität, bestimmt durch die Nutzung der ganzen zur Verfügung stehenden Palette von Medien – seien sie analog oder digital oder multimedial – und ganz bestimmt besser durch gute Vernetzung. Vernetzung, das ist einer der Grundgedanken, die mit der LiMA verfolgt werden. Man kann gucken, wie es andere machen, und überlegen, ob sich zusammen etwas bewegen lässt. Nachahmen ist erlaubt.

Interessant war da zum Beispiel der multimediale Vortrag „Gebäudereiniger – Erfolg auch Dank der Medienberichterstattung" von Ben Brusniak. Der 27-jährige Gewerkschaftssekretär arbeitet als Organizer bei der IG Bau und hat im vergangenen Jahr den „Aufstand der Unsichtbaren" aktiv mitgestaltet. Zur etablierten Webseite der Gewerkschaft gesellte sich damals ein lebendiger Blog, der die Aktion nicht nur unkonventionell, unterhaltsam und motivierend zugleich vermittelte, sondern auch eine wichtige vernetzende Funktion hatte. Zugleich konnte man feststellen, dass die Medien den Blog zur Beschaffung von Erstinformationen nutzten. In Aktionszeiten – und Streikzeiten sind Aktionszeiten – ist ein Blog ein sehr hilfreiches und effektives Mittel, Öffentlichkeit zu schaffen. Sympathien bringt es auch, das ist nicht unwichtig.

Öffentlichkeit schaffen, darum ging es eigentlich den ganzen union camp-Tag. Der erste Vortrag am Morgen, „Gewerkschaften für ein soziales Europa", machte dies klar. Dierk Hirschel beschrieb am Beispiel Griechenland fundiert und verständlich, wie schnell eine Lesart der Geschichte im öffentlichen Bewusstsein verankert wird, auch wenn sie falsch ist. Der Topos von den korrupten, über ihre Verhältnisse lebenden Griechen war schnell gesetzt – viele Medien sind dabei willige Helfer. Es bräuchte, dieses Fazit konnten die Zuhörenden für sich ziehen, unabhängige Geister und kritischere Medien, um da gegenhalten zu können und die wahren Ursachen für die Krise im Land der Akropolis aufzuzeigen. Hirschel sah hier auch die Gewerkschaften in der Pflicht, in solchen Fragen medial in die Offensive zu kommen.

Interessant, wenn auch zu wenig besucht, war ein Vortrag, der demzufolge mehr zum Gespräch geriet, über „Gewerkschaftliche Lobby-, Öffentlichkeits- und Bewegungsarbeit im Bundestag". Michael Neunzig, Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Jutta Krellmann von der Linksfraktion, beschrieb an den Beispielen Jugendarbeitsschutzgesetz und Schlecker-Skandal die Möglichkeiten von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, auf Regierungshandeln und Gesetzgebungsverfahren Einfluss zu nehmen. Auch hier geht es um Gegenöffentlichkeit, um die Verknüpfung außerparlamentarischer Protestformen mit parlamentarischen Initiativen und kluger Öffentlichkeitsarbeit.

Dr. Maria Kniesburges, Chefredakteurin Publik

Mag Wompel, verantwortliche Redakteurin LabourNet Germany

Am Abend des LiMAunion camps – in der Lounge in Haus G wurde schon mal die Musikanlage für die spätere Party getestet – gab es im Blauen Salon noch eine hochspannende Debatte zwischen zwei streitbaren und klugen Frauen. „Zeichen setzen: Gegenöffentlichkeit aus der Arbeitswelt" – darüber diskutierten Dr. Maria Kniesburges, Chefredakteurin der ver.di-Printmedien, so auch der Zeitung *Publik* und Mag Wompel, seit 1997 verantwortliche Redakteurin für *LabourNet Germany*, einem Online-Portal, das Treffpunkt für Ungehorsame mit und ohne Job ist, basisnah und gesellschaftskritisch.

Print und Online – zwei Welten, die letztlich nur Mittel zum Zweck sind und beide ihre Berechtigung haben, wenn es um Gegenöffentlichkeit und Vernetzung geht. www.labournet.de besuchen monatlich rund 400.000 Menschen, *Publik* erscheint monatlich in einer Auflagenhöhe von 2,1 Millionen Exemplaren. Das Internetportal wird täglich mit aktuellen Meldungen bestückt und ist zugleich ein umfangreiches Archiv der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Zeitung schafft Informationsaustausch in einer Gewerkschaft, die über tausend Berufe organisiert.

Fazit LiMAunion camp: Wichtig, brauchbar, gut, ausbaufähig, interessant, bunt und vor allem klug. Vielleicht auf zwei Tage verteilen, gute Vorträge und nützliche Praxisangebote entzerren und so allen die Möglichkeit geben, möglichst viel zu lernen und mitzunehmen. Die LiMA ist eine jährlich einmalige Chance, sich zu bilden, zu vernetzen, zu lernen. Medienschaffende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollten das nutzen. Es stärkt und macht auch Spaß.

Die LiMA dauerte bei Redaktionsschluss noch an. Am Samstag jedenfalls war die Stimmung weiterhin hervorragend. Zumal es am Freitag einen Höhepunkt der ganz besonderen Art gegeben hatte. Kurt Weidemann, ein Held der Typografie des 20. Jahrhunderts, inzwischen 88 Jahre alt, war gekommen, um zu erzählen. Es sei grandios gewesen und Weidemann nun Ehrenmitglied der LiMA geworden, berichtete Christoph Nitz. Wie war noch mal das Motto der 7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz? „Zeichen setzen". Klappt doch wunderbar.

Die nächste LiMA findet vom 9. – 13. März 2011 statt. Wer sich vorher einbringen, Vorschläge unterbreiten, seine Meinung loswerden will, schreibt an info@linke-medienakademie.de – und ist ausdrücklich erwünscht und herzlich willkommen.

Kathrin Gerlof ■

MEDIENARCHIV'68

Feindbild erschüttert?

Springer eröffnete Online-Datenbank „Medienarchiv68"

Der Springer-Konzern öffnete kürzlich eine Online-Datenbank zur hauseigenen Berichterstattung über Außerparlamentarische Opposition (APO) und Studentenbewegung. Fast gleichzeitig erschien im Verlagsauftrag eine FU-Studie zum „Feindbild Springer". Ein Versuch alternativer Geschichtsschreibung, mit dem der Kulturkampf von 1968 nachträglich zu Gunsten Springers entschieden werden soll?

5.900 Zeitungsartikel aus den Jahren 1966 bis 1968 enthält das am 17. Januar gestartete „Medienarchiv68". Schon die Vorgeschichte der Archivöffnung entbehrt nicht der Pikanterie. In einem ganzseitigen Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* Mitte 2009 fand Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner, „es wäre an der Zeit, dass sich die uneinsichtigen Protagonisten der 68er-Bewegung mal bei unserem Haus entschuldigen". Dem Springer-Verlag sei in dieser Auseinandersetzung „Unrecht widerfahren", klagte der nachgeborene promovierte Musikwissenschaftler und Günstling von Axel Cäsars Witwe Friede Springer. Die „erfolgreiche Diffamierungskampagne" der Linken habe dazu geführt, „dass der Verlag bei den ewig Gestrigen als Hort des Reaktionären, als zentral gelenktes Meinungsmonstrum wahrgenommen wird". Kurz zuvor hatten die Medien berichtet, Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras, der am 2. Juni 1967 während des Schahbesuchs in West-Berlin den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte, sei SED-Mitglied und Stasi-Spitzel gewesen. Für den Braintrust im Hause Springer wohl der richtige Zeitpunkt, mehr als nur ein bisschen Imagekorrektur in eigener Sache zu betreiben.

Mit der Einladung zu einem „Springer-Tribunal 2009" gelang den Verlagsverantwortlichen Mitte 2009 jedenfalls ein öffentlichkeitswirksamer Coup. Dieses Tribunal, so die Ankündigung, werde die damalige Situation in Berlin debattieren und „prüfen, welche Rolle die Blätter des Verlags Axel Springer, aber auch andere Publikationen und die Akteure der Studentenbewegung spielten". Für Spätgeborene: Ein „Springer-Hearing" oder auch „Springer-Tribunal" war seinerzeit zwischen der Erschießung Ohnesorgs und dem Attentat auf Rudi Dutschke von der APO geplant gewesen, um die Kampagne „Enteignet Springer!" theoretisch zu fundieren und politische Konsequenzen aus der linken Medienkritik abzuleiten. Das Hearing wurde am 9. Februar 1968 zwar eröffnet, aber wegen gewaltsamer Übergriffe auf diverse Filialen des Springer-Blatts *Berliner Morgenpost* sofort vertagt. Die geplante Fortsetzung fand nie statt.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr auch der jüngst von Springer selbst angeregten Veranstaltung, die schon zwei Monate nach der vollmundigen Ankündigung abgesagt wurde. Begründung: die eingeladenen Vertreter der 68er Bewegung hätten sich der Diskussion verweigert. Es sei „armselig, wenn die Anti-Springer-Aktivisten von einst vier Jahrzehnte nach 1968 noch immer am alten Frontdenken festhalten", schrieb *Welt*-Chefredakteur Thomas Schmid enttäuscht. Möglicherweise hatten ehemalige Aktivisten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wie Peter Schneider, Christian Semler und Daniel Cohn-Bendit aber einfach keine Lust darauf, ähnlich bußfertig wie ihr früherer SDS-Mitstreiter Schmid beim Konzern Abbitte zu leisten.

Zur Unterfütterung der eigenen Position hatte der Springer-Verlag vorausschauend bei Historikern der FU – Forschungsverbund SED-Staat – eine Studie in Auftrag gegeben. Sie erschien Ende 2009 unter dem Titel „Feind-Bild Springer. Ein Verlag und seine Gegner". Bei der Kooperation, so versichern die Autoren Jochen Staadt, Tobias Voigt und Stefan Wolle, habe die Axel Springer AG „keinerlei Einfluss auf Inhalte und den Verlauf des Forschungsprojekts genommen". Das erscheint glaubhaft, zumal an einem zentralen Punkt das Ergebnis für Springer unbefriedigend bleiben muss. Springer-Chef Döpfner behauptet, die 68er Bewegung habe sich „wissentlich und unwissentlich zum Handlanger der SED machen lassen, um den Axel-Springer-Verlag als Feindbild und Fratze der freien Presse zu positionieren". Als Nachweis dienen ihm die in der Studie minutiös aufgeführten Belege für die seit den 50er Jahren existierenden SED-Attacken auf Springer bis hin zur Kampagne „Enteignet Springer" – ein Slogan, der vom ehemaligen SDS-Sekretär und Doppelagenten Walter Barthel (er arbeitete gleichzeitig als IM des MfS und für den bundesdeutschen Verfassungsschutz) stammte.

Solche platten Unterwanderungsthesen unterstützt die Studie der FU-Autoren aber gerade nicht. Sie kommt vielmehr zu dem Ergebnis: „Entgegen damaligen Wahrnehmungsmustern wurde die antiautoritäre Studentenbewegung nicht aus der DDR gesteuert." (S. 143) Damit urteilen die Verfasser differenzierter als der Historiker und Leiter der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe. Der hatte vor zehn Jahren in seinem (im Springer-Verlag Propyläen erschienenen) Buch „Der diskrete Charme der DDR: Stasi und Westmedien" alle Springer-Gegner entweder als gekaufte Spitzel oder nützliche Idioten der Stasi diffamiert. Dass es etwa für die Studenten und liberale Medien reichlich Gründe gab, gegen die Markt- und Meinungsmacht Springers anzugehen, ließ er seinerzeit nicht gelten. Die Öffnung des „Medienarchiv68" durch Springer könnte helfen, das Gedächtnis für die damaligen Hetztiraden der meisten Springer-Blätter aufzufrischen. Immerhin empfahl *Bild* bereits 1966 „Polizeihiebe auf Krawallköpfe, um den möglicherweise doch vorhandenen Grips locker zu machen", während 1968 die *Berliner Morgenpost* gegen „Dutschke und Konsorten" als „Handlanger des kommunistischen Würgegriffs" agitierte. Wer nicht so weit in die Geschichte zurückgehen mag, der begnüge sich mit einem gelegentlichen Blick auf die aktuellen Schlagzeilen von Springers fettbalkigen Printprodukten. Verändert hat sich nur die Zielgruppe: Was früher studentische Wirrköpfe, sind heute die „Sozialschmarotzer". *Günter Herkel* ■

Buchtip

Jochen Staadt, Tobias Voigt, Stefan Wolle:
Feind-Bild Springer. Ein Verlag und seine Gegner.
Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen
2009, 328 Seiten

Foto: Bodo Marks / dpa

In Hamburg wird das Foto der getöteten Neda Agha-Soltan bei Protesten getragen.

Das falsche Bild von Neda

Eine totgeschriebene Lebende zeugt vom Versagen der Medien

Im Internet kursiert ihr Foto zehntausendfach: Mal steht Neda Agha-Soltan darunter, mal Neda Soltani, Neda Soltan oder Neda Agha-Soltani. Gemeint ist: Die auf einer Demonstration erschossene Neda, der „Engel des Iran". Mit ihrem Bild, in Unschuld lächelnd mit Kopftuch, wird demonstriert. Es ging um die ganze Welt, ist ein Symbol des iranischen Freiheitskampfs. Doch die Frau auf dem Foto ist nicht tot. Sie lebt im Großraum Frankfurt in einem Asylbewerberheim.

Ihr Name ist Neda Soltani. Bis vor einem halben Jahr war sie Dozentin für englische Literatur an der Teheraner Islamic Azad University. Dann wurde ihr Facebook-Foto für das der toten Neda gehalten. Die Verwechslung der Medien zerstörte ihr altes Leben. „Sie ist zwischen die Fronten geraten", sagt David Schraven, der Nedas Geschichte im *SZ-Magazin* aufgedeckt hat. „Im Iran ist schon für weniger getötet worden."

Die Dramaturgie der Verwechslung ist rasant – und zeigt systematische Recherchefehler: Am 20. Juni 2009 wird gegen Abend in Teheran eine junge Frau niedergeschossen. Von ihrem Sterben gibt es einen Handyfilm, der unmittelbar nach den Schüssen auf YouTube hochgeladen wird. Die Sterbende blickt direkt in die Kamera. Im Hintergrund fällt der Name „Neda". Schnell wird im Netz recherchiert und es taucht ihr Nachname auf: Soltan. Beruf: Studentin an der Islamic Azad University in Teheran. „Irgendwer hat dann bei Facebook „Neda Soltan" gesucht", erzählt Schraven. Gefunden hat er „Neda Soltani", Dozentin an der gleichen Uni. Noch in der Nacht zum 21. Juni 2009 verbreitet sich das Foto der lebenden Neda in Netzwerken, Blogs und Internetportalen. Kurz darauf bringen es die weltweit wichtigsten Fernsehsender und schon am nächsten Morgen ist Neda Soltanis Bild in den Zeitungen vieler Länder – als das Bild der getöteten Neda. Wütende Demonstranten tragen es im Iran auf Plakaten vor sich, bauen Altäre um das Bild. Die Frau darauf nennen sie „Engel des Iran". Neda Agha-Soltan ist eine Märtyrerin – mit falschem Bild.

„Sie haben alle voneinander übernommen, ohne Gegencheck", sagt Schraven. Der Fehler an sich geschieht leicht: Die Frauen sehen sich ähnlich, kommen aus der gleichen Stadt, haben fast den gleichen Nachnamen. Aber eben nur fast: Die tote Neda heißt „Agha-Soltan" mit Nachnamen und die lebende „Soltani". „Das hat aber niemanden stutzig gemacht, Schnelligkeit war wichtiger", sagt Schraven.

Neda Soltani ist am 21. Juni verblüfft über die vielen Facebook-Freundschaftsanfragen. Als sie den Grund erfährt, schreibt sie an den bei der Opposition beliebten englischsprachigen Fernsehsender „Voice of America". Als Beweis für den Irrtum schickt sie ein Bild von sich. „Voice of America" verbreitet es – als weiteres Foto der Toten, CBS folgt. Panisch löscht Neda Soltani ihr Foto bei Facebook. Blogger spekulieren daraufhin über Zensur und kopieren das Foto auf hunderte Facebook-Seiten und bei Twitter. Die Eltern von Neda Agha-Soltan machen am 23. Juni authentische Fotos ihrer Tochter öffentlich – das falsche Bild kursiert weiter. Neda Soltani wird vom Regime unter Druck gesetzt. Der Fehler soll die Opposition als Marionetten westlicher Fälscher entlarven. Und auch die Regimekritiker sehen Neda Soltanis Geschichte als Bedrohung und beharren im Internet auf der Authentizität ihres Fotos. Am 2. Juli flieht Neda Soltani nach Deutschland und beantragt Asyl. Am 3. Juli schreibt BBC online über die Verwechslung, am Rande eines Berichts über Internetforen – keine weiteren Medienreaktionen, das falsche Bild taucht weiter auf, von CNN bis Spiegel online.

Seit die Geschichte im Februar als Titel des *SZ-Magazin* erschien, wird es von immer mehr Verlagen gelöscht. „Das falsche Foto ist aber immer noch im Umlauf", sagt Julia Grißmer, Neda Soltanis Anwältin. Durch einen Systemfehler, sagt Schraven. „Die Fotoagenturen haben schon vor Monaten Sperrvermerke herausgegeben. Die Fotos sind aber in den Redaktionsarchiven, die werden vor einer Veröffentlichung nicht noch mal kontrolliert."

Der Gegencheck ist bei der Geschichte auf vielen Ebenen ausgefallen. Einen Grund vermutet Schraven auch in der schlüssigen Neda-PR. „Es gibt ja eine tote Demonstrantin. Ein Bild infrage zu stellen passt nicht in den Sog des berührenden Themas." Geprüft haben auch die Blogger nicht. „Die Geschichte zeigt deutlich, dass es auch hier Qualitätsregeln geben muss", sagt Schraven, der selbst bei ruhrbarone.de bloggt. „Vielleicht durch ein Siegel."

Die richtigen Informationen waren öffentlich verfügbar, die Wahrheit ging dennoch unter. „Man findet im Internet tausendfach vermeintliche Belege für das Falsche, so entsteht schnell ein neuer falscher Artikel", sagt Horst Pöttker, Geschäftsführer der Initiative Nachrichtenaufklärung. „Die Originalquellen werden fast nie genutzt." Durch das Internet könnten sich Fehler gewaltig ausbreiten.

Auch sie selbst sieht das so, sagt ihre Rechtsanwältin. „Sie will keine öffentliche Person sein, hat aber keine Wahl." Seit der *SZ*-Geschichte fragen Journalisten aus aller Welt an. „Sie wird einige zentrale Interviews geben", sagt Julia Grißmer. Gleichzeitig klagt sie bei den Verlagen auf Unterlassung des Bildes. Einige löschten bereits. „Online wimmelt es aber noch von falschen Fotos", sagt Grißmer. Sogar die *SZ* zeigt in einem Online-Archivbeitrag ein Plakat mit dem Bild Neda Soltanis. Bildunterschrift: „Das Schicksal der Neda Agha-Soltan hat Menschen auf der ganzen Welt bewegt."

Miriam Bunjes ■

Die lebende Neda Soltani wird vor der Botschaft in London betrauert

Foto: epa / Andy Rain

Transparenz und Realitätssinn

Debatte über ethische Orientierung in Kommunikationsberufen

„Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so!" Mit diesen Worten entschuldigt Bettlerkönig Peachum in Brechts „Dreigroschenoper" die fehlende Moral in der bürgerlich-kapitalistischen Welt. Wie steht es 80 Jahre später um die Moral in der bundesdeutschen Medienwelt? „Ethik der Kommunikationsberufe" war im Februar Thema der Münchener Jahrestagung des Netzwerks Medienethik, das – 1997 gegründet – auf einen Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Berufspraxis zielt.

Für Journalisten, Öffentlichkeits- und andere Kommunikationsarbeiter ist es immer schwieriger, ethische Orientierungen zu finden, die der Realität ihres Berufsalltags entsprechen. Die Trennlinien zwischen Journalismus und Public Relations verschwimmen, wenn das wachsende Heer freier Journalisten zunehmend auf Einkünfte aus PR-Aufträgen angewiesen ist. Zudem erweitert sich durch die Globalisierung der kulturelle Rahmen, in dem ethische Normen und Werte wirken, wie der Streit um die Mohammed-Karikaturen zeigte, in dem Pressefreiheit und Respekt vor religiösen Gefühlen aufeinanderprallten. Wie können Medienschaffende unter diesen Verhältnissen ihren ethischen Qualitäts- und Professionalitätsansprüchen gerecht werden?

„Es geht immer darum, wie man die hehren ethischen Ansprüche an die Realität angleichen kann", resümiert der Medienwissenschaftler Christian Schicha die Ausrichtung der Vorträge auf der Münchener Konferenz. Schicha, zugleich Sprecher der mit veranstaltenden Ethik-Fachgruppe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK), erklärt auf die Frage nach Lösungsansätzen, die meisten Tagungsteilnehmer plädierten dafür, „eher von außen Rahmenbedingungen zu schaffen, die Qualitätsjournalismus möglich machen."

Eine kritische Bilanz zur Verankerung von Ethik in den Kommunikationsberufen zieht die Bochumer Kommunikationswissenschaftlerin Barbara Thomaß im Einführungsvortrag. Die Kommerzialisierung des gesamten Mediensystems führe dazu, dass auch im Journalismus Gewinnerwartungen an erster Stelle stehen. In den Redaktionen wachse der Druck auf Zeit, Kosten und Personal. Da bleibt wenig Raum für ethische Reflexionen und es wundert nicht, dass die meisten Beschwerden beim Deutschen Presserat im vergangenen Jahrzehnt die Verletzung der Sorgfaltspflicht betrafen.

Eine weitere Folge der Ökonomisierung und des immensen Arbeitsdrucks in den Redaktionen: Die Vermischung von redaktionellem Teil und Werbung und der Einfluss von Interessen geleiteter PR nehmen zu – ein wachsendes Problem für eine demokratietheoretisch fundierte journalistische Ethik, die sich einer „öffentlichen Aufgabe" verbunden fühlt. Es gebe zudem immer mehr verdeckte PR, die sich der kritischen journalistischen Überprüfung entziehe. PR-Ethikstandards seien in der Praxis unzureichend verankert, würden aber lebhaft diskutiert wie die Frage nach der „Elastizität" der Wahrheitsnorm. Der Kommunikationswissenschaftler Klaus Merten provozierte den Deutschen PR-Rat im vergangenen Jahr mit der Aussage, PR habe die „Lizenz zu täuschen".

Verantwortung auf allen Ebenen

Thomaß sagt, es sei „unfair", den Stand der Ethik in Kommunikationsberufen anhand der Einhaltung von Standeskodizes zu beurteilen. Sie fragt, ob eine „kontextualisierte Berufsethik, die jenseits von kodifizierten Appellen Arbeits-, Produktionsbedingungen und auch Regulierung kritisch hinterfragt, eine Perspektive für die Erneuerung und Revitalisierung medienethischer Überlegungen" eröffnet. Als theoretisches Konzept führt sie „Media Governance" ein, das bei den gesellschaftlichen Strukturen ansetzt und Verantwortung auf allen Ebenen verortet – Medienunternehmen, Medienmarkt und Medienpolitik. Medienethik sei das „inhaltliche Fundament der Governance-Strukturen". In der sich anschließenden Diskussion, so Schicha, wurde hinterfragt, ob das für politische und wirtschaftliche Kodizes entwickelte Governance-Konzept auf Medien übertragbar sei, da diese eine „öffentliche Aufgabe" zu erfüllen hätten. Zumindest an den Journalismus seien „höhere Ansprüche" als an die Auftragskommunikation der PR zu stellen.

Doch in der journalistischen Berufspraxis lasse sich z. B. die „Unabhängigkeitsnorm kaum durchsetzen", so Schicha mit Blick auf den Druck von Anzeigenkunden wie Lidl oder Aldi, die bei unliebsamer Berichterstattung „den Geldhahn zudrehen" und so die „Schere im Kopf" beim Redaktionspersonal verstärkten. Bedroht wird die ethische Forderung nach journalistischer Unabhängigkeit auch von anderer Seite. Schicha erklärt, wenn das Netzwerk Recherche sagt „Journalisten machen keine PR", sei das nicht mehr haltbar, weil die Arbeitsbedingungen für freie Journalisten mittlerweile „so gruselig sind", dass anders nicht das nötige Einkommen erzielt werden kann. Eine ethisch vertretbare Lösung sieht er darin, dass Freie nicht über ein Unternehmen berichten, für das sie gerade Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Und es gehe darum, ihre Rolle für die Rezipienten transparent zu machen. Mangelnde Transparenz in der Informationsgebung erweise sich denn auch als ein ethisches Hauptproblem – insbesondere im Internet. So sei z. B. die Autorenschaft für die Einträge ins Wikipedia-Lexikon unklar.

Wahrheitsgehalt oft undurchsichtig

Der Ludwigsburger Philosophieprofessor Mathias Rath analysiert, wie das interaktive Web 2.0 die ethisch-professionellen Standards im Journalismus beeinflusst. Die partizipative Kommunikation im Web 2.0 habe ökonomisch basierte, institutionalisierte Hierarchien und Zugänge abgebaut. Jeder könne heute ein Produser, d.h. zugleich Produzent und Nutzer von Inhalten sein. Andererseits, so Rath, ist die Glaubwürdigkeit von Quellen und Angeboten nicht mehr institutionell abgesichert und muss von jedem Nutzer selbst überprüft werden. Journalisten im Web 2.0 sollten Produser daher auch über Qualität, Relevanz, ökonomische und ideologische Abhängigkeiten der Inhalte informieren. Nur so könne sich im Bewusstsein der Nutzer eine neue Ethik der öffentlichen Kommunikation entwickeln.

Auch Günter Bentele, in Leipzig Professor für Öffentlichkeitsarbeit / PR, plädiert für Transparenz als zentrales ethisches Kriterium, nachdem er sich mit dem Wirklichkeitsbezug von Ethikkodizes wie der Wahrheitsnorm auseinander gesetzt hat. Am Beispiel der verdeckten PR der Deutschen Bahn 2007, die im vergangenen Jahr vom Verein LobbyControl enthüllt wurde, zeigt er, wie undurchsichtig der Wahrheitsgehalt vermeintlich neutraler Medieninhalte ist. Die Bahn AG hatte

Bild: Bildagentur Huber / Smetek

Medienethik – ein Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis

die PR-Agentur EPPA beauftragt, in der Debatte um die Bahnprivatisierung und im Tarifkonflikt mit der Lokführergewerkschaft GdL Blogs, Internetforen und Streams auf YouTube in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zu diesen „No badge"-Aktivitäten, bei denen der Auftraggeber nicht erkennbar („ohne Ausweis") ist, gehörten auch lancierte Leserbriefe, initiierte Namensartikel und gefakte Meinungsumfragen. Die inzwischen gesperrte Webseite www.zukunftmobil.de trat z. B. als neutrales Informationsportal auf mit dem „Ziel, nachhaltige Mobilität" zu schaffen.

Transparenz kristallisiert sich in Benteles Vortrag als „wichtiges Metakriterium" zur Sicherstellung ethischer Ansprüche heraus. Sie sei zudem ein sozialer Mechanismus zur Überprüfung von Wahrheit, Richtigkeit, Objektivität und zur Herstellung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Bentele abschließend: „Transparenz, Offenheit bleiben als Leitnormen auch in der globalisierten Mediengesellschaft notwendig, wenn wesentliche gesellschaftliche Funktionen der öffentlichen Kommunikation aufrecht erhalten bleiben sollen."

In einem demokratischen Staat wie der Bundesrepublik ist es auch eine ethische Frage, inwieweit die unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft in den Medien repräsentiert werden – inhaltlich und strukturell. Barbara Thomaß plädiert für eine „Vielfaltsethik", die sicherstellt, dass die Beiträge zur öffentlichen Kommunikation den Lebensbedingungen der Gesellschaftsmitglieder gerecht werden.

Nicht mit der inhaltlichen, sondern mit der strukturellen Facette von Medienethik befasst sich die Soziologin Klarissa Kunze in ihrem Tagungsbeitrag zur sozialen Herkunft von Journalistenschülern.

Die schichtspezifischen Wurzeln der Medienschaffenden beeinflussen ihre Wahrnehmung und Auswahl von Themen. Eine zu starke Homogenität im Personal könnte eine multiperspektivische Kommunikation erschweren. Nach der repräsentativen Studie „Journalismus in Deutschland" 2005 stammen die Berufsangehörigen zumeist aus der Mittelschicht.

Ungleiche Chancen

Kunze problematisiert und überprüft dieses „Gleich und Gleich gesellt sich gern" in ihrer Dissertation an journalistischen Eliten. Daten zur Nachwuchsrekrutierung erhält sie durch Interviews mit Leitern von drei Journalistenschulen und Befragung der Auszubildenden. Haben Angehörige aller sozialen Schichten die gleichen Chancen, in die Eliteschulen aufgenommen zu werden? Ein Ergebnis: 68 Prozent der Schüler und Schülerinnen stammen aus Elternhäusern mit hoher Bildung und beruflicher Position, viele von ihnen sind Kinder von Lehrern und Ärzten.

Diese Zusammensetzung resultiert aus der Bewerberauswahl. Die Schulleitungen entschieden nach fünf Kriterien, die sie als konstitutiv für eine „journalistische Persönlichkeit" betrachten. Zunächst müssten die Aspiranten sich an Kommunikationspartner und -situationen anpassen, z. B. auch auf der Pressekonferenz eines Großkonzerns sicher auftreten können. Gefordert wird außerdem ein „Vertrauen erweckendes Wesen". „Vertrauen entwickelt man wiederum vor allem zu Menschen, die einem ähnlich sind", kommentiert Kunze. Als dritte Facette einer „journalistischen Persönlichkeit" wird „breites Wissen zur Medienagenda" genannt, d. h. nicht nur Kenntnisse von Außenminister Westerwelles Äußerungen zu Hartz IV, sondern auch über die Kinderzahl von Brad Pitt und Angelina Jolie. Außerdem erwarten die Journalistenschulleiter eine „bescheidene Selbsteinschätzung" sowie „Sprachgefühl und Gesprächsführungskompetenz".

Die Umsetzungsmöglichkeiten ethischer Ansprüche in der Berufspraxis wurden auf der Tagung dann auch eher allgemein thematisiert. Barbara Thomaß plädiert dafür, Diskurse über Medienethik in Gang zu halten, weiterhin Ansprüche zu formulieren und einzufordern, dabei aber immer realistisch zu bleiben. Bei einer so gestalteten Verankerung der Berufsethik setzt sie vor allem auf Zusammenschlüsse und Initiativen – etwa das Netzwerk Medienethik, dem 2001 das Netzwerk Recherche und die Initiative Qualität im Journalismus folgten, der auch die dju angehört. 2003 gründete die Hamburger Akademie für Publizistik einen Ethikrat. 2004 entstand der Verein zur Förderung der publizistischen Selbstkontrolle, der einen Medienrat für alle Publikationsorgane anstrebt.

Christian Schicha ergänzt, es wurde kontrovers über eine staatlich verordnete „Zeitungsabgabe" analog zu den Rundfunkgebühren diskutiert, um den Printjournalismus zu stärken. Denkbar seien auch andere Finanzierungsmodelle, etwa „Mäzene für die Pressefreiheit". Um die Qualität der Medienprodukte zu verbessern, seien gute Arbeitsbedingungen fürs Personal unabdingbar. Und wenn Journalisten diese mit dem Qualitätsargument einforderten, könnten sie z. B. von einem Ombudsmann unterstützt werden, der Leser- und Publikumskritik entgegen nimmt. Doch die wenigsten Medienunternehmen in Deutschland haben bisher eine Ombudsstelle.

Verbündete suchen

Auf der Tagung wurde der Blick vor allem auf die äußeren strukturellen Rahmenbedingungen für ethisch-professionellen Qualitätsjournalismus gerichtet. Gehört dazu nicht auch eine gesetzliche Verankerung von innerer Pressefreiheit, von mehr Mitwirkungsrechten des journalistischen Personals? Doch solange die Verhältnisse nicht so sind, bleibt für Medienschaffende nur, gemeinsam vorzugehen, Verbündete zu suchen für die Realisierung ethischer Ansprüche. Was der ehemalige IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hentsche auf dem ver-di-Journalistentag 2009 zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen sagte, gilt auch für die Umsetzung ethischer Qualitätsansprüche: „Letztlich hilft nur kollektiver Druck!"

Bärbel Röben ■

Hinweis

Die über 20 Vorträge der Tagung „Ethik der Kommunikationsberufe: Journalismus, PR und Werbung" werden im Sommer dieses Jahres in der „Zeitschrift für Kommunikationsökologie und Medienethik" dokumentiert.

„Zuerst“ am rechten Rand

Neue rechtslastige Hochglanzpostille vertrieben vom Bauer Verlag

Mit einer neuen Zeitschrift, dem *Deutschen Nachrichtenmagazin Zuerst*, versucht der rechtsradikale Verlag „Lesen & Schenken GMBH“ aus dem schleswig-holsteinischen Martensrade nicht nur am rechten Rand Leser zu gewinnen, sondern will auch ein publizistisches Sammelbecken sein für alle Rechten, denen die CDU zu „links“ geworden sei. Startauflage: 86.000 Exemplare. Herausgeber, Redaktion und freie Mitarbeiter lesen sich wie ein „Who is who“ der rechten Szene. Vertrieben wird das neue, rechtsradikale Magazin von der „Verlagsunion“, einer 100-prozentigen Tochter des Hamburger Heinrich Bauer Verlages, der „Bauer-Media-Group“.

Die Szene für das Kamerateam der NDR-Zapp-Redaktion soll einen ganz normalen Redaktionsalltag darstellen: Ein junger Kollege bastelt am Computer vor dem souverän hinter ihm stehenden Chefredakteur am Layout der Titelseite „Der dumme Deutsche“. Das wahrlich Dumme an dieser Einstellung aber: Der junge Mann mit der Maus in der Hand ist kein unbekannter Redakteur, sondern Jens Lütke (31), der NPD-Spitzenkandidat der schleswig-holsteinischen Landtagswahl vom vergangenen September. Und am 28. Februar wurde er zum NPD-Landesvorsitzenden gewählt. Unvergessen seine markante Wahlkampfaussage: „Seit Uwe Barschel tot in der Badewanne lag, hat sich nichts geändert.“

Und auch der nette Herr im Hintergrund der *Zuerst*-Redaktion ist kein unbeschriebenes Blatt am konservativen, reaktionären und rechten Rand der deutschsprachigen Publizistik. Günther Deschner ist Autor so bedeutender Bücher wie „Unternehmen Barbarossa“, „Reinhard Heydrich“ oder „Der Zweite Weltkrieg“. Er war langjähriger redaktioneller Mitarbeiter der rechtslastigen Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* und auch Kulturchef bei der Tageszeitung *Die Welt*.

Beide passen ausgezeichnet in das redaktionelle Umfeld von *Zuerst*, dieser neuen rechtslastigen Hochglanz-Postille, die sich selbst „Deutsches Nachrichtenmagazin“ nennt. Die deutschen Themen: Überfremdung, verfehlte Asylpolitik, Multikulti bei der ARD oder das 60jährige Jubiläum der Landsmannschaft Schlesien. Seit vergangenem Dezember ist das Blatt auf dem Markt, scheut sich nicht, jedes rechtspopulistische Thema aufzugreifen und soll nach dem Willen ihres Chefredakteurs Deschner etwa der „Kulturvernichtung durch die 68er“ entgegenwirken und Politik und Kultur „unter dem klaren Blickwinkel unserer eigenen deutschen Interessen betrachten, berichten und kommentieren“. *Zuerst* sei, in Anlehnung an den Augstein-Spiegel-Spruch, „im Zweifel jedenfalls nicht links“. Da passt es gut zusammen, dass die älteste Zeitschrift des deutschen Rechtsextremismus, „Nation & Europa“, Ende 2009 nach 59 Jahren das eigenständige Erscheinen aufgab und jetzt in der *Zuerst*-Redaktion aufging.

Es ist eine Reichsschrifttumskammer, in der sich auch Journalisten wie Manuel Ochsenreiter wohlig tummeln. Ochsenreiter schrieb den Aufmacher der März-Ausgabe „Linke Gewalt – Angriff auf den Rechtsstaat“, in dem er gradlinig den Bogen von Anti-NPD-Demonstranten in Dresden zur RAF schlägt. Oder über CDU-Genralsekretär Hermann Gröhe, der ein „Steuermann mit Linksdrall“ sei. Und in der Szene ist Ochsenreiter – natürlich – kein Unbekannter: Er war federführend bei der *Jungen Freiheit* dabei und tat sich als Chefredakteur der rechtsextremen *Deutschen Militärzeitschrift* hervor.

Oder auch der Journalist Harald Neubauer mit seiner monatlichen Kolumne in den Farben schwarz-rot-gold. Neubauer saß für die Republikaner im EU-Parlament in Brüssel und tritt seit Jahren für eine vereinigte Rechte ein. Seine erklärten Feinde, die Christdemokraten: „Für die CDU/CSU läuft Merkels Kurs auf geistige Überfremdung raus.“ Und: „Aus der Union wird die beste SPD, die es je gab. Zudem grüner als die Grünen.“ Und dann und sowieso: „Eine solche Christenunion rollt natürlich auch dem Islam den Gebetsteppich aus und freut sich über jedes neue Minarett im ‘Integrationsland’.“ Graue Eminenz bei *Zuerst* ist Verleger und Herausgeber Dietmar Munier, ein Mann mit einer rechten Bilderbuch-Vita: Seit 1970 tummelt sich Munier auf dem rechten Buchmarkt. Begonnen hat es mit dem Kieler Buchladen „Sturmwind“. Zu seiner Verlagsgruppe gehören neben „Lesen & Schenken“ (*Zuerst*) revisionistische Verlage wie der „Arndt-Verlag“, „Bonus-Verlag“, „Pour le Merite“ und „Orion-Heimreiter“.

Screenshots aus: http://www.youtube.com/watch?v=lviCcJaYeTI

Zuerst! wurde am 2.2.2010 in „Kulturzeit“ von 3sat! vorgestellt. Abrufbar auch unter: www.youtube.com/watch?v=lviCcJaYeTI

Rechtes Verlags-Network zeigt sich auch bei den Anzeigenkunden. Es inserieren: *Der Eckart – Die Monatszeitung für Politik, Volkstum und Kultur aus Wien*; der „Arndt-Verlag“ aus Kiel, Inhaber Dietmar Munier; der „Pour le Mérit-Verlag“ aus Selent, Inhaber Dietmar Munier; *zur Zeit – die patriotische, politisch unangepasste Wochenzeitung aus Wien für unsere deutsche Kultur, Heimat und historische Wahrheit gegen Multikulti, Gutmenschentum und linken Tugendterror*; die rechtsradikale Schüler- und Jugendzeitung *Die Aula* aus Graz und die *Deutsche Militärzeitschrift* – siehe Ochsenreiter.

Rechter Sumpf, so sollte man meinen, könnte getrost unter sich bleiben, würde, trotz solch gewaltiger Startauflage, keine große Verbreitung finden. Wäre da nicht eine bundesweite Vertriebsfirma, die „Verlagsunion“, Tochter der „Bauer-Media-Group“. Der Bauer-Konzernbetriebsrat hat gegen die Geschäftsverbindung protestiert und die Geschäftsleitung aufgefordert, die Zusammenarbeit zu beenden. KBR-Vorsitzende Kersten Artus: „Eine rechtsradikale Postille sollte im Bauer-Portfolio nichts zu suchen haben. Wir unterstützen die Proteste aus der Öffentlichkeit, wie von ver.di-Betriebsgruppe oder dem ‘Hamburger Bündnis gegen rechts’ und hoffen sehr, dass Bauer sein Gewissen dem Profit überordnet.“ *Wulf Beleites* ■

Mehr und weniger

Geldzulage für ddp-Mitarbeiter, Lohneinbußen bei DAPD

Die Mitarbeiter des Deutschen Depeschendienstes (ddp) sollen mehr Geld erhalten. Das kündigte der Inhaber und Geschäftsführer der in Berlin ansässigen Nachrichtenagentur, Martin Vorderwülbecke, epd zufolge am 25. Februar in einem internen Rundschreiben an. „Als Anerkennung für die Leistungen der letzten Jahre“ sowie für die DAPD-Übernahme im Dezember 2009 soll es einmalig eine Prämie von 100 Euro brutto pro Jahr der Betriebszugehörigkeit seit November 2004 geben. Zu diesem Zeitpunkt hatte ddp Insolvenz angemeldet. Außerdem werde das Gehalt vom Oktober an um 1,5 Prozent erhöht. Vorderwülbecke stellte ihnen auch für die Folgejahre in Aussicht „abhängig von der wirtschaftlichen Lage“ das Gehalts-Niveau beim ddp „systematisch weiterzuentwickeln“.

Für ver.di ist das keine Lösung. „Natürlich begrüßen wir, dass die ddp-Kollegen nun etwas mehr Geld bekommen. Gehaltserhöhungen nach Gutsherrenart sind aber kein Ersatz für einen Tarifvertrag. Wenn der ddp seine hochgesteckten Ziele erreichen will, müssen auch die Gehälter auf das Niveau der anderen Agenturen angehoben werden“, sagte Manfred Moos von ver.di Hessen. Er führt für ver.di die Tarifverhandlungen bei dpa, Thomson Reuters und AP und erinnert daran, dass die Gehälter bei ddp noch immer mehr als zwanzig Prozent unterhalb des Tarifniveaus liegen.

In einem weiteren Rundschreiben war die Rede von zehn neuen Stellen, die sofort ausgeschrieben werden sollen. Vier davon entfallen auf den ddp. Auch der DAPD soll sechs neue Mitarbeiter einstellen, darunter Korrespondenten in London, Brüssel und Zürich. Zuletzt waren beim DAPD zwölf Mitarbeiter freiwillig gegangen, unter anderem zum Wettbewerber dpa. Etwa 40 DAPD-Mitarbeitern, darunter fast allen Fotografen und mit einer Ausnahme dem kompletten Schweizer Dienst wurde gekündigt. (M 1–2 / 2010)

Mit der Zusammenführung beider Dienste soll die bisherige Inlands-Berichterstattung des DAPD wegfallen. Dafür ist ein drittes Modul „Korrespondenz und Recherche“ geplant, das vor allem die bisherigen Inlandsreporter des DAPD bestreiten sollen. Die DAPD-Mitarbeiter sollen in zwei neue Gesellschaften aufgeteilt werden – dabei das gleiche Gehalt bekommen, aber weniger Urlaub und keine zusätzliche Bezahlung von Überstunden mehr. Die Verträge sehen zudem einen Kündigungsschutz von drei Jahren vor. Für die Unterschrift bekommen die Betroffenen eine Prämie von 10.000 Euro. Die Bereitschaft, die Verträge zu unterschreiben, sei jedoch „bisher äußerst gering“, heißt es in der Redaktion. Die ehemaligen AP-Mitarbeiter bekommen derzeit Tarif-Löhne.

Zwischenzeitlich habe ddp einen großen Verlag als Kunden verloren, vermeldet Meedia.de. Der Springer-Konzern soll Mitte Februar den Vertrag mit der Nachrichtenagentur zum 31. August 2010 gekündigt haben. Spekuliert wird, dass ein Spiegel-Interview der Hintergrund sei, in dem sich Vorderwülbecke auf Kosten Springers profiliert haben soll. *wen* ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Hinz und Kunzt

Sie ist mit einer Auflage von 57.000 Exemplaren die größte Straßenzeitung Deutschlands: Die in Hamburg erscheinende *Hinz und Kunzt*. Monatlich kommt sie heraus. Am Kiosk ist sie nicht zu haben, nur auf der Straße wird *Hinz und Kunzt* verkauft. Denn die Verkäufer sind Hartz-IV-Empfänger, Wohnungslose oder Rentner, die sich mit dem Verkauf einen Zusatzverdienst sichern.

Doch wird *Hinz und Kunzt* nicht von den Betroffenen selbst gemacht, sondern professionell von Journalisten, Fotografen und Grafikern. Chefredakteurin ist Birgit Müller. Kernthema dieser 48-seitigen Zeitung ist die soziale Berichterstattung, wobei Müller das Blatt als Lobby für sozial Schwache versteht. So greift die Hauptrubrik „Stadtgespräche“ auf, was im Leben sozial Schwacher eine Rolle spielt: Sozial-Reportagen, etwa indem Reporter Obdach- und Wohnungslose begleiten. Sie berichten dann darüber, wie Obdachlose im Winter über die Runden kommen. Soziale Einrichtungen wie die Tafel sind ebenfalls ein Thema. Wichtig ist den Machern zudem, soziale Missstände aufzugreifen; etwa auf überfüllte Wohnheime hinzuweisen. Für Furore sorgte der Beitrag über Thorsten Kuhlmann, CDU-Politiker, der überteuerte Wohnungen in katastrophalen Zuständen an sozial Schwache vermietete. Die *Hamburger Morgenpost* griff das Thema auf, ebenso der *Spiegel*. Mit Kommentaren, beispielsweise zu Guido Westerwelles Äußerungen zu Hartz-IV-Empfängern, will *Hinz und Kunzt* Gegenstandpunkte setzen. Sozialmeldungen wie „Gestiegene Mietpreise“ runden diese „Stadtgespräche“ ab, die immer einen lokalen Bezug haben.

Eine weitere Rubrik heißt „Lebenslinien“, in der etwa ein Projekt für junge Wohnungslose vorgestellt wird. Ausführlich ist zudem der Kulturteil. „Kunzt und Kultur“ so der Titel, stellt neben Hochkultur vor, was nicht zum Mainstream zählt: freie Radios und schräge Bands, oder Interviews mit sozial und politisch engagierten Kulturmenschen wie Regisseur Fatih Akin und Literat Ferdiun Zaimoglu. Hier kommen auch die Verkäuferinnen, Verkäufer selbst zu Wort: unter „Momentaufnahme“ gibt es Porträts, die ebenso in Serie erscheinen wie Interviews, in denen Verkäufer ihr Lieblingsbild aus der Hamburger Kunsthalle vorstellen. Mit vier Seiten Kulturtipps, zwei Rätseln und den Leserbriefen schließt *Hinz und Kunzt* den unterhaltenden Teil.

Seit 1993 besteht die Zeitung, deren Hauptträger die Diakonie ist. Finanziert wird *Hinz und Kunzt* durch den Heftverkauf, Spenden, große Anzeigenkunden oder Sponsoren. Letztere werden in der Rubrik „Freunde“ berücksichtigt, indem ein Spenderporträt regelmäßiger Bestandteil des Hefts ist. Auf die Einnahmequelle von Abonnements wird verzichtet. Dadurch will die Straßenzeitung dafür sorgen, dass der Verkauf auf der Straße gesichert ist. 90 Cent verdienen die Verkäufer pro Ausgabe, ein Heft kostet 1,70 Euro. *Birgit Vey* ■

Kurswechsel errungen

Die Geschäftsleitung der neuen Madsack-Töchter *Ostsee-Zeitung (OZ)* und *Lübecker Nachrichten (LN)* hat nach teilweise harten Auseinandersetzungen mit ver.di einen Kurswechsel einschlagen müssen. Noch im Sommer letzten Jahres verlangte das Management mehrjährigen Verzicht auf Jahresleistung und Urlaubsgeld, mit dem offen ausgesprochenen Ziel, danach den Bereich der Anzeigenproduktion tariffrei auszulagern oder fremd zu vergeben. Nicht einmal eine Standortsicherung für diese Ausgliederung konnte das Management zusichern. Daraufhin legte ver.di den Schalter um und forderte einen Sozialtarifvertrag für den Fall betriebsbedingter Kündigungen.

Drei Warnstreiks mit großer Beteiligung und öffentliche Aktionen zeigten Wirkung: Die Geschäftsführung zog Auslagerungspläne zurück und bot nun tarifvertragsgemäße Reduzierung der Arbeitszeit, aber unter zusätzlichem Verzicht auf Jahresleistung und Urlaubsgeld an. Betroffen sollen die Bereiche der Anzeigenproduktion an beiden Standorten sein, die nunmehr wie ein Betrieb geführt werden sollen. ver.di wies die zusätzlichen Einbußen zurück – und hatte Erfolg: Mit dem Mandat der Mitglieder werden Eckpunkte eines Beschäftigungssicherungstarifvertrages verhandelt, der Ausgliederungen verhindert und zu den Tarifverträgen zurückführt. Auf der Betriebsversammlung der Ostsee-Zeitung Anfang März dazu ver.di-Verhandlungsführer Martin Diekmann: „Die Opfer der Beschäftigten sind hoch, aber ihr Einsatz hat Wirkung gezeigt – der Tarifvertrag gilt.“ Am 6. März haben die Tarifkommissionen der *LN* und der *OZ* bei einer gemeinsamen Sitzung den Eckpunkten einer Einigung zugestimmt.

Zeitgleich zu den Streiks fand im Rostocker Hotel Radisson-Blue-Hotel der Neujahrsempfang der *Ostsee-Zeitung* statt. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering legte auf dem Weg zum Fest einen Stop bei den protestierenden Beschäftigten ein, bevor er auf dem Empfang in seinem Grußwort auf die aktuellen Umbrüche in der Medienbranche einging: „Die Regionalzeitungen sollten nicht das Pfund herschenken, mit dem sie am ehesten wuchern können: die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.“ *Red.* ■

www.qualitaet-und-vielfalt-sichern.de

Docupedia nutzt Medien als gestaltende Akteure

Neue Internetplattform zu Diskussionen der Zeitgeschichte

Was im Internet in erster Linie für Historiker gedacht ist, kann auch für Journalisten und Journalistinnen von großem Nutzen sein. Ein solches „Medienexperiment“, wie es die Gründer vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) unter der Leitung von Jürgen Danyel nennen, ist im Berliner Museum für Kommunikation vorgestellt worden: „docupedia-Zeitgeschichte“ heißt die neue Plattform, die zum Nachschlagewerk zu zentralen Begriffen, Konzepten, Forschungsrichtungen und Methoden der zeithistorischen Forschung heranwachsen soll.

Dabei verzichtet Docupedia ausdrücklich auf Artikel zu Ereignissen und Personen aus der „Realgeschichte“, sondern verweist dafür auf andere historische Internetangebote, mit denen Docupedia zusammenarbeitet. Dazu gehören clio-online“, dass sich als zentrales Fachportal für Geschichte versteht, „zeitgeschichte-online“, das einen „Einstiegspunkt“ für alle zeithistorischen Fragen bieten will, und „HSozKult“ als Informationsdienst für Historiker. Für den Laien bietet die Seite „zeithistorische-forschungen“ des ZZF Einblicke breit gestreuter Art: Von Asterix als Widerstandssymbol bis zu den Transformationsprozessen nach 1989 oder dem Verbraucherschutz in den 1960er und –70er Jahren reicht die Palette.

Docupedia will Diskussionen nachzeichnen, die ihren Niederschlag in den Medien oft nicht nur im Feuilleton finden, sei es als „Historikerstreit“ oder als Debatten um Wiedergutmachung und Globalisierung. Gezeigt werden soll ebenfalls die Entwicklung in Forschungsfeldern wie der Arbeitergeschichte oder die Entstehung neuer Teilsdisziplinen wie der Umweltgeschichte. Dabei begreift Docupedia die Medien nicht mehr nur als Quellen für ihre Forschung, sondern als eigne gestaltende Akteure. Mediengeschichte ist so auch einer der ersten freigeschalteten von zunächst 300 geplanten Artikeln.

Docupedia, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, arbeitet auf Basis der Open-Source-Software von Wikipedia. Projektleiter Danyel ist sicher: „Ohne Wikipedia gäbe es kein docupedia.“ Doch im Unterschied zu Wikipedia gibt es die Autorenverantwortung und eine Redaktion. Sie reichert die Artikel mit aktuellen Informationen an, nimmt Co-Artikel von Wissenschaftlern entgegen sowie Kommentare und Vorschläge von Nutzern und bloggt zum Aufbauprozess, damit Docupedia sich zu einem lebendigen Forum entwickelt.

Susanne Stracke-Neumann ■

Links auf einen Blick

www.docupedia.de
www.clio-online.de
www.zeitgeschichte-online.de
http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de
www.zzf-pdm.de
www.zeithistorische-forschungen.de

Aus für Mendener Zeitung

Im April wäre sie 150 Jahre alt geworden. Doch zum 31. März stellt der Jahn-Verlag die *Mendener Zeitung* ein. „Wir haben es trotz großer redaktioneller Anstrengungen nicht geschafft, die Zeitung auf ein gesundes wirtschaftliches Fundament zu stellen“, sagt Geschäftsführer Daniel Schoenigh. Am Jahn-Verlag ist die Ippen-Gruppe „maßgeblich“ beteiligt und hatte zuletzt die redaktionelle und geschäftliche Leitung der Zeitung inne. Die betroffenen 20 Mitarbeiter sollen jedoch bei anderen Ippen-Verlagen unterkommen, etwa beim Märkischen Zeitungsverlag oder dem *Westfälischen Anzeiger*. Aktuell kommt die *Mendener Zeitung* auf einen Gesamtverkauf von 6.027 Exemplare. Damit konnte die Redaktion die Auflage im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent steigern. „Wir hatten das Problem, dass unser Verbreitungsgebiet mit der Stadtgrenze endete und wir nicht über das entsprechende Umland verfügten“, sagt Schoenigh. Die angrenzenden Städte Hagen, Iserlohn oder Dortmund sind fest in der Hand der WAZ-Gruppe. *Alexander Becker, Meedia.de* ■

Satire darf nicht alles

Deutscher Presserat rügt Titanic-Cartoons zu Enkes Suizid

Die drei Beschwerdeausschüsse des Deutschen Presserats behandelten auf ihren Sitzungen Anfang März in Berlin 126 Beschwerden. Dabei wurden neben den zehn öffentlichen Rügen noch zwei nicht-öffentliche Rügen ausgesprochen. Zudem gab es 19 Missbilligungen und 25 Hinweise. In 38 Fällen wurden die Beschwerden als unbegründet erachtet. Hier nur einige Beispiele.

Titanic-Online erhielt eine öffentliche Rüge wegen eines Verstoßes gegen die Menschenwürde (Ziffer 1 des Pressekodex). Die Zeitschrift hatte online mehrere Cartoons zum Tod von Fußballtorwart Robert Enke veröffentlicht. Unter anderem war das Foto eines Lokführers unter der Überschrift: „Jetzt meldet sich der Zugführer zu Wort“ gezeigt worden. Der Zugführer wird dann zitiert mit den Worten „Ich habe Enke überlistet!“. Der Presserat wertete die Cartoons als die Menschenwürde verletzende Witzeleien über den Suizid eines Menschen. Das reine Spiel mit den Gefühlen der Angehörigen und der Bahnführer, die von einem solchen Geschehen ebenfalls traumatisiert werden, sei keine Satire.

Weil *Bild-Online* gegen das Persönlichkeitsrecht von Verbrechensopfern verstoßen hat, erteilte der Ausschuss zwei öffentliche Rügen (Ziffer 8). Die Fahndungsfotos – eines ermordeten Mädchen und einer jungen geistig behinderten Frau – wurden auch nach dem Ende der Suche nochmals veröffentlicht, teilweise mit Details über die Leichen und über das Privatleben kombiniert. Das verstößt gegen den Pressekodex. Fotos und Namen vermisster Menschen dürfen zwar in Absprache mit den zuständigen Behörden publiziert werden, aber nur zu Fahndungszwecken. Später ist eine Veröffentlichung nicht gerechtfertigt – insbesondere dann nicht, wenn das Foto die Leiche einer Jugendlichen zeigt. Der Presserat hält das für unangemessen sensationell (Ziffer 11 des Pressekodex) und für einen schweren Eingriff in Persönlichkeitsrechte des Opfers und seiner Angehörigen (Ziffer 8 und 8.4. des Pressekodex). Aufgrund einer ähnlichen Thematik erhielt auch *Express-Online* eine öffentliche Rüge. Die Zeitung hatte in der Berichterstattung über den Fund einer Leiche ein Foto des Toten erneut verwendet.

Auch die angeblichen Recherchemethoden einer Agentur über das Privatleben von Politikern beschäftigen den Deutschen Presserat. Der *Stern* hatte darüber berichtet, dass die *Bunte* diese Recherchen in Auftrag gegeben habe. Franz Müntefering hat sich nun beim Presserat über eine mögliche Verletzung der Publizistischen Grundsätze beschwert. „Der Presserat erkennt in dem Vorgang eine Problematik von erheblicher ethischer Bedeutung“, heißt es in einer Pressemitteilung. Eine Bewertung dieses Falles könne jedoch nur im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens unter Einbeziehung der Gegenseite erfolgen. Der Beschwerdeausschuss werde sich daher in seiner nächsten Sitzung ausführlich mit dem Vorgang beschäftigen. Eines der wesentlichen Kriterien werde dabei die Ziffer 4 des Pressekodex sein, in der zu Recherchemethoden unter anderem deutlich formuliert ist: „Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden.“ *wen* ■

Presserat mit neuem Vorsitzendem

Der Deutsche Presserat hat Bernd Hilder (BDZV), Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, am 3. März in Berlin zu seinem neuen Sprecher gewählt. Er löst damit turnusgemäß nach zwei Jahren den amtierenden Sprecher, Manfred Protze (dju in ver.di), ab. Als stellvertretende Sprecherin wählte das Plenum Dr. Ilka Desgranges (DJV), Redaktionsleiterin der Saarbrücker Zeitung.
Neuer Vorsitzender des Trägervereins des Deutschen Presserats 20010/2011 ist Kajo Döhring, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Journalistenverbandes (DJV).
Sein Stellvertreter ist Fried von Bismarck (VDZ), Verlagsleiter des Spiegel-Verlags, Hamburg. Auch für zwei Beschwerdeausschüsse wurden neue Vorsitzende gewählt: Manfred Protze (dju in ver.di) für den Beschwerdeausschuss 1 und Ursula Ernst (DJV), Redakteurin der Augsburger Allgemeinen, für den Beschwerdeausschuss 2. Claudia Bechthold (DJV), Redakteurin der Offenbach-Post, bleibt Vorsitzende des Beschwerdeausschusses Redaktionsdatenschutz. Als Stellvertreter wurde für den Beschwerdeausschuss 1 Prof. Robert Schweizer (VDZ) gewählt. Den stellvertretenden Vorsitz des Ausschusses 2 übernimmt Peter Enno Tiarks (VDZ).
Die Vorsitzenden der Gremien des Presserats werden in der Regel alle zwei Jahre neu gewählt.

Mehr Schutz für Journalisten

Der Deutsche Presserat appelliert in seiner Sitzung am 3. März an die Bundesministerin der Justiz, ihren Referentenentwurf zur Änderung der Regelungen für Strafermittlungsmaßnahmen zu überarbeiten. Der dort behandelte § 160a der Strafprozessordnung muss umfassender als bislang Journalisten vor Ermittlungsmaßnahmen schützen. Die Plenumsmitglieder unterstreichen das Anliegen der Medienverbände, die Journalisten in den Personenkreis der geschützten Berufsgeheimnisträger aufzunehmen.

Durchgehend informiert

www.presserat.de

Der aktuelle Entwurf des Bundesjustizministeriums sieht vor, dass der Kreis der dort erfassten Berufsgeheimnisträger auf Rechtsanwälte ausgeweitet werden soll. Ermittlungsmaßnahmen gegen Berufsgeheimnisträger sind danach im Umfang ihres Zeugnisverweigerungsrechtes unzulässig. Dahingegen bleiben Ermittlungsmaßnahmen gegen Journalisten zulässig, wenn das Strafverfolgungsinteresse gegenüber dem Informantenschutz überwiegt. Der Presserat begrüßt die geplante Erweiterung des Personenkreises auf Rechtsanwälte, fordert aber gleichzeitig, dass zukünftig auch Journalisten von dem umfassenden Schutz profitieren sollten.

Es reiche nicht aus, im Umfang ihres Zeugnisverweigerungsrechts zu verbieten, die Wohnräume von Journalisten zu überwachen oder deren Papiere zu beschlagnahmen, wenn andere Ermittlungsmaßnahmen im Bereich der Kommunikation möglich blieben. Diese Situation führt aus Sicht des Presserats dazu, dass der Informantenschutz nicht gewährleistet werden kann. Die vertrauliche Kommunikation zwischen Informanten und Medien ist bedeutender Bestandteil der journalistischen Arbeit, die von der Pressefreiheit geschützt wird. „Die Presse erfüllt in der Demokratie die wichtige Aufgabe, Missstände an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Einschränkung der Recherchefreiheit ist eine potentielle Gefahr für die Demokratie“, sagt Bernd Hilder, Sprecher des Deutschen Presserats. *Red.* ■

„Arbeit will Entlohnung“

Bayerischer Rundfunk will keine Wiederholungshonorare bei „DRadio Wissen“ zahlen

„Hirn will Arbeit“ – unter diesem Slogan startete am 18. Januar „DRadio Wissen“, das digitale dritte Programm von Deutschlandradio (vgl. M 1–2/10). „Arbeit will Entlohnung“ – mit dieser Forderung kontert jetzt ver.di die Absicht des kooperierenden Bayerischen Rundfunks (BR), die Programmzulieferungen freier Autorinnen und Autoren nicht zu honorieren.

Wie berichtet, kooperiert DRadio Wissen mittels „Radiolinks“ mit geeigneten Redaktionen diverser ARD-Landesrundfunkanstalten oder auch ausländischer Wellen. Dabei werden im Rahmen eines „Best-of“-Konzepts bestimmte Wissensformate – Beiträge und Features – übernommen, wie etwa SWR2 Campus oder auch BR IQ. Zur Verblüffung der betroffenen Autoren hat der BR angekündigt, den Urhebern oder sonstigen Mitwirkenden solcher Programmbeiträge keine Wiederholungshonorare zu zahlen.

Ein „klarer Tarifbruch“, urteilt Jörg Reichel, Projektmanager bei connexx München, noch dazu „mit kruden Argumenten begründet“. Die Protokollnotizen im Urheber- und Mitwirkendentarifvertrag enthielten eine Liste von Programmzulieferungen, in denen keine Zahlungen an Urheber oder Mitwirkende erfolgen müsse. Wissenschaftsprogramme tauchten auf dieser Liste jedoch nicht auf. Im Gespräch mit ver.di-Vertretern habe der BR argumentiert, er habe die Wissenssparte als Ersatz für die weggefallenen Ausländerprogramme in die Liste aufgenommen. ver.di steht dagegen auf dem Standpunkt, die Liste könne nur im Einvernehmen geändert werden. Zudem handle es sich bei den muttersprachlichen Programmen um „Programmaustausch, bei DRadio Wissen aber schlicht um Zulieferung“.

Die Gewerkschaft forderte den BR auf, den Tarifvertrag einzuhalten und entsprechende Vergütungen durch Deutschlandradio zu veranlassen. „Wir sammeln jetzt Fälle, in denen solche Ansprüche geltend gemacht werden“, sagt Reichel. Sollte der BR bis Ende März nicht einlenken, will die Gewerkschaft den Rechtsweg beschreiten. *kel* ■

Rendite statt Recherche?

Wut über Entlassungen bei der Süddeutschen Zeitung

Mit einer ziemlichen Wut versammelten sich am 9. März rund 400 Angestellte der *Süddeutschen Zeitung* im neuen Verlagshochhaus in München-Steinhausen. Der Umzug in diesen Ortsteil war bei den Mitarbeitern nie beliebt, die Redaktion beklagte ganz offen die verlorene Nähe zur (Stadt)-Politik, die früher in der quirligen Sendlinger Straße gegeben war. Nun ging es um neun Kündigungen von Redaktionsekretärinnen in den Regionalredaktionen, sowie die angekündigte Entlassung von 14 Redakteuren, auch meist aus den Regionalredaktionen in Erding, Fürstenfeldbruck oder anderen Orten rund um München.

2009 sei ein schlechtes Jahr gewesen, beklagte die Geschäftsleitung, erstmals sei der Erlös aus dem Vertrieb höher gewesen als aus dem Anzeigengeschäft. Trotzdem ist die *Süddeutsche Zeitung* mit einem Auflagenwachstum von 3,9 Prozent nach wie vor die größte deutsche Tageszeitung. Allerdings hat sie mit der Südwestdeutschen Medienholding SWMH inzwischen einen Besitzer, der sich mehr für eine Rendite von möglichst über 20 Prozent interessiert, als für eine international anerkannte Qualitätszeitung. Auch Ermahnungen aus der Chefredaktion und von Seiten der Leitenden Redakteure, die 2011 ein Mitspracherecht haben werden, wenn der gegenwärtige Chefredakteur Hans Werner Kilz aufhört, scheinen nicht zu fruchten.

Die Redakteure beraten über solidarische Modelle wie Arbeitszeitverteilung, damit Entlassungen nicht Wirklichkeit werden. Sie fragen allerdings auch nach den Rücklagen, die eine so profitable Zeitung wie die *Süddeutsche* eigentlich haben müsste. Karl-Heinz Kaschel-Arnold, Mediensekretär in Bayern, schätzt, dass mit den geplanten Entlassungen seit einem Jahr rund 100 Stellen bei der *Süddeutschen Zeitung* weggefallen sind oder zur Disposition stehen. „Die Geschäftsführung begeht Selbstmord aus Angst vor dem Tod“, so Kaschel-Arnold. Er sieht eine schlechte Entwicklung aber nicht nur bei der *SZ*, wo Rendite vor Recherche geht, sondern insgesamt. „Qualität erhalten, Arbeitsplätze behalten“ heißt deshalb die Postkartenaktion, die gestartet wurde. *sus* ■

Leitplanken fürs Internet

Bundestag setzte Enquete-Kommission ein

Der Bundestag hat am 4. März einstimmig eine Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt, die zwei Jahre lang Querschnittsthemen der Netzpolitik mit externen Experten beleuchten soll. Die Abgeordneten verabschiedeten dazu einen Antrag, auf den sich CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen verständigt hatten. „Im Internet gelten keine anderen Gesetze“, erklärte der CDU-Forschungspolitiker Michael Kretschmer während der Plenardebatte. Es sei eine staatliche Aufgabe, „das Recht auch dort zu garantieren“. Er erwartete daher „ganz konkrete Ansätze“, um zu „weltweiten Standards“ bei der Netzregulierung zu kommen. Dabei gelte es, die Freiheit im Internet „zu erhalten und zu fördern“.

Kretschmer wünscht sich, dass sich viele Bürger über „Blogs und Foren“ beteiligen. Sein Parteikollege Jens Koppen ergänzte, der Zugang zu freiem Wissen und Information sei „das kostbarste Gut, das wir haben“. Für die Weiterentwicklung der digitalen Welt müssten klare Regeln gefunden werden. Die „Leitplanken“ müssten dabei so ausgestaltet werden, „dass man sich darin sicher und frei bewegen kann“. Der CDU-Abgeordnete Marco Wanderwitz war sich mit Reinhard Brandl von der CSU einig, dass der Staat seine Rolle in der Internetpolitik noch nicht gefunden habe. Es sei wichtig, den „Schutz geistigen Eigentums“ zu gewährleisten. Auch bei der Bekämpfung von Kinderpornographie, Gewaltdarstellungen und Extremismus seien neue „Schutzvorstellungen“ nötig. Die Abgeordneten müssten das „kollektive Wissen der Community mit nutzen“, sagte Manuel Höferlin (FDP). Seine Fraktion habe daher bereits die Webseite www.open-enquete.de eingerichtet. Der SPD-Politiker Lars Klingbeil erinnerte daran, dass der Bundestag die neue Kommission den Unterzeichnern der Petition gegen das Zugangserschwerungsgesetz und den Demonstranten gegen den Überwachungswahn zu verdanken habe. Die SPD-Fraktion werde Vorschläge etwa zur Netzneutralität oder zur Stärkung der Meinungsvielfalt im Internet machen.

Stefan Krempl ■

METIS auf gutem Weg

Kritiken zur Sonderausschüttung für Online-Texte nachgegangen

Foto: STOCK4B-RF

Vor drei Jahren wurde bei der VG Wort begonnen, das Text-Meldesystem METIS einzuführen. Es ermöglicht Urhebern, Online-Texte mittels Zählmarken bei der VG Wort zu melden. Es setzt jedoch voraus, dass Verlage sich beteiligen, indem sie diese Pixel auf ihren Websites programmieren. Und weil das offensichtlich einiger Zeit bedarf, gibt es seit zwei Jahren eine Sonderausschüttung, bei der Texte einzeln gemeldet werden können. Kritische An- und Nachfragen dazu erreichten M und natürlich die VG Wort direkt. Markus Lips, Leiter der Abteilung Presse bei der VG Wort und Ansprechpartner für Journalisten in Bezug auf METIS, gibt Antworten.

M | *Bevor wir zur Sonderausschüttung kommen, vorab die Frage, wie weit hat sich das eigentliche METIS-System bisher durchgesetzt?*

MARKUS LIPS | Hier möchte ich nur die ganz großen Internetseiten nennen, die sich bereits 2009 an METIS beteiligten: Spiegel Online, Süddeutsche.de, Focus-online, stern.de, Rheinische-Post. ZEIT.de steht unmittelbar vor der Umsetzung. Die ersten Zahlungen an diese Verlage fanden im Herbst 2009 statt. Spätestens dann, wenn sich herumsprechen wird, dass unser Verfahren problemlos funktioniert hat, werden sich die meisten Internetseiten mit nennenswerten Besucherzahlen an METIS beteiligen. Übrigens: Im März finden zwei große Informationsveranstaltungen für Zeitungs- und Zeitschriftenverleger statt. Der Veranstalter BDZV meldet uns reges Interesse der Verlage daran.

M | *Nun zur Sonderausschüttung. Es gab kritische Anfragen zur Handhabung des Systems, Vorwürfe über Umständlichkeit und auch Unverständnis wie mit einigen Formaten bei den Meldungen umgegangen werden soll. In welchem Umfang erfolgte Kritik?*

LIPS | Angesichts der vielen Meldungen zur Sonderausschüttung – allein im Dezember 2009 waren es über 150.000 – gab es nur wenig Kritik. Das Meldesystem war technisch stabil und offenbar auch leicht anwendbar. Dies ist ein umso größerer Erfolg, wenn man bedenkt, dass wir ja 2009 mit einer neuen Version gestartet sind. Selbstverständlich wird das System stetig verbessert. Dabei berücksichtigen wir natürlich die Hinweise von Anwendern.

M | *Welche Probleme waren das zum Beispiel, die aufgetreten sind?*

LIPS | Es gab das Problem, dass die URL innerhalb eines Mediums und eines Zeitraums verändert wurde, wodurch es zu Irritationen bei den Meldungen kam. Wenn die gemeldete URL nicht zu dem gemeldeten Text führt, dann wird die Meldung nicht anerkannt. Bei Newslettern tauchte die Frage auf, wie diese zu melden sind, da es sich ja hier um mehrere Texte unter einer URL handelt. Die Antwort ist einfach: Für die Sonderausschüttung wird jeder Text einzeln gemeldet. Eine Wahrnehmungsberechtigte hatte Artikel mehrfach, teils modifiziert, veröffentlicht auf verschiedenen Onlineplattformen und sie deshalb mehrfach gemeldet. Aber es ist Teil der Meldebedingungen zur Sonderausschüttung, dass ein Text nur einmal gemeldet werden kann. Leider ist momentan noch unser alter Webauftritt im Netz. Spätestens mit dem Release unserer neuen Internetseite – der unmittelbar bevorsteht – werden Missverständnisse, die aufgrund der Unübersichtlichkeit unserer alten Internetseite auftraten, verschwinden.

M | *Und es trat zum Beispiel das Problem auf, dass ein Verlag innerhalb des Jahres seine Seiten gepixelt hat. Da man jedoch nur entweder an der regulären Ausschüttung oder an der Sonderausschüttung teilnehmen kann, fielen die Texte, die noch keine Zählmarke hatten, hinten runter?*

LIPS | Ja, aber es ist so, dass die Journalisten, deren Seiten Pixel einbauen, einen großen Vorteil gegenüber den Journalisten genießen, deren Seiten dies bisher nicht tun. 2008 wurde ein Beitrag, der in der regulären Ausschüttung vergütet wurde, mit dem zehnfachen des Betrags für einen Artikel in der Sonderausschüttung vergütet. Das Problem, das Sie ansprechen, besteht nur für den Zeitraum vom Anfang eines Jahres bis zum Termin der Verpixelung. Artikel der Vorjahre konnten alle über die Sonderausschüttung im Vorjahr gemeldet werden und wurden damit bereits von uns vergütet.

M | *Eine Gruppe von Experten, darunter auch ver.di-Vertreter haben sich Mitte Februar zusammengesetzt und über die angesprochenen Fragen beraten. Was war das Ergebnis?*

LIPS | Das Ergebnis war, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um so schnell wie möglich die bedeutenden Internetseiten – im Sinne von hohen Zugriffszahlen – in unser Meldeverfahren einzubeziehen. Dies umso mehr, weil unsere Aufsichtsbehörde, das Deutsche Patent- und Markenamt, die Sonderausschüttung, im Gegensatz zum regulären Verfahren, sehr kritisch beurteilt. Auch schaut eine kleine Redaktionsgruppe noch einmal auf die Hinweise zur Sonderausschüttung, die bereits im Netz stehen und die, wie ich denke, schon sehr umfassend sind. Aber möglicherweise gibt es ja hier auch noch etwas zu verbessern. *Gespräch: Karin Wenk* ■

Hinweise – Problembeispiele

- Wer noch nie Online bei VG Wort gemeldet hat, sollte wissen, dass dafür eine einmalige Registrierung notwendig ist, die nicht an einem Tag erfolgen kann. Also nicht in letzter Minute vor Meldeschluss auf die VG Wort Website gehen!
- Es ist nur möglich an der eigentlichen METIS-Ausschüttung (per Zählmarken) oder an der Sonderausschüttung im jeweiligen Jahr teilzunehmen.
- In der Sonderausschüttung können die einzelnen Artikel in einem Newsletter oder einem anderen PDF-Dokument auch einzeln gemeldet werden. Die Ausschüttung erfolgt pro Text.
- Texte, wie zum Beispiel Rezensionen, die in verschiedenen Medien erschienen und von diesen online gestellt sind, werden nur einmal berücksichtigt.
- Führt ein Verlag inmitten eines Jahres METIS ein, kann nur nach Pixel gemeldet werden, die vorher schon eingestellten Texte fallen dann leider weg.
- **Die gesamten detaillierten Hinweise unter: http://www.vgwort.de/metis.php**

Hürdenlauf

Informationsfreiheitsgesetz im Auswärtigen Amt nur schwer durchsetzbar

Bei Pressekonferenzen von Ministern werden Journalisten zuvorkommend behandelt. Ganz anders sieht es aus, wenn sie in deren Ministerien Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) beantragen. Die erste Hürde besteht darin, dass gegen Ablehnungen seitens oberster Bundesbehörden, also auch der Bundesministerien, kein Widerspruch eingelegt werden kann. Wer weiterkommen will, muss vor dem Verwaltungsgericht Berlin klagen. Das verursacht erhebliche Kosten und führt zu einer Zeitverzögerung, was den Klageweg für die meisten Journalisten unmöglich macht.

Anfang 2010 waren beim Verwaltungsgericht Berlin 29 Klagen und ein Eilantrag anhängig. In 21 Verfahren ist das Land Berlin Beklagte, in acht Verfahren die Bundesrepublik Deutschland. Inhaltlich handele es sich, so das Gericht, um einen „bunten Strauß“ unterschiedlichster Auskunftsbegehren. Die Urteile, die es schon gibt, fallen überwiegend restriktiv aus.

Mindestens zwei Klagen richten sich gegen das Auswärtige Amt (AA). Ein Doktorand, der Akten zur Sektensiedlung Colonia Dignidad in Chile sehen wollte, bekam eine Ablehnung.

Wenn der Inhalt solcher Akten, die jünger als 30 Jahre seien, bekannt würde – so das AA –, sei dies geeignet, die deutsch-chilenischen Beziehungen gravierend zu belasten und „Unruhe und Verunsicherung der derzeitigen Bewohner“ der Siedlung auszulösen, denn dort halten sich rechtskräftig verurteilte Führungsmitglieder der ex-Colonia Dignidad wegen Haftverschonung auf. Aber genau deren Anwesenheit löst Dauerkonflikte und Spaltungen in der Siedlung aus. Opfer und Täter laufen sich täglich über den Weg. (VG Berlin, AZ: VG 1 K 892/09)

Eine weitere Ablehnung betrifft einen Antrag auf Akteneinsicht zu „verschwundenen“ politischen Gefangenen in Argentinien. Der Antragsteller wollte Akten aus den Jahren 1998/99 zu einem „Major Peirano“ einsehen, einem argentinischen Geheimdienstler, der in den Räumen der Deutschen Botschaft in Buenos Aires mit den Angehörigen dieser „Verschwundenen“ verhandelt hatte. Es war ein offenbar mit diesen Angehörigen abgesprochenes, aber hochriskantes Verfahren. Als es zum Skandal kam, leugnete die Bundesregierung diese Zusammenarbeit zunächst, gab sie dann aber zu. Der damalige Bundespräsident Herzog versprach, so die Zeitungsmeldungen von damals, Einsicht in die Archive. Heute argumentiert das AA, eine Auswertung und Veröffentlichung der Akten sei „zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu angetan, das bilaterale politische Verhältnis zu Argentinien nachteilig zu beeinflussen“. Ein „Bekanntwerden von amtlichen Informationen vor Ablauf von 30 Jahren“ könne „als eine Einmischung in innerstaatliche argentinische Angelegenheiten betrachtet“ werden. Die argentinische Regierung öffnet ihre Archive, aber die deutsche zieht sich auf unüberprüfbare Empfindlichkeiten der argentinischen Seite zurück. Zudem enthalten die Akten Verschlusssachen, so das AA, und die Voraussetzungen für diese Einstufung lägen aktuell noch vor. Diese Behauptung ist unplausibel, aber für den Antragsteller nur auf dem teuren und langwierigen Rechtsweg überprüfbar. (VG Berlin AZ: VG 1 K 1.10)

Triviale Vorgänge werden zu Staatsgeheimnissen

Alle Bundesbehörden bieten Unterlagen, die sie nach ihrem Ermessen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht mehr brauchen, dem Bundesarchiv in Koblenz an, das dann entscheidet, was vernichtet und was als Archivgut im Bundesarchiv Koblenz aufgehoben wird. Bis zu diesem Moment unterliegen die Dokumente dem IFG, ab da dem Bundesarchivgesetz (BArchG). Um die Ministerien zu entlasten, wurden in den sechziger Jahren bei Bonn, bei Berlin und in Freiburg (für militärische Unterlagen) drei Zwischenarchive eingerichtet, über die die Bundesbehörden Verfügungsgewalt haben und die deshalb dem IFG unterliegen.

Eine weitere Hürde: Für das AA gelten Ausnahmeregelungen. Es behält und verwaltet fast alle Akten. Sie liegen im politischen Archiv des AA, zu dem ein Hintereingang des Gebäudekomplexes führt. Sie werden zwar nach den Regeln und der Benutzungsverordnung des Bundesarchivs in Koblenz geführt. Das AA argumentiert aber, es brauche alle seine Archivalien (mit Ausnahme von Beständen des „alten Amtes“, also bis 1945) zur Pflege der auswärtigen Beziehungen und sei anderen Staaten gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet. Nach Auslegung des AA unterliegen Dokumente dem IFG, solange sie im Umlauf in den Referaten (vorderer Gebäudeteil) sind, und ab dann dem BArchG (hinterer Gebäudeteil). Das AA vergibt Signaturen ZA (=Zwischenarchiv), die aber Jahrzehnte zurückreichen. Diese Akten, die ebenfalls im politischen Archiv des AA liegen, werden nach dem BArchG behandelt. Wer Akteneinsicht beantragt, müsste eigentlich den jeweiligen rechtlichen Status der Akten kennen.

Bei Anträgen nach dem IFG kann das AA verweigern, wenn es um Verschlusssachen o.ä. geht oder außenpolitische Belange gegen eine Freigabe sprechen. Von dieser Möglichkeit macht das AA häufig Gebrauch. Es macht jahrzehntealte, eher triviale Vorgänge zu Staatsgeheimnissen und hat qua Amt eine Interpretationsmacht, die Benutzer nur schwer brechen können. Die Berliner Rechtsanwältin Petra Isabel Schlagenhauf, die einen Kläger gegen das AA vertritt, will das nicht gelten lassen: „Die Rechtssprechung gesteht zwar der Fachbehörde, in diesem Fall dem AA, ein gewisses Heimrecht der Interpretation von unbestimmten Rechtsbegriffen wie der Belastung der internationalen Beziehungen usw. zu, sie stellt aber auch klar, dass derartige unbestimmte Rechtsbegriffe durch die Gerichte voll überprüfbar sind. Das ist wichtig, weil die Behörden im allgemeinen dazu tendieren, Wertungen in diese Beurteilungen aufzunehmen, die – konfrontiert mit allgemein zugänglichen Quellen – einer kritischen Nachfrage nicht standhalten. Der Eindruck des Versuchs einer Geheimniskrämerei seitens der Behörden ist oft nicht von der Hand zu weisen.“

Dieter Maier ■

Karikatur: Rainer Hachfeld

Fotogebühr gekippt

Schlösser-Stiftung verlor Klage gegen Fotografen

Das Brandenburgische Oberlandesgericht hat die von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten geforderte Fotogebühr für Gebäude und Parks gekippt. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di bewertete die Entscheidung als ein „positives Signal in Richtung Pressefreiheit im öffentlichen Raum und bei der grundsätzlichen Abwägung zwischen Abbildung und Eigentum." Die Klagen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gegen die Agenturen Fotofinder und Ostkreuz wurden in der zweiten Instanz zurückgewiesen.

Die Stiftung hatte aus ihrem Eigentumsanspruch abgeleitet, dass auch journalistisch für Presseveröffentlichungen genutzte Fotografien der von ihr verwalteten Schlösser und Anlagen nur mit ihrer Genehmigung erstellt und nur gegen Gebühren an die Stiftung verbreitet und verwertet werden dürften. Dies würde mehr als 150 historische Bauten und rund 800 Hektar Gartenanlagen in Berlin und Brandenburg – darunter die Schlösser Sanssouci, Charlottenburg (Foto) und Rheinsberg – betreffen. Die Stiftung hatte dazu eigens „Richtlinien" für Foto-, Film- und Fernsehaufnahmen erstellt. Dort wird ein „Nutzungsentgelt" gefordert: „ Bei der Vereinbarung des Nutzungsentgeltes ist von den bei der Stiftung geltenden Tarifen auszugehen. Die Tarife erlässt der Generaldirektor der Stiftung."

In den Urteilen (Az. 5 U 12/09 und 5 U 13/09) hatte das Brandenburgische Oberlandesgericht (OLG) die Urteile der ersten Instanz aufgehoben und die Klage der Stiftung zurückgewiesen. In der Verhandlung am 10. Dezember 2009 hatte das OLG deutlich gemacht, dass im Gegensatz zur Rechtsauffassung der Stiftung das Abbildungsrecht nicht Bestandteil des Eigentumsrechts sei. Es hatte darüber hinaus die Frage aufgeworfen, ob die Stiftung nicht lediglich Treuhänder des Eigentums der Bürger sei. Träger der Stiftung sind die Bundesländer Berlin und Brandenburg sowie der Bund.

In seinen Urteilen differenzierte das Gericht zwischen Urheber und Eigentümer. Die Stiftung sei lediglich Eigentümer, aber nicht Urheber: „Es ist vielmehr das spezialgesetzlich geregelte Recht des Urhebers, wirtschaftlichen Nutzen aus seinem Werk zu ziehen." Daraus folgerte das Gericht: „Wollte man dies anders sehen, so würde das Eigentum an einer Sache dazu führen, da nahezu die gesamte Erdoberfläche unter Eigentümern aufgeteilt ist, dass risikofreies Fotografieren nur noch in den eigenen vier Wänden oder auf hoher See möglich wäre."

Auch für die dju in ver.di stellt die Forderung der Stiftung eine unzulässige Beschränkung journalistischer Tätigkeit und einen Eingriff in die Berufsausübung der betroffenen Kollegen dar. Sie hatte deshalb ihren betroffenen Mitgliedern bei Fotofinder und Ostkreuz Rechtschutz gegeben und die Verfahren inhaltlich und finanziell unterstützt. „Wir hoffen, dass wir in dieser Frage zu einer grundsätzlichen Klärung im Sinne der Fotografen und ihrer Rechte und mit einer eindeutigen Betonung von Presse- und Panoramafreiheit kommen und solchen Monopolisierungstendenzen einen Riegel vorschieben können," erklärte dju-Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen.

Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, das OLG hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung die Revision zugelassen.

Silke Leuckfeld ■

Foto: Petra Dreßler

Versetzung unwirksam

Das Bundesarbeitsgericht urteilte (9 AZR 3/09) am 23. Februar, dass die Versetzung einer Tageszeitungsredakteurin der *Berliner Morgenpost* in die Service- und Entwicklungsredaktion nicht zulässig ist. Mit Wirkung vom 19. Juni 2007 wurde die Klägerin versetzt und sollte dort mit zwei weiteren Redakteurinnen und einem Teamleiter u.a. eine Gesundheitsbeilage entwickeln. Sie klagte gegen die Versetzung und verlangte wieder in die Redaktion Reise/Stil, in der sie zuletzt beschäftigt war, zurückkehren zu können. Das Bundesarbeitsgericht stellte fest: „ Nach dem Arbeitsvertrag ist die Beklagte nur berechtigt, der Klägerin eine Redakteurstätigkeit bei anderen Objekten/Produkten zu übertragen. Es gehört nicht zum Berufsbild des Redakteurs, nur neue Produkte zu entwickeln, ohne noch zur Veröffentlichung bestimmte Beiträge zu erarbeiten. Zudem übertrug die Beklagte der Klägerin keine anderen Produkte, sondern entzog ihr ausschließlich die bisher bearbeiteten Produkte." In einem Parallelfall wurde mit ver.di-Rechtschutz ebenfalls erfolgreich gegen die Versetzung vorgegangen. *Sil* ■

Anzeige gegen Bauer

Der Betriebsrat der Lapsis KG, die zur Bauer Media Group gehört, hat eine Anzeige beim Amt für Arbeitsschutz eingereicht. Die Arbeitnehmervertreter fühlen sich in ihren Informations- und Beteiligungsrechten grob hintergangen. Hintergrund ist die kurzfristige Auflösung der Redaktion von *Wohnidee* und *Laura Wohnen kreativ*. Der Betriebsrat hatte erst kurz vor den Beschäftigten von der Auflösung erfahren. Die schnell geräumte Redaktion wurde wieder aufgebaut, nachdem klar war, dass der Betriebsrat sich wehren würde. Seitdem steht eine Geisterredaktion im Hamburger Messberghof im Kontorviertel. Parallel arbeitet aber eine neue Redaktion in München, die vorwiegend aus Freien besteht, für die Titel *Wohnidee* und *Laura Wohnen kreativ*. Der Name der Gesellschaft: Bauer Interior GmbH. Bauer weist die Vorwürfe von sich, die Darstellung des Betriebsrates sei in wesentlichen Punkten „grob unrichtig", heißt es. *Sil* ■

Blick über den Tellerrand

Berlinale-Diskussion über erschwerte Produktionsbedingungen

Koproduktionen und der Blick über den eigenen Markt hinaus, die genaue Einschätzung des eigenen Projektes und dessen Zuschauerpotentials – das sind die Zauberworte, mit denen Deutschlands Filmschaffende sich ihren Weg in Zeiten erschwerter Produktionsbedingungen bahnen könnten. So das Fazit der Berlinale-Diskussionsrunde, zu der der BundesFilmVerband von ver.di Produzenten, Autoren, Regisseure und Vermarkter im Februar eingeladen hatte.

Der Kinomarkt boomt, der deutsche Film ist mit einem Marktanteil von 27,4 % so beliebt wie noch nie. In diese stolze Bilanz mischt sich ein Wehrmutstropfen. Die Zuschauer lieben hoch budgetierte historische Stoffe, Bestsellerverfilmungen und leichte bis seichte Unterhaltung. Das anspruchsvolle Arthouse-Kino hat Zuspruch verloren.

Doch egal ob Michael „Bully“ Herbig oder Michael Haneke – ohne die Filmförderung von Bund und Ländern, das Branchensolidaritätsmodell Filmförderungsgesetz (FFG) sowie das Fernsehen läuft keine Kamera. Doch die öffentlichen Mittel des Bundes sind durch die egoistischen Klagen der großen Kinoketten gegen das FFG gefährdet. Sollten sie vor dem Bundesverfassungsgericht Recht bekommen und entschieden werden, dass der Bund das Kulturgut Film nicht fördern dürfe, zöge das ein Erdbeben nach sich. Rund 150 der 300 Mio. Euro jährlich zur Verfügung stehenden Fördermittel würden fehlen.

Das Fernsehen zieht ebenfalls die Bremse. ZDF-Programmdirektor Thomas Bellut hatte am Rande der Berlinale angekündigt, dass das Zweite sein Budget für Auftragsproduktionen in Höhe von 553 Mio. Euro bestenfalls aufrechterhalten könne. Mit einer ähnlichen Hiobsbotschaft hatte der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust nach der Intendantenkonferenz Anfang Dezember überrascht. Bei sinkenden Etats der Anstalten auf Grund des Rückgangs der Gebühreneinnahmen und dem Anstieg der Kosten der einzelnen Produktionen müsste die Zahl der Aufträge sinken. Die privaten Sender werden unter dem Kostendruck durch schwindende Werbeeinnahmen nachziehen – die Synchronisation einer amerikanischen Serie kostet nur die Hälfte des Drehs eines deutschen Pendants. Die Konsequenz wird sein, dass auch sie weniger Aufträge vergeben werden.

Ein Blick über die Grenze in den Norden zeigt, wie es anders gehen könnte. Die Erfolgs-Story des dänischen Films im vergangenen Jahrzehnt sei auch den günstigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verdanken, sagt Klaus Hansen, Chef der Dänischen Produzenten Vereinigung in der Diskussionsrunde des ver.di- Filmverbandes. 16 Mio. Euro staatlicher Förderung über das Dänische Filminstitut und 14 Mio. Euro von den zwei öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten stehen den Filmemachern zur Verfügung. Die Sender erhalten nur die Ausstrahlungsrechte für den heimischen Markt, der Rest verbleibt bei den Produzenten. Davon können deutsche Produzenten nur träumen. Im Sommer haben die Verhandlungen zwischen den Sendern und der Produzentenallianz über das Ende des völligen Rechte Buy Outs durch die Sender, durch das die Kreativen gar nicht oder nur unzureichend an Erlösen bei Verkäufen im Ausland oder auf Spartenkanälen beteiligt werden, begonnen. Ein Abschluss konnte bislang nur mit der ARD erzielt werden, doch der bleibt weit hinter dem dänischen Modell zurück. Die Sender seien aber kompetente und zuverlässige Partner, mit denen die Vorstellungen über einen Film abgestimmt werden können, gab Produzent Roman Paul, Golden-Globe-Gewinner mit „Paradise Now“ und „Waltz with Bashir“, zu bedenken. Arthouse-Filme seien ohne sie in Deutschland kaum zu realisieren. Seine Firma Razor Film hat alle Filme auch mit Partnern aus Europa, Israel und Palästina produziert und steht damit für einen wachsenden Trend im deutschen Film. Mehr als ein Drittel der Filme entstehen mit ausländischer Beteiligung, was die Abhängigkeit von deutschen Fernseh- und Fördertöpfen mindert.

Doris Kirch, die mit ihrer Firma Blue Angels von Berlin nach London gewechselt ist, steht für ein alternatives Finanzierungs-Modell, das vorrangig für kommerziell ausgerichtete Projekte interessant ist. Sie arbeitet mit dem Geld privater Investoren, die Renditen sehen wollen. Diese Alternative ist nach dem jahrelangen Missbrauch deutscher Steuergelder für Hollywood-B-Movies, deren Nutznießer nur vom „stupid german money“ sprachen, im Moment auf dem hiesigen Markt passe.

Als Produzentin fühlt sich Kirch für den gesamten Entwicklungsprozess eines Films verantwortlich. Autor Macus O. Rosenmüller warb dagegen für die Auslagerung des Drehbuchschreibens an externe Firmen wie seine Casascania. Sie bietet die Vorlagen erst an, wenn sie eine gewisse Drehreife erreicht haben. Dass die Qualität der Bücher das A und O bleibt, waren sich alle einig. An der Dramaturgie und den Dialogen hapere es zu oft, kritisierte Philipp Maenz, atlas International Film. Außerdem sei bei vielen Projekten, die ihm für den Vertrieb angeboten werden, nicht klar, welche Zielgruppe erreicht werden solle, benannte er einen Schwachpunkt in der Herangehensweise deutscher Filmemacher. Der Weltvertrieb könne aber nur verkaufen, wofür es einen Markt gibt. Wenn dieser ausgemacht sei, könne er jedes Budget zusammenstellen, egal ob für Arthouse-Filme oder hochbudgetiertes Event-Kino. *Katharina Dockhorn* ■

Foto: Meike Rath

Roman Paul, Razor Film (vorn) mit Doris Kirch, Blue Angels, und Autor Marcus O. Rosenmüller

Foto: Martin Weinhold

Warnstreik im Berlinale-Kino „Cubix“

Die Kinobeschäftigten des Cubix-Filmpalastes bekräftigten noch während der Berlinale am 19. Februar mit einem Warnstreik ihre Forderung nach fairer Bezahlung wie sie im Flächentarifvertrag für andere Kinounternehmen gilt. Seit Jahren verdienen die Beschäftigten im Cubix lediglich zwischen 6,57 € und 7,00 €. Gefordert wird eine Entgeltsteigerung von mindestens 10 Prozent. ver.di hat die Geschäftsführung des Cubix dazu wiederholt zu Verhandlungen aufgefordert. Das wurde bisher abgelehnt.

„Es ist skandalös, wie ein in Berlin erfolgreiches Kinounternehmen mit seinen Beschäftigten umgeht. Sie werden sich jetzt wehren, um endlich den Tarifschutz zu erkämpfen, den die Cubix-Geschäftsführung ihnen verweigert. Daher war ein Streik notwendig“, erklärte Dietrich Peters, zuständiger ver.di-Gewerkschaftssekretär. Im Dezember 2009 gab es die erste Aktion und weitere könnten folgen, wenn der Arbeitgeber nicht reagiert. Auf der Freifläche vor dem Kino Cubix in der Berliner Rathausstraße am Alexanderplatz gab es während des Streik eine besondere „Berlinale“ Premiere: Zum ersten Mal wurden vier Spots gezeigt, die der Filmverband Berlin-Brandenburg in ver.di im Januar gedreht hat. Thematisiert werden in den kurzen Sequenzen die Arbeitsbedingungen von Filmschaffenden und der Kinobeschäftigten. *wen* ■

Filmrezension: „Die 4. Revolution – Energy Autonomy“

Wenn Früchteöl Generatoren antreibt

Wir könnten viel Geld sparen, wenn wir von der Kernenergie und fossilen Energien (Kohle, Öl, Gas) auf erneuerbare, umweltfreundlichere (Sonne, Wind, Wasser) umsteigen würden. Dass wir uns dennoch immer wieder einreden, vor allem an Atomkraftwerken festhalten zu müssen, bringt nicht nur den Solarexperten Hermann Scheer, SPD (1999 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet), auf die Palme. Carl-A. Fechners Dokumentation, in der neben Scheer auch viele andere Befürworter der erneuerbaren Quellen zu Wort kommen, ist ein eindeutiges Plädoyer, dem manch einer vielleicht vorwerfen wird, nicht objektiv Vor- und Nachteile aller Energiekonzepte abzuwägen. Doch warum sollte ein Film eigentlich nicht politisch Position beziehen dürfen, zumal bei fundierter Recherche und überzeugenden Argumenten?

Fechner ist um die halbe Welt gereist, um sich davon zu überzeugen, wie hervorragend sich entsprechende Vorreiter-Projekte bewährt haben.

So werden etwa auf einer dänischen Halbinsel seit der Ölkrise in den 1970er Jahren rund 50.000 Menschen ausschließlich mit Windenergie versorgt. Vorbildlich auch der Einsatz des Deutschen Matthias Willenbacher, der Speisereste in der hauseigenen Biogas-Anlage in Energie umwandelt, die dann wieder beim Kochen verwendet werden kann. Mehrere hunderttausend Euro spart sein Unternehmen auf diese Weise.

Wer hätte gedacht, dass sich sogar Prominente wie Arnold Schwarzenegger, George Clooney oder Matt Damon in den USA schnittige Sportwagen mit Elektro-Antrieb haben bauen lassen, deren Strom aus erneuerbaren Energien kommt? Oder schauen wir in die Dörfer Malis: Hier werden mit Hilfe von Früchten, deren gepresstes Öl, Generatoren antreibt, 400 Familien mit Strom versorgt.

Das vielleicht eindrucksvollste Beispiel kommt aus Bangladesch: Der Friedensnobelpreisträger Muhammed Yunus, ein sympathischer Anti-Kapitalist, vergibt nicht nur Mikrokredite an die arme Landbevölkerung, damit diese ihre „kreative Energie“ nutzen kann, sondern er betreibt auch ein Tochter-Unternehmen, das auf den Dächern Bangladeschs 8.000 Solarmodule installiert.

Dagegen drehen sich die veralteten, verrosteten Windräder auf den Hügeln Kaliforniens schon lange nicht mehr. Scheers Vermutung, dass dort der Aufbruch ins Solarzeitalter von einer Seilschaft amerikanischer Energiekonzerne und deren politischen Helfershelfern gestoppt wurde, klingt plausibel. – Umso mehr, als dass auch die einflussreichen Befürworter der Atomenergie, die Fechner auch vor die Kamera holt, keine schlüssigen Argumente ins Feld führen können.

„Die 4. Revolution- Energy Autonomy“ ist ein faktenreicher, ambitionierter, wirtschafts- und globalisierungskritischer Film, der aufklärt, warnt, nachdenklich stimmt und auffordert zum sofortigen Umdenken und Handeln. – Schon allein deshalb, weil Millionen von Menschen in der Dritten Welt, die ohne Strom leben, geholfen werden könnte, wenn die Ressourcen gerechter verteilt wären. *Kirsten Liese* ■

D 2009. Regie: Carl-A. Fechner. 83 Min.

Foto(M): MEDIA OFFICE Karin Kleibel PR

Pressefreiheit im Rückwärtsgang

Taiwan: Regierung hält Reporter auf Distanz, wimmelt Anfragen ab

Bedroht von China und als Staat ignoriert vom Rest der Welt, ist Taiwan dennoch eine der wenigen Vorzeige-Demokratien in Asien. Doch nachdem das Land lange als Musterbeispiel für freie Berichterstattung galt, kritisieren Journalisten vor Ort und internationale Beobachter nun Rückschritte in Sachen Pressefreiheit.

Wie sich Berichterstattung verhindern lässt, hat Jenny Hsu am eigenen Leib erfahren. Als im Dezember ein chinesischer Unterhändler zu Verhandlungen nach Taiwan kam, wollte die Reporterin der Tageszeitung *Taipei Times* seine symbolträchtige Fahrt über einen berühmten See begleiten. Wie etwa 100 Journalisten wartete sie in offiziell bereitgestellten Booten mitten auf dem Wasser – und erfuhr erst per Handy von Kollegen, dass der Gesandte seine Pläne geändert hatte und längst woanders unterwegs war. Mehrere Stunden vergingen, bis die Reporter wieder an Land waren. Schon zwei Tage zuvor hatten Regierungsvertreter ihnen auf einer Irrfahrt im Bus das Ziel der Reise verschwiegen – angeblich aus Sicherheitsbedenken. „Wir sollten auf Distanz gehalten werden, damit wir nicht zu genau über die Stationen des chinesischen Gesandten berichten“, ist sich Hsu sicher. Generell sei die Pressearbeit der Regierung unkooperativer geworden, so die Reporterin. Kritische Anfragen würden oft abgewimmelt oder ignoriert.

Solche Aussagen lassen bei internationalen Beobachtern die Alarmglocken schrillen. In der neuesten Rangliste von „Reporter ohne Grenzen“ fiel Taiwan um 23 Plätze zurück auf Rang 59 – sogar noch hinter die chinesische Sonderverwaltungszone Hongkong. Das schmerzt Taiwaner besonders, verweisen sie doch gern darauf, dass sie aus eigener Kraft eine Diktatur überwunden und eine Demokratie errichtet haben, von der China weit entfernt ist. Auch in der Pressefreiheits-Rangliste der amerikanischen Organisation „Freedom House“ verlor Taiwan nach jahrelangem Fortschritt zuletzt 11 Plätze.

Beschwerden über unzulässige Einflussnahme auf die Medien häufen sich seit dem Regierungswechsel Mitte 2008, als die 23 Millionen Taiwaner die Kuomintang (KMT) wieder an die Macht wählten – die Partei des früheren Diktators Chiang Kai-shek. Die 1949 vom Festland nach Taiwan geflohenen Nationalchinesen der KMT hatten die Insel vier Jahrzehnte per Kriegsrecht beherrscht und zehntausende Regimegegner hinrichten lassen. Erst die Demokratisierung der Neunziger sorgte dafür, dass die Kalter-Krieg-Bezeichnung Taiwans als „Free China“ eine Berechtigung erhielt. 1996 wählten die Taiwaner erstmals ihren Präsidenten selbst. Heute ist die Gesellschaft in zwei tief verfeindete Lager gespalten. Obwohl die KMT sich nach acht Jahren in der Opposition mittlerweile zur Demokratie bekennt, befürchten Kritiker Verhaltensmuster aus der Zeit der Alleinherrschaft. „Sie haben einmal die Macht verloren und wollen jetzt sicher stellen, dass das nicht wieder passiert“, sagt Chuang Feng-chia, Vorsitzender von Taiwans Journalistenverband. „Dafür müssen sie die Medien unter ihre Kontrolle bringen.“

Wer bedrängt wen? Taiwans Präsident Ma Ying-jeou (KMT) präsentiert sich vor Kameras gern hemdsärmlig.

„Reporter ohne Grenzen“, „Freedom House“ und die Internationale Journalisten-Föderation (IFJ) berichten von Versuchen der Regierung, staatliche Medien inhaltlich zu beeinflussen. So trat der von der Vorgänger-Regierung eingesetzte Intendant des Auslands-Radiosenders RTI schon wenige Monate nach dem Machtwechsel zurück. Man habe ihm vorschreiben wollen, nicht zu kritisch über China zu berichten, begründete er seinen Schritt. Bei der staatlichen Nachrichtenagentur CNA wurde der frühere KMT-Wahlkampf-Sprecher stellvertretender Präsident, obwohl er keine journalistische Erfahrung hat. China- oder KMT-kritische Agenturmeldungen wurden Berichten zufolge intern zensiert. Besonders bizarr ist der Streit beim öffentlich-rechtlichen Fernsehsender PTS. Per Gesetzesänderung sorgte die KMT-Mehrheit für eine Vergrößerung des Vorstands – angeblich, um der Öffentlichkeit mehr Mitsprache zu ermöglichen. Zugleich entstand so eine Mehrheit, um den politisch unliebsamen PTS-Intendanten Cheng vor Ende seiner Amtszeit abzuwählen. Der konnte jedoch aufgrund eines Formfehlers das Zusammentreten des neuen Vorstands per einstweiliger Verfügung verhindern. Im Gegenzug verklagt nun die Regierung Cheng mit dem Argument, er habe für den Rechtsstreit Geld des Senders zweckentfremdet. Wer die Oberhand behält, war bei Redaktionsschluss noch offen.

Die Regierung weist die Vorwürfe zu-

Taiwan – Ein Land mit ganz besonderer Geschichte

Taiwan ist eine Insel vor der Südostküste Chinas, von der Größe Baden-Württembergs und mit 23 Millionen Einwohnern. Einst ein Vorposten des chinesischen Kaiserreichs, war Taiwan lange japanische Kolonie und wurde im gesamten 20. Jahrhundert nur vier Jahre lang vom chinesischen Festland aus regiert – von der „Republik China“ unter Chiang Kai-shek. Der zog sich nach der Niederlage im Bürgerkrieg gegen Maos Kommunisten 1949 mit seiner Armee nach Taiwan zurück und errichtete dort eine vierzig Jahre währende Einparteien-Diktatur. Seit den neunziger Jahren hat Taiwan sich zur Demokratie gewandelt.

Taiwans völkerrechtlicher Status ist kompliziert. Eigentlich ist es ein eigenständiges Land, doch die Volksrepublik China betrachtet die Insel als Teil ihres Territoriums und droht mit Krieg, sollte Taiwan sich offiziell für unabhängig erklären. Fast alle Staaten – auch Deutschland – haben keine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan, machen aber fleißig Geschäfte.

Vom Billig-Produzenten hat Taiwan sich zur High-Tech-Schmiede der Computerindustrie gewandelt. Bei Notebooks und Flachbildschirmen sind Taiwans Firmen Weltmarktführer. Zugleich sind chinesische Traditionen lebendig geblieben, die in der Volksrepublik zerstört wurden. Der Lebensstandard in Taiwan entspricht dem in Europa oder Japan.

Fotos: Klaus Bardenhagen

rück und besteht darauf, sich nie in die Belange der staatlichen Medien eingemischt zu haben. Schließlich seien Taiwans Zeitungen jeden Tag voll mit Kritik an der Regierung, sagte Premierminister Wu Den-yih auf Anfrage von M. „Pressefreiheit ist die schützenswerteste Form der Freiheit. Wir werden weiter daran arbeiten, sie zu verbessern." Unterdessen hat „Reporter ohne Grenzen" sich mit Taiwans offiziellem Vertreter in Paris getroffen. Das Gespräch sei konstruktiv gewesen, sagt der für Asien zuständige Mitarbeiter Vincent Brossel. Man sei zuversichtlich für das kommende Jahr, obwohl bereits weitere Berichte über politische Einmischung vorlägen.

Trotz aller Vielfalt bieten Taiwans private Medien erst recht keine Garantie auf unparteiische Berichte. Die acht (!) TV-Nachrichtenkanäle stehen, wie auch die meisten Zeitungen, dem einen oder anderen politischen Lager nahe. Durch die Wirtschaftskrise sei zudem die Regierung zum wichtigsten Werbekunden der Medien geworden, sagt der frühere CNA-Chef und Regierungssprecher Su Tzen-ping. Viele Medien ließen sich mittlerweile sogar von der Politik für maßgeschneiderte Beiträge bezahlen, die wie redaktionelle Berichte aufgemacht werden. Verbreitet sei unter Reportern auch die Selbstzensur, sagt Jenny Hsu von der KMT-kritischen Taipei Times. Oft höre sie von Kollegen, die für eher regierungsnahe Medien arbeiten: „Das brauche ich gar nicht erst zu schreiben, das streicht mein Redakteur sowieso wieder raus." Ob es tatsächlich Beschwerde-Anrufe der Regierung in Redaktionen gibt, wisse sie nicht. „Die Journalisten wissen aber, was von ihnen erwartet wird."

Klaus Bardenhagen (taiwanreporter.de), freier Korrespondent in Taipeh / Taiwan. www.taiwanreporter.de/medien ■

Leere Ankündigungen

Kambodscha: Kritische Medien stehen unter Druck

Vor vier Jahren versprach der kambodschanische Ministerpräsident Hun Sen, dass kein Journalist mehr für das, was er schreibt, verhaftet werden soll. Doch die Repressionen gegen Medienvertreter gehen unvermindert weiter, wie ein Bericht der Organisation „Reporter ohne Grenzen" (ROG) zeigt.

Für Hang Chakra gibt es keine Zweifel: „Meine Haftstrafe hat direkt mit unseren Artikeln zu tun", sagte der Herausgeber der Zeitung *Khmer Machas Srok* einem ROG-Mitarbeiter, der ihn im Gefängnis besuchte. „Mein Fall dokumentiert den Verfall der Pressefreiheit. Der Prozess war ungerecht und illegal. Doch ich werde weiter für die freie Meinungsäußerung kämpfen", betonte Chakra. Am 26. Juni vergangenen Jahres wurde der Journalist festgenommen. In seiner Zeitung waren Artikel über Korruption erschienen, in denen vor allem der stellvertretende Ministerpräsident Sok An namentlich genannt wurde. Die Klage gegen den Herausgeber wurde direkt von Kabinettsmitgliedern gestellt. In diesem Fall, so die Kambodschanische Journalistenvereinigung CAPJ, sei es der Justiz nicht möglich, unabhängig zu urteilen. Das Ergebnis: Ein Jahr Haft für Hang Chakra. Sein Leben im Gefängnis ist hart. Chakras Gesundheit ist angeschlagen, obwohl er von seiner Familie regelmäßig mit Lebensmitteln versorgt wird.

Immer wieder sehen sich Journalisten in Kambodscha aufgrund ihrer Recherchen mit Strafverfolgung konfrontiert. Trotz der vollmundigen Ankündigung des Regierungschefs, dass kein Journalist mehr wegen seiner Artikel ins Gefängnis gehen müsse, sind in den vergangenen zwölf Monaten mindestens zehn Verfahren gegen Medienvertreter eingeleitet worden. Bei missliebigen Berichten zögern hohe Beamte nicht, mit Hilfe der Justiz Rache zu nehmen. Besorgt fragte die Zeitung *Le Cambodge Soir* im vergangenen Jahr: „Kann man die Regierung noch kritisieren?"

ROG beklagt auch die strenge staatliche Kontrolle der Presse sowie die geringe Vielfalt der Medienlandschaft des Landes: Von den rund 300 beim Informationsministerium registrierten Zeitungen erscheinen nur 30 regelmäßig. Die meisten Printmedien sowie Fernseh- und Radiostationen unterstützen die Regierung. Dagegen sind oppositionelle und kritische Zeitungen in ihrer Existenz bedroht: Mit Klagen und Drohungen werden sie unter Druck gesetzt. Ein Boykott durch Anzeigenkunden macht zudem das ökonomische Überleben fast unmöglich. Auch Rundfunklizenzen werden bevorzugt an regierungstreue Sender vergeben.

Ein neues Strafgesetz könnte die Situation noch einmal verschärfen. Es wurde im Oktober 2009 vom Parlament beschlossen. Der Gesetzestext, über den ausschließlich die Regierungspartei beraten hat, wurde bislang allerdings nicht veröffentlicht. Es sollen aber neue Straftatbestände eingeführt werden, darunter „Rufmord" oder die „Veröffentlichung von Kommentaren, die geeignet sind, Druck auf Gerichte auszuüben". Diese Bestimmungen, so warnt ROG, könnten zur Einschränkung der Medienfreiheit missbraucht werden. *Harald Gesterkamp* ■

Foto: Knut Henkel

Bedroht und verfolgt

Pedro Matías Arrazola über die journalistische Arbeit in Mexiko

Der 46-jährige Journalist Pedro Matías Arrazola aus Mexiko lebt seit einem guten halben Jahr mit einem Stipendium der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte in der Hansestadt. Der aus Oaxaca stammende Reporter musste seine Heimatstadt verlassen, weil er dort nach einer Entführung und massiven Drohungen nicht mehr sicher war. Pedro Matías ist nach einer Stippvisite in Oaxaca gerade wieder zurück nach Hamburg gekommen.

M | *Wie war es nach einem halbem Jahr in Hamburg in ihre Heimatstadt zurückzukehren?*

PEDRO MATIAS ARRANZOLA | Es war schön Freunde, Kollegen und Verwandte wieder zu sehen. Ich wurde auch gefragt, wann ich zurückkomme und wieder journalistisch arbeite. Das zeigt, dass meine Arbeit gewürdigt wird – im Journalismus ist das nicht unbedingt alltäglich. Diese positive Erfahrung habe ich auch in Deutschland gemacht – auf Konferenzen, Tagungen, aber auch im Interview mit Kollegen. Das gibt Kraft, macht Mut und es ist der Beweis, dass die eigene Arbeit nicht auf dürren, ausgelaugten, sondern auf fruchtbaren Boden fällt. Die Chance auf einen Wandel in Mexiko ist wie ein Samenkorn, das man pflegen muss.

M | *Das bedeutet, dass Sie Ihre Rückkehr bereits vorbereiten?*

MATIAS ARRANZOLA | Ja, ich werde in wenigen Monaten zurückgehen, am 14. Juni. Dann muss ich sehen, wo ich arbeiten kann. Viele Medien sind in den Händen der Regierung; andere sind überaus vorsichtig und achten aufgrund der schwierigen ökonomischen Situation darauf, Problemen aus dem Weg zu gehen. Wenn man sich mit dem Staat anlegt, können weniger Werbeeinnahmen oder Ärger mit dem Finanzamt die direkten Folgen sein. Auf meine Haltung hat das keine Auswirkung, denn ich will nicht zu einem Komplizen dieses Systems werden.

M | *Mexiko ist in den letzten Jahren zum gefährlichsten Land für Journalisten in Lateinamerika geworden ...*

MATIAS ARRANZOLA | Ja, im Januar 2010 wurden bereits 3 Journalisten ermordet. Mexiko ist ein Land im Krieg. Dem Krieg gegen die organisierte Kriminalität wird derzeit alles untergeordnet, aber längst nicht alle Opfer sind Opfer dieses Krieges, haben Beziehungen zum Drogenmilieu oder arbeiten für die Regierung. Das ist zwar ein Eindruck der immer wieder entsteht und den die Regierung auch schürt, aber der ist einfach nicht korrekt. Es gibt viele Verbrechen, die nicht gesühnt werden, es gibt viele Unschuldige, die in diesem Konflikt sterben, es gibt aber auch viele Menschen, die aus ganz anderen Gründen sterben und deren Tod kaum mehr untersucht wird. Die Straflosigkeit ist längst zu einer Geißel unserer Gesellschaft geworden. Die Verbrechen an Journalisten gehören dazu. 2009 hat es 38 Angriffe auf Journalisten gegeben, so die nationale Menschenrechtsorganisation. Darunter fallen Morde, Entführungen, Attentate und Drohungen. Zudem verschwanden seit 2005 acht Kollegen spurlos.

M | *Wird die journalistische Arbeit nicht respektiert...?*

MATIAS ARRANZOLA | Nein und Teil des Problems ist, dass die Regierung viele Medien kontrolliert. Die Regierung zahlt, in Form von Anzeigen, und die Redaktion verhält sich entsprechend zurückhaltend. Die brisanten Themen werden ausgeklammert und es gab Fälle, wo darauf gedrängt wurde Kollegen zu entlassen, die nicht locker lassen. Es gibt kaum Raum für einen kritischen Journalismus in Mexiko.

M | *Gibt es Tabuthemen?*

MATIAS ARRANZOLA | Oh ja, die soziale Gewalt ist so ein Thema, es ist riskant über die politischen Strippenzieher zu schreiben, die regionalen Kaziken (Machthaber in indigenen Gemeinden d. R.). Was in Europa kaum registriert wurde, ist die Tatsache, dass die politische Öffnung zu Beginn dieses Jahrtausends nur in der Hälfte der Bundesstaaten Mexikos stattfand, die anderen fünfzehn Staaten sind nach wie vor von der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) dominiert. Dort gibt es nicht einmal minimale Änderungen in Richtung Demokratie. Das andere grundsätzliche Problem ist die Armut in Mexiko. Die hat inmitten der Krise weiter zugenommen. Ein weiteres heißes Thema ist das Jahr 2010, denn es ist das Jubiläum der mexikanischen Revolution von 1910 und ein Wiederaufflammen von revolutionären Kräften in Mexiko ist ein Schreckgespenst für die Regierung. Während im zentralen Norden Mexikos der Krieg mit den Kartellen tobt, findet im Süden des Landes ein sozialer Krieg statt. Derzeit verlegt die Regierung größere Armeeverbände in den Süden, weil sie Angst hat, dass es eine Wiederauferstehung der Guerilla geben könnte.

M | *Sind die Risiken für einen Lokaljournalisten größer als für einen Journalisten aus der Hauptstadt?*

MATIAS ARRANZOLA | Das Risiko ist für Lokaljournalisten höher als für Journalisten aus der Hauptstadt oder aus dem Ausland. Ein Lokaljournalist wird sehr viel schneller von den lokalen Behörden bedroht, wenn er über brisante Themen in der Gemeinde berichtet. Die lokalen Kaziken wissen wer er ist, wo seine Familie wohnt und so fort. Zudem werden die überregionalen Medien stärker wahrgenommen und an ihnen beziehungsweise deren Personal vergreift man sich nicht so ohne weiteres. Generell gilt die Regel: je kleiner das Medium, desto größer das Risiko.

M | *Die Tatsache, dass Mexiko das gefährlichste Land Lateinamerikas für Journalisten ist, dürfte der Regierung kaum gefallen?*

MATIAS ARRANZOLA | Ja, aber national wie international wird das kaum wahrgenommen. Ein Grund dafür ist, dass Mexikos Journalisten schlecht organisiert sind und keine einheitliche Stimme haben.

Das Gespräch führte Knut Henkel ■

service seminare

Journalismus aktuell

ABP, München. 8./9. April: Themenfindung. 15./16. April: Presserecht und Medienethik. 19. bis 21. April: Kreatives Schreiben – Zeitschrift I.
29. April: Presserecht für das Internet.
3. bis 8. Mai: Journalismus crossmedial.
ABZV, Bonn. 19./20. April in Stuttgart: Schreibcoaching. 22. April in Stuttgart: Crossmedia. 26. April in Hannover: Datenschutz in Redaktionen. 29. April in Stuttgart: Gehirngerechtes Schreiben. 29./30. April in Dresden: Recherche und Auskunftsanspruch.
ADB, München. 14. bis 16. April: Arbeit am Manuskript. 19./20. April in Hamburg: Freies Lektorat I – Sicher redigieren. 23./24. April in Berlin: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen.
AFP, Hamburg. 8./9. April: Schreibcoaching I. 15./16. April: Redigieren – Fachzeitschriften. 15./16. April: Newsrooms in Europa. 19./20. April: Themen finden. 19./20. April: Moderation von Veranstaltungen. 3. Mai: Feedback-Seminar (mit ausführlicher Kritik eines eigenen Textes).
AKAD, Berlin. 13. April: Beginn des 4-wöchigen Online-Kurses „Erfolgreich als Autor – Buchidee, Exposé, Veröffentlichung". 19. April: Beginn des 4-wöchigen Online-Kurses: „Creative Writing – Mehr Spaß und Erfolg beim Schreiben".
AM, Düsseldorf. 19./20. April: Professionell Texten – Lesenswerte Texte für verschiedene Anlässe.
APB, Tutzing. 16. bis 18. April: Gewaltige Medien – Jugend schützen, Chancen nützen.
BKB, Wolfenbüttel. 29. April bis 1. Mai: Basiskurs Erzählen II – Perspektive. 1. bis 3. Mai: Basiskurs Erzählen III – Dialoge.
DGB, Hattingen. 11. bis 16. April: Endlich richtig einsteigen! Grundlagen und Entwicklungstrends von Computer und Internet (Praxisseminar für Ältere).
18. bis 23. April: Superstars, Talkshows, Politik – Wie funktioniert Massenkommunikation und wie viel Macht haben die Medien? (mit Besuch eines TV-Produktionsstudios). 2. bis 7. Mai: Immer noch nicht im Internet? – Surfer zwischen Kommerz bei Ebay, E-Banking und Informationsüberflutung.
FES / JAK, Bonn. 21. April: Juristisches Rüstzeug – Einführung in das Presserecht (Basis-Modul III: Berufsrolle und neue Anforderungen). 3. bis 7. Mai in Würzburg: Gewusst wie – Journalistisches Texten für Berufseinsteigende (Basis-Modul I: Kernkompetenzen)
FFH, Bad Vilbel. 5. Mai: Google ist nur der Anfang – Online-Recherche für Profis.
JA, München. 7. bis 9. Mai: Content 2.0 – Crossmediales Arbeiten (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 19. bis 21. April: Schreibtraining für Fortgeschrittene. 26. bis 28. April: Journalismuskonzepte – Absichten, Wirkungen, Rollen.
KLARA, Berlin. 13./14. April: Texte bearbeiten. 22. bis 24. April: Jetzt wird's spannend – Kreativitätstraining.
MAZ, Luzern. 19. bis 22. April und 3. bis 6. Mai: Journalistisches Texten I – Was ist ein guter Text?
MH, Hamburg. 7. April: Abendkurs journalistisches Schreiben (1. von insgesamt 7. Terminen). 10./11. April: Kreativ Schreiben. 10., 11., 18. und 19. April (+ online): Recherche und Artikel.
PFA, Frankfurt. 23./24. April: Grundkurs Zeitung – Die Arbeit als Reporter und Redakteur.
TA, Augsburg. 13. April in Hamburg: Powertag Neue Medien. 20./21. April in Frankfurt, 27./28. April in Düsseldorf, 5./6. Mai in München: Textwerkstatt I + II. 27./28. April in Düsseldorf, 4./5. Mai in Stuttgart: 100-Ideen-Seminar I + II.

Journalistische Themen

ABP, München. 26. bis 30. April: Wirtschaftsjournalismus. 3. bis 7. Mai: Lokaljournalismus.
ABZV, Bonn. 28. April in Stuttgart: Schreiben für Kinder. 4. Mai in Stuttgart: Nutzwertiger Verbraucherjournalismus. 5. Mai in Stuttgart: Auffrischung Presserecht.
ADR, Rottenburg-Stuttgart. 19. bis 23. April: Politischer Journalismus.
AGI, Marl. 4. bis 7. Mai in Köln: Über Medien informieren und schreiben.
PFA, Frankfurt. 15. April: Das Bild des Islam in den Medien – Kino- und Diskussionsabend.

Journalistische Formen

ABP, München. 12. bis 14. April: Reportage I.
ABZV, Bonn. 12./13. April in Stuttgart: Praxis der Reportage. 26./27. April in Stuttgart: Nachrichtenauswahl und Kommentar.
AFP, Hamburg. 26. bis 28. April: Das Erklärstück.
JA, München. 7. bis 9. Mai: Das Interview (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
KLARA, Berlin. 21. April: Das Textkonzept. 21. April: Die Überschrift (Abendseminare).
MAZ, Luzern. 12. bis 15. April: Porträt – Du sollst dir (k)ein Bildnis machen. 20. bis 23. April: Interview – Im Dialog ermitteln und vermitteln. 3. bis 7. Mai: Reportage – Wir gehen näher ran.
3. bis 5. Mai: Magazinjournalismus – Analysieren, erzählen, überraschen.
MH, Hamburg. 17./18. April: Kleintexte. 23. bis 25. April: Sportreportage.

Journalismus online

ABP, München. 12. bis 16. April: Online-Texten. 26. bis 28. April: Online – Neue Darstellungsformen im Netz.
AFP, Hamburg. 12./13. April: Community Management II.
ARD. ZDF, Hannover. 8./9. April: Schreiben fürs Netz.
DGB, Hattingen. 25. bis 30. April: Homepages mit Joomla einfach selbst gestalten – Möglichkeiten und Grenzen der freien Meinungsäußerung bei der Veröffentlichung von Informationen im Netz.

Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: http://mmm.verdi.de

ABP Fon 089/49 99 92–0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28/259 00–0, www.abzv.de
ADB Fon 089/29 19 53 84, www.buchakademie.de
ADR Fon 07 11/16 40 726, www.seminarprogramm.info
AFP Fon 040/41 47 96–0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AGI Fon 023 65/91 89–0, www.grimme-akademie.de
AKAD Fon 030/61655–0, www.akademie.de
AM Fon 02 11/43 69 01 50, www.medienverband.de
APB Fon 081 58/256–0, www.apb-tutzing.de
AR Fon 021 91/794–0, www.apb-tutzing.de
ARD.ZDF Fon 06 11/59 05 04–0, www.ard-zdf-medienakademie.de
BET Fon 040/4 10 84–0, http://bet.de
BKB Fon 053 31/808–418, www.bundesakademie.de
COP Fon 02 21/739 32 62, www.cop-morrien.de
DGB Fon 023 24/50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
FCP Fon 089/34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de
FES / JAK Fon 02 28/883 -7124, www.fes.de/journalistenakademie
FFH Fon 061 01/988–140, www.ffhacademy.de
FHB Fon 040/399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
FHF Fon 069/13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
FM Fon 02 51/230 36 21 www.muenster.org/filmwerkstatt
HFS Fon 069/92 10 74 05, www.hoerfunkschule-frankfurt.de
IFFMA Fon 089/89 39 89 60, www.iffma.de
IFP Fon 089/54 91 03–0, www.ifp-kma.de
IP Fon 07 11/997 86 91, www.interspherial.com
ISFF Fon 030/200 92–74 42, www.isff-berlin.eu
JA Fon 089/167 51–06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31/365–6 00, www.hausbusch.de
KEP Fon 064 41/91 51 66, www.cma-medienakademie.de
KFH Fon 02 21/222 710–0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030/690 415 85, www.KLARAberlin.de
MAC Fon 089/544 151–74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41/41/226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030/68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MH Fon 040/306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
MKZ Fon 022 24/955–129, ww.ksi.de
MQ Fon 02 21/29 93 05–31, www.medienqualifizierung.de
NA Fon 040/41 13–28 42, www.newsaktuell.de
NK Fon 043 31/14 38–11, www.nordkolleg.de
PFA Fon 069/92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
PRE Fon o4 21/789 13, www.akademie-pressearbeit.de
RTL Fon 02 21/82 02–0, www.rtl-journalistenschule.de
TA Fon 08 21/41 90 36–0, www.textakademie.de
VSM Fon 089/83 51 91, www.videoschule.de

JA, München. 19. bis 21. April: Online-Reichweiten steigern.
JHB, Hagen. 26. bis 28. April: Schreiben fürs Internet.
MAZ, Luzern. 12./13. April: Multimedia III – Produzieren fürs Web. 26. April: Trends im Onlinejournalismus – Mehrwert für Web und Print.
NA, Hamburg. 16. April in Zürich: Social Media. 19. April: Texten für das Internet. 27. April in Zürich: Texten für das Internet. 30. April: Webtexte mit Haftkraft.

Layout / Infografik

BKB, Wolfenbüttel. 9. bis 11. April: Arbeiten mit Photoshop – Erstellen einer Fotomontage.
KEP, Wetzlar. 9./10. April: Gestalten mit Adobe InDesign für Einsteiger. 7./8. Mai: Zeitschriftenlayout für Einsteiger.
MAC, München. Ab 12. April werden an den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Printdesign, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).
NA, Hamburg. 15. April: Desktop-Publishing.

Volontäre

ABP, München. 12. bis 23. April in Kulmbach: Grundkurs I – Zeitschrift. 19. bis 30. April: Grundkurs I – Zeitung.
ABZV, Bonn. 19. bis 30. April: Grundlagen journalistischer Arbeit B1.
AFP, Hamburg. 3. bis 28. Mai: Kompaktkurs für Printvolontäre. 3. bis 14. Mai: Kompaktkurs für Radio-Volontäre.
AM, Düsseldorf. 3. Mai bis 2. Juni: Kompaktkurs Print.
IFP, München. 11. bis 23. April: Grundkurs I.
JHB, Hagen. 19. April bis 14. Mai: Volontärseminar. 3. bis 14. Mai: Seminar für Pressestellenvolontäre.

Fotografie

ABP, München. 4. bis 7. Mai: Die Bildredaktion.
ABZV, Bonn. 14./15. April in Stuttgart: Fotografieren für die Tageszeitung und fürs Web.
FCP, München. 6. Mai: Bildeinsatz im Corporate Publishing.
JHB, Hagen. 19. bis 21. April: Fotografie in der Pressestelle.
KLARA, Berlin. 26. bis 30. April: Fortbildung zum Bildredakteur.

13. bis 19. Juli 2010 in Hannover

Workshop Reportage-Fotografie

dju.

Auch wenn die großen Magazine immer weniger Seiten dafür zur Verfügung stellen, so ist und bleibt die Reportage die Königsdisziplin in der Fotografie. Reportagen zu fotografieren ist daher der Traum vieler Fotografen. Die Reportagefotografie stellt jenseits der Beherrschung fotografischer Technik die größten Anforderungen an den Fotografen. Der rote Faden muss erkennbar sei, die Geschichte sollte Rhythmus haben, sie muss auserzählt sein, sollte keinen Stilbruch aufweisen und darf keine Redundanzen haben. Und last but not least soll sie in spannenden Bildern erzählt sein.
Das nachfolgende Seminar soll erste Fähigkeiten und Grundlagen in der Reportagefotografie vermitteln. In der einen Woche sollen die Teilnehmer das Basiswissen der Reportagefotografie erlernen und eine eigene kleine Reportage fotografieren. In täglichen Korrekturen erfahren sie außerdem Grundlagen über Gestaltung, Technik und den »Magischen Moment«. Nach einem Einführungsvortrag zeigt Rolf Nobel eigene Reportagen, die das Wesentliche der Reportagefotografie verdeutlichen. Am Ende des Seminars stehen die Präsentation der einzelnen Arbeiten und die Abschluss-Besprechung.
Die Teilnehmer sollten Grundkenntnisse der Fotografie und journalistische Kenntnisse mitbringen. Technische Voraussetzungen sind eine digitale Systemkamera und ein Laptop.

Leitung: Prof. Rolf Nobel, FH Hannover, Abt. Design und Medien
Ort: Fachhochschule Hannover und Umgebung
Abteilung Design und Medien
(Studienrichtung Fotografie im modernen Design-Center)
Expo Plaza 2, 30539 Hannover
Teilnehmerzahl: Maximal 15 KollegInnen
Dies ist ein Workshop für hauptberuflich arbeitende Fotografen. Über die Teilnahme entscheiden Reihenfolge der Anmeldung und Qualifikation – die endgültige Entscheidung ist dem Seminarleiter vorbehalten.
Weitere Details: http://dju.verdi.de/fotografen/workshop-reportagefotografie-2010
Anmeldung auf dem Anmeldeformular bis zum 30. April 2010 an: ver.di Bundesverwaltung / RS 4 – dju Geschäftstelle, 10112 Berlin, z.Hd. Andje Raudszus, andje.raudszus@verdi.de
12 Pensionszimmer in der Nähe für Übernachtungen sind reserviert bei: Pension Messe-Blick, Hildesheimer Str. 144, Hannover-Laatzen, Telefon: 0511 – 823 70 50
Ü/F 35,00 Euro + Tagesverpflegung müssen selbst gezahlt werden.
Seminarkosten:
Für dju/ver.di-Mitglieder: 300,00 Euro (+ Übernachtung / Verpflegung, s.o.)
Für Nichtmitglieder: 400,00 Euro (+ Übernachtung / Verpflegung, s.o.)

Hörfunk

FFH, Bad Vilbel. 17./18. April: Strategie und Spontanität – Radio-Comedy. 23. April: Bewerbercoaching intensiv – Mit Erfolg ins Radiobusiness.
IFP, München. Personality statt Sprechmaschine – Einführung Hörfunkmoderation.
MAZ, Luzern. 6. bis 8. April: Beitrag am Radio – Schnell produziert und wieder vergessen. 26. bis 28. April: Nachrichten am Radio – Die Würze der Kürze.
MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio-, aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.
MH, Hamburg. 24./25. April: Hör-Spiel.
MQ, Köln. 12. April: Darstellungsformen im Radio – Live Takes. 13. April: Darstellungsformen im Radio – Reportage. 17./18. April: Ausbildung zum Moderationstrainer Hörfunk – Modul II. 28. bis 30. April: Moderationstraining – Grundkurs.
NK, Rendsburg. 30. April: bis 2. Mai: Radiofeature leicht gemacht.
PFA, Frankfurt. 17. April: Aircheck Radiojournalismus – Ein Feedback-Workshop.

Film & TV

ABP, München. 19. bis 23. April: Fernsehmoderation.
ABZV, Bonn. 21. April in Stuttgart: Internet-TV und Videografie. 6./7. Mai in Bonn: Konzepte für die Video-Berichterstattung.
AFP, Hamburg. 21. bis 24. April: Video fürs Web. 26. bis 30. April: Videojournalismus I.
AM, Düsseldorf. 4./5. Mai: Videojournalismus: Digital und effektiv produzieren – Aufbaukurs.
ARD.ZDF, Wiesbaden. 26. bis 29. April in Mainz: Fernsehmoderation intensiv.
BET, Hamburg. 21. bis 23. April: TV Produktionsmethoden HD.
FES / JAK, Bonn. 19. bis 23. April in Hamburg: Kamera ab – Grundlagen des Fernsehjournalismus (Basis-Modul II: Medienpraxis)
FHB, Hamburg. 9. bis 11. April: Aufbaukurs Drehbuchschreiben als Prozess – Ein erfolgreiches Drehbuch braucht seine Zeit. 10./11. April: Postproduktion – Durch Montage entsteht Filmkunst. 17./18. April: Dokumentarische Herangehensweisen – Orientierung für Seiteneinsteiger und junge Profis. 17./18. April: Stoffentwicklung im letzten Schritt beim Schnitt: Eine Geschichte – 1000 Schnitte. 7. bis 9. Mai: Einführung Drehbuchschreiben – Die ersten Schritte der Buchentwicklung.
FHF, Frankfurt. 16. bis 18. April: Dokumentarfilmpraxis – Lust auf echte Menschen. 24. April: Informationsveranstaltung Arbeiten für das Fernsehspiel.
FM, Münster. 7./8. April: Der Weg in die Selbständigkeit. 16. bis 19. April: Projektentwicklung Dokumentarfilm – Coaching. 23. bis 25. April: Filmkamera I – Theorie. 30. April bis 3. Mai und 13. bis 15. Mai: Filmkamera II – Praxis.
HFS, Frankfurt. 17. April: Aircheck Radiojournalismus – Ein Feedback-Workshop.
IFFMA, München. 27. bis 29. April: Location Lighting Workshop.
IFP, München. 2. bis 4. Mai: Live on Air – Schalten-Training für TV-Reporter. 6./7. Mai: Bilder, Montage, Technik – Einführung in den digitalen Fernsehschnitt.
IP, Stuttgart. 17. April: From Script to Screen – Golden Rules. 18. April: Filmische Dynamik und visuelles Erzählen.
ISFF, Berlin. 17./18. April: Innovative Doku-Filme. 3. bis 7. Mai: Doku-TV-Beiträge.
JA, München. 23. bis 25. April: Licht und Kamera (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
KEP, Wetzlar. 16. bis 18. April: Grundkurs Regie.

KFH, Köln. 10. April: Web-TV und IP-TV. 15. bis 18. April: Dokumentarfilm. 16. bis 18. April: Avid Media Composer I. 17./18. April: Am Anfang war das Chaos – Die kreative Arbeit mit den Bildern im Kopf. 17./18. April: HD-Grundlagen für Kameraleute und Assistenten. 24. April: Creative Producing. 24./25. April: Filmton-Grundlagen. 30. April bis 2. Mai: Avid Media Composer II. 30. April bis 2. Mai: Regie Grundlagen.
KLARA, Berlin. 8. bis 10. April: Videoreporter. 27. bis 29. April: Drehbuch schreiben.
MAZ, Luzern. 3./4. Mai: Wer (klug) fragt, gewinnt – Das TV-Interview.
MH, Hamburg. 7. bis 9. Mai: Drehbuch schreiben.
MKZ, Köln. 24/25. April: Schreibworkshop – Creative Writing für Medienberufe in Film und Fernsehen. 30. April bis 2. Mai: Filmproduktion: Die Grundlagen des Filmemachens II – Wie Filme laufen lernen.
RTL, Köln. 4./5. Mai: Texten für TV. 5. bis 7. Mai: Der Reporterbericht.
VSM, München. 9./10. April: Videofilmer-Workshop – Schritte zur Professionalität. 12. April: Kombiseminar – Digital filmen und bearbeiten mit HD oder DV.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 15./16. April: Management in Redaktionen – Rhetorik. 26. bis 28. April: Mitarbeiterzeitschrift. 3./4. Mai: PR 2.0 – Public Relations im Web.
ABZV, Bonn. 3. bis 5. Mai in Hannover: Teamchef und Teamplayer. 6./7. Mai in Bonn: Kommunikation für Newsdesk-Redakteure. 6./7. Mai in Stuttgart: Sonderveröffentlichungen und Kollektive.
ADB, München. 15./16. April: Verhandeln nach Drehbuch. 26./27. April: PR im Internet. 6./7. Mai: Workflow-Optimierung in Redaktion und Herstellung. 7. Mai: Crashkurs Online-Recht für Verlage.
AFP, Hamburg. 23./24. April: Blattmachen Magazin. 8./9. April: PR-Instrumente im Web.
AM, Düsseldorf. 20. April: Zu Gast beim Fernsehen – Medientraining für TV-Interviews. 4./5. Mai: Digitaler Blickfang – Die erfolgreiche Website.
AR, Remscheid. 14. bis 16. April und 16. April bis 27. Mai: PR online: E-Learning-Kurs mit zwei Kursphasen (1. Phase = Präsenzphase, 2. Phase = Onlinephase). 3. bis 7. Mai: Infotainment – Informieren und präsentieren mit Witz.
ARD. ZDF, Nürnberg. 13. bis 16. April: Projekte erfolgreich führen und leiten.
COP, Köln. 8./9. April in Frankfurt, 5./6. Mai in Düsseldorf: Richtungswechsel für Medienprofis am Wendepunkt – Gefördertes Coaching für neue Chancen. 14./15. April in München: Sinnstiftende Karrieren – Aus Überzeugung erfolgreich. 19./20. April in Berlin: Nomadenwissen für Medienschaffende – Handlungssicher unter allen Umständen. 26./27. April in Berlin: Phönix-Coaching für Presse-Profis: Erfolgreich Neuanfänge wagen. Zahlreiche weitere Coaching- und Karriereseminare zu verschiedenen Themen unter: www.copmorrien.de.
FCP, München. 14. April: Konzeption und Umsetzung von Unternehmenswebsites. 23. April: Der Pitch – Professionelle Vorbereitung und Erfolgsstrategien.
JA, München. 9. bis 11. April: Mehr Aufträge durch Profilschärfe – Selbstmarketing für Freie. 23. bis 25. April: Online-PR und Suchmaschinenoptimierung (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
JHB, Hagen. 26. bis 28. April: Kommunikation erfolgreich und effektiv gestalten. 3. bis 5. Mai: Organisation und Strategie in der PR-Arbeit.
KEP, Wetzlar. 16./17. April: Rhetorik II – Mit Worten Ziele erreichen. 16. bis 18. April: Präsentieren mit MS PowerPoint für Einsteiger. 23. bis 25. April: Mit der Stimme zum Erfolg. 30. April: Freie Journalisten – Mehr Qualität im Job.
KLARA, Berlin. 15./16. April: Die Pressemitteilung. 19. bis 23. April: Fortbildung zum Pressesprecher. 28. April: Themen finden und Exposés schreiben – Abendveranstaltung für freie Journalisten.
MAZ, Luzern. 26./27. April: Top oder Flop? – So trete ich kompetent auf.
MH, Hamburg. 26. bis 30. April: Sprechtraining.
MKZ, Köln. 14. April: Ran an die Presse – Effektive Pressearbeit. 7./8. Mai: Podiumsdiskussionen moderieren – kontrovers, kompetent, knackig und klar.
NA, Hamburg. 13. April: Zeitmanagement. 14./15. April in Zürich: Online-PR. 16. April: Digitales Pressematerial. 19./20. April in Düsseldorf: Pressearbeit für Fortgeschrittene. 20./21. April in Zürich: Professionell moderieren. 21. April in Frankfurt: Die gute Pressemitteilung. 26./27. April in Düsseldorf: PR-Konzepte für Fortgeschrittene. 26./27. April in Hamburg: Krisenkommunikation.
PRE, Bremen. 24./25. April: Medientraining kompakt – Mit Journalisten reden, Interviews meistern.
RTL, Köln. 26. bis 28. April: Führung und Kommunikation in Redaktionen.
TA, Augsburg. 4. Mai in Berlin: PR-Meldung I.

termine

Journalismus

Tönissteiner Medienpreis
BAD NEUENAHR-AHRWEILER. Suchterkrankungen werden in der Gesellschaft häufig tabuisiert, die Auseinandersetzung mit der Thematik wird gemieden. Der Wettbewerb würdigt journalistisches Engagement für Themen aus dem Umfeld der Suchterkrankung. Er steht unter dem Thema „Sucht und Komorbidität – Sucht in Kombination mit weiteren psychischen Erkrankungen". Zugelassen sind TV-, Hörfunk- und Pressebeiträge. Dotierung: Insgesamt 1.000 €. Einsendeschluss: 31. März. Kontakt: Andreas Goros, Fon: 026 41/914 – 235, E-Mail: agoros@ahg.de, Internet: www.toenisstein.de, www.wir-machen-unabhaengig.de.

Katholischer Medienpreis
BONN. Die Deutsche Bischofskonferenz vergibt den Preis in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands e.V. und dem Katholischen Medienverband. Er soll Journalisten zu qualitäts- und werteorientiertem Journalismus motivieren. Ausgezeichnet werden Beiträge, die die Orientierung an christlichen Werten sowie das Verständnis für Menschen und gesellschaftliche Zusammenhänge fördern. Zugelassen sind Beiträge aller journalistischen Gattungen die zwischen dem 4. Mai 2009 und dem 25. April 2010 in einem journalistischen Medium des deutschen Sprachraums veröffentlicht wurden. Der Preis ist nicht teilbar, jeweils 5.000 € werden in den Kategorien „Elektronische Medien" und „Printmedien" verliehen. Einsendeschluss: 26. April.
Kontakt: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Kirche und Gesellschaft, Geschäftsführung „Katholischer Medienpreis", Fon: 02 28/10 32 44, E-Mail: k.henning@dbk.de, Internet: www.dbk.de, www.katholisch.de.

Medienpreis Entwicklungspolitik
BERLIN. Ausgezeichnet werden Arbeiten von Journalisten, die dazu beitragen, das Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit für die Notwendigkeit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu fördern. Hauptberuflich tätige Journalisten können sich schriftlich mit Beiträgen bewerben, die 2009 erstmals in Deutschland und in deutscher Sprache in Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk, Internet oder im Fernsehen publiziert wurden. Dotierung: Insgesamt 15.000 €. Einsendeschluss: 30. April. Informationen: Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Stresemannstraße 94, 10963 Berlin, E-Mail: medienpreis@bmz.bund.de, Internet: www.bmz.de/de/presse/medienpreis/index.html.

BVKJ-Medienpreis
KÖLN. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in relativer Armut – Tendenz steigend. Kinder- und Jugendärzte sehen in ihren Praxen jeden Tag Kinder mit sozial bedingten Entwicklungsdefiziten und Verhaltensauffälligkeiten. Hilfe für Kinder, die im sozialen Abseits leben, kann nur aus der Gesellschaft kommen. Mit dem Medienpreis werden journalistische Beiträge aus den Kategorien Print, Fernsehen und Hörfunk ausgezeichnet, die das Thema „Kinder im sozialen Abseits" publikumsnah und fachlich kompetent behandeln. Eingereicht werden können deutschsprachige Beiträge die 2009 veröffentlicht wurden. Dotierung: Je Kategorie 5.000 €. Einsendeschluss: 30. April. Kontakt: BVKJ, Stichwort: BVKJ-Medienpreis, Fon: 02 21/68 90 9 – 0, E-Mail: bvkj.buero@uminfo.de, Internet: www.kinderaerzte-im-netz.de. http://kongress.bvkj.de.

Erich-Schairer-Journalistenpreis
STUTTGART. Die Erich-Schairer-Journalistenhilfe sucht in Kooperation mit der Stuttgarter Zeitung Glossen, Kommentare oder kleine Feuilletons. Ausgezeichnet werden prägnante und couragierte Meinungsbeiträge ebenso wie Kurzbeiträge, bei denen die Welt mit einem „fremden Blick, mit Charme und Verstand" thematisiert wird. Speziell junge Journalisten bis zum 35. Lebensjahr sollen angeregt werden, „originell und sprachlich reizvoll „kleine Formen" zu pflegen. Eingereicht werden können pro Teilnehmer zwei Texte, die 2009 in einer baden-württembergischen Zeitung erschienen sind. Dotierung: Insgesamt 6.000 €. Bewerbungsschluss: 30. April. Kontakt: Stuttgarter Zeitung, Chefredaktion, Stichwort Schairer-Preis, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart. Internet: www.stuttgarter-zeitung.de/schairerpreis.

Felix-Rexhausen-Preis
HAMBURG/KÖLN. Der Felix-Rexhausen-JournalistInnenpreis würdigt ein besonderes publizistisches Engagement bei der Berichterstattung über Lesben und Schwule. Eingereicht werden können

eigene Beiträge oder auch die von anderen Autorinnen und Autoren. Alle Mediengattungen und -formen sind zugelassen. Eine Begründung, warum genau dieser Beitrag einen Preis verdient, sollte beigefügt werden. Autorinnen und Autoren, die sich selbst bewerben, werden um eine kurze Biografie gebeten. Dotierung: 500 €. Einsendeschluss: 30. April. Kontakt: Bund Lesbischer und Schwuler JournalistInnen e.V., Martin Rosenberg, Fon: 02 21 / 97 27 – 411, E-Mail: medienpreis@blsj.de, Internet: www.blsj.de.

Rundfunk

Andere Worte – neue Töne
BONN. Wie wollen / können / müssen Menschen heute leben? Aus welcher – vielleicht ungewöhnlichen – Sicht werden alltägliche Probleme und bekannte Verhältnisse geschildert oder außergewöhnliche Beispiele beschrieben und alarmierende Ereignisse recherchiert? Der Nachwuchspreis des Journalistinnenbundes würdigt engagierte, in Form und Inhalt bemerkenswerte deutschsprachige Filme und TV-Beiträge von Kolleginnen bis zu 35 Jahren. Die zwischen dem 1. März 2008 und dem 1. März 2010 gesendeten Arbeiten sollen die Realität mit unverkrampftem Blick für die vielgestaltigen Lebensmuster und unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen wiedergeben. Einschränkungen in Bezug auf Thema, Ressort oder Genre sowie Länge bestehen nicht. Dotierung des Hauptpreises: 1.000 €. Bewerbungsschluss: 1. Mai. Kontakt: Geschäftsstelle des Journalistinnenbundes e.V., Fon 02 28 / 31 27 47, E-Mail: journalistinnenbund@t-online.de, Internet: www.journalistinnenbund.de.

Rundfunkpreis Mitteldeutschland
HALLE. Die Landesmedienanstalten von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen loben gemeinsam einen Preis für hervorragende Programmbeiträge privater kommerzieller Hörfunkproduzenten aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen aus. Hervorgehoben wird das Engagement der Mitarbeiter bei der Berichterstattung über diese einzelnen drei Länder wie über die gesamte Region Mitteldeutschland. Preise werden in den Kategorien „Bester Beitrag", „Beste Moderation", „Beste eigenproduzierte Werbung bzw. selbstentwickelte Promotion" verliehen. Dotierung: Insgesamt 8.500 €; für das Sonderthema „Wir sind ein Volk – von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung" weitere 1.000 €, außerdem je drei Länderpreise in Höhe von 500 € für besonders länderspezifische Themen. Teilnehmen können festangestellte und freie Mitarbeiter von mitteldeutschen privaten kommerziellen Hörfunkveranstaltern mit bis zu 60-minütigen Beiträgen, die im Zeitraum vom 20. April 2009 bis 2. Mai 2010 in den drei Ländern produziert und dort im privaten Hörfunk ausgestrahlt wurden. Einsendeschluss: 3. Mai 2010. Informationen: Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA), Kennwort: „Hörfunkpreis 2010", Fon: 03 61 / 211 77 – 0, E-Mail: mail@tlm.de, Internet: Internet: www.tlm.de/tlm/radio_tv/rundfunkpreis/index.php.

Fotografie

Europäischer Naturfotograf des Jahres
KIEL. Die Gesellschaft Deutscher Tierfotografen (GDT) lädt Fotografen aus ganz Europa ein, sich in insgesamt acht Kategorien zu bewerben. Der Naturschutzgedanke soll mit Mitteln der Fotografie gefördert werden. Ausschlaggebend sind Qualität und spezifischer Stil europäischer Naturfotografie. Dotierung: Für den Gesamtsieger 2.000 €, für alle ersten Plätze 400, für alle zweiten Plätze 200 € sowie Präsentation auf dem internationalen Naturfotofestival in Lünen. Einsendeschluss: 1. April. Informationen: Marc Hesse, Binsenhof 27, 14478 Potsdam, E-Mail: contest@gtdfoto.de, Internet: www.gtdfoto.de.

BFF-Förderpreis und Reinhart-Wolf-Preis
STUTTGART. Der Bund Freischaffender Foto-Designer (BFF) schreibt den Internationalen BFF-Förderpreis für die besten Hochschulabschlussarbeiten im Bereich Fotografie aus. Teilnehmen können Studenten, die im Zeitraum 1. April 2009 bis 31. März 2010 ihren Abschluss an einer in- oder ausländischen Hochschule oder Fachhochschule mit Erfolg erreicht haben. Die Arbeit muss als fotografische Leistung erkennbar sein. Dotierung: Insgesamt 12.500 €, der Förderpreisträger, dessen Hochschulabschlussarbeit als „Best of the Best" bestimmt wird, erhält zudem den mit 2.500 Euro dotierten Reinhart-Wolf-Preis. Einsendeschluss: 15. April. Kontakt: BFF, Tuttlinger Straße 95, 70619 Stuttgart, info@bff.de, Internet: www.bff.de.

Stipendium

Getty-Images-Stipendienprogramm
MÜNCHEN. Die Getty Images Grants for Editorial Photography sollen aufstrebenden und etablierten Fotojournalisten ermöglichen, Projekte von persönlichem wie auch journalistischem Wert zu verfolgen. Dafür werden fünf Stipendien für professionelle Fotojournalisten in Höhe von jeweils 20.000 $ sowie vier Stipendien für Fotografie-Studenten von jeweils 5.000 $ vergeben. Bewerbungsschluss: 1. Mai 2010. Kontakt: Getty Images Germany, Auenstr. 5, 80469 München, Fon: 0800 / 101 31 35, salesgermany@gettyimages.com, Internet: www.gettyimages.com/grants.

Stipendien Wissenschafts- und Auslandsjournalismus
BERLIN. Das Programm der Dr. Alexander und Rita Besser-Studienstiftung zielt auf die nachhaltige Verbesserung des Wissenschafts- und Auslandsjournalismus im deutschen Sprachbereich durch Förderung der Aus- und Fortbildung von Nachwuchsjournalisten ab. Gefördert werden können Praktika, (nicht oder nur gering vergütete) Volontariate und Ausbildungszeiten an Journalistenschulen. Voraussetzung ist ein mit mindestens gut abgeschlossenes Hochschul- oder Fachhochschulstudium. Eine journalistische Tätigkeit in der Wissenschafts- oder Auslandsberichterstattung sollte angestrebt sein. Höchstalter der Teilnehmer: 35 Jahre. Höchstgrenze für ein Jahresstipendium: 12.000 €. Kontakt: Dr. Marcus Lippe, Fon: 030 / 203 70 – 440, E-Mail: lippe@studienstiftung.de, Internet: www.studienstiftung.de.

Ad-hoc-Stipendien
DORTMUND. Ab sofort bietet die TU Dortmund mit Mitteln der Robert Bosch Stiftung im Rahmen der „Initiative Wissenschaftsjournalismus" Recherchestipendien für Journalisten. Die Umsetzung von mutigen und anspruchsvollen Rechercheprojekten soll gefördert und die Urteilsfähigkeit von Journalisten gestärkt werden. Unterstützt werden innovative Herangehensweisen an komplexe Wissenschaftsthemen, Forschungs- und Studienaufenthalte in Forschungseinrichtungen weltweit, Recherchen zu gesellschaftspolitisch relevanten Fragen der Wissenschaft sowie investigative Recherchen. Die Höhe des Stipendiums beträgt maximal 10.000 €. Interessierte können sich ganzjährig (ohne Bewerbungsfristen) bewerben. Informationen: Initiative Wissenschaftsjournalismus, Holger Hettwer M.A., Fon: 02 31 / 755 69 68, E-Mail: holger.hett-

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030 / 255 94 – 150
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: blum@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 15 gültig ab 1.1.2010
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 03.2010: 1.03.2010
M 04.2010: 1.04.2010
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

wer@tu-dortmund.de, Internet: www.initiative-wissenschaftsjournalismus.de/initiative/ad-hoc-stipendien.

Marion-Gräfin-Dönhoff-Stipendium
KÖLN. Die Internationalen Journalisten Programme (IJP) schreiben ein Stipendienprogramm für Osteuropa aus. Austauschländer werden voraussichtlich Polen, Russland, Belarus, die Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbaidschan sein. Fünf junge deutsche Journalisten bis zu 35 Jahren sollen in den Monaten Oktober und November bei einem russisch- bzw. polnischsprachigen Medium als Gastredakteur arbeiten. Sie erhalten einen persönlichen Eindruck von Politik, Wirtschaft, Kultur sowie vom gesellschaftlichen Alltag in GUS-Ländern oder Polen, arbeiten in einem fremden journalistischen Arbeitsumfeld und sammeln neue Erfahrungen. Das Stipendium besteht aus einer einmaligen Zahlung von 3.500 € für Reisekosten, Verpflegung, Unterkunft, Visa-Gebühren und Krankenversicherung. Bewerbungsschluss: 1. April. Kontakt: IJP e.V., Postfach 10 11 42, 50451 Köln, Internet: www.ijp.org.

Deutsch-Türkisches Journalistenstipendium
KÖLN. Die IJP schreiben ein Stipendienprogramm für die Türkei aus. Fünf junge deutsche Journalisten erhalten die Möglichkeit, zwei Monate in einem türkischen Medium als Gastredakteur zu arbeiten. Während ihres Arbeitsaufenthaltes sollen die Journalisten die politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Hintergründe des Staates besser einschätzen lernen. Die Stipendiaten sollen zum einen als Gastredakteur in einer türkischen Redaktion mitarbeiten. Zum anderen erwarten die IJP, dass sie für ihre Heimatredaktion (oder andere deutsche Medien) als Korrespondent auf Zeit über ihr Gastland berichten. Das Stipendium besteht aus einer einmaligen Zahlung von 3.500 Euro für Reisekosten, Unterbringung und Verpflegung. Bewerbungsschluss: 15. April. Kontakt: IJP e.V., Postfach 10 11 42, 50451 Köln, Internet: www.ijp.org.

Varia

Tagung Medienjournalismus
LEIPZIG. Am 29./30. April veranstaltet „MESSAGE – Internationale Zeitschrift für Journalismus" eine Fachtagung „Medienjournalismus – Probleme und Perspektiven". Die Fragen lauten unter anderem: Was sollte Medienjournalismus leisten, was leistet er aktuell? Können Medienjournalisten Watchdogs der eigenen Branche sein? Braucht es Medienkritik von außerhalb des Mediensystems? Wie kann sie finanziert werden? Für welche Zielgruppe lohnt es, Medienjournalismus zu machen? Die Konferenz gibt Gelegenheit, über das Rollenselbstverständnis von Medienjournalisten, das Problem der Unabhängigkeit, Recherchekultur und Finanzierungsmodelle zu diskutieren und zu reflektieren. Veranstaltungsort: Mediencampus Villa Ida Poetenweg 28, Leipzig. Kontakt: Message, Office Leipzig, Institut für praktische Journalismusforschung, Fon: 03 41/20 04 03 – 11, E-Mail: redaktion@message-online.com, http://www.message-online.com.

Berufsperspektive Entertainment und TV
KÖLN. Deutschlands TV-Sender und Produktionsfirmen sind ständig auf der Suche nach neuen Stoffen und Fernsehformaten: Talk, Game, Sitcom, Soap, Comedy oder Novelas – den Zuschauern soll rund um die Uhr Unterhaltung geboten werden. Das mibeg-Institut Medien bietet ab April Weiterbildungen in den Bereichen Entertainment Producing, Aufnahmeleitung und TV-Redaktion. Die bis zu sechsmonatigen Weiterbildungen können berufsbegleitend oder als Intensivseminar absolviert werden. Informationen: mibeg-Institut Medien, Barbara Rosenthal, Fon: 02 21/336 04 – 610, E-Mail: medien@mibeg.de, Internet: www.mibeg.de.

leute

Die Schauspieler **Iris Berben** und **Bruno Ganz** wurden in der Nachfolge von **Senta Berger** und **Günter Rohrbach** von der Mitgliederversammlung zu Präsidenten der Deutschen Filmakademie gewählt, die sich als Interessenvertretung der deutschen Filmschaffenden versteht.

Gunther Burghagen, bislang Leiter Sitcom bei RTL Television, verlässt das Unternehmen und wird freier Fictionproducer.

Deutscher Fachjournalisten-Verband: Prof. Dr. **Siegfried Quandt** (TransMIT-Zentrum für Kommunikation, Medien und Marketing) wurde im Amt des Präsidenten bestätigt; wiedergewählt wurden auch die Präsidiumsmitglieder Prof. Dr. **Mike Friedrichsen** (Hochschule der Medien Stuttgart) und **Christoph Minhoff** (Programmgeschäftsführer Phoenix). Neues Präsidiumsmitglied ist **Silke Liebig-Braunholz** (freie Journalistin).

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?
Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände … oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M": Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Deutscher Presseclub e.V.: Als Vorsitzender wiedergewählt wurde Dr. **Gerd Depenbrock**, Leiter des WDR-Hörfunkstudios in Berlin; Stellvertreter sind Dr. **Dieter Keller** (Südwest Presse) und **Birgit Wentzien-Ziegler** (SWR). Dem Vorstand gehören außerdem an: **Kristina Dunz** (dpa), Dr. **Wolfgang Koch** (Stuttgarter Zeitung), **Holger Schmale** (Berliner Zeitung) und **Beate Tenfelde** (Neue Osnabrücker Zeitung).

Dennis Dudek, seit Juli 2007 Bereichsleiter Redaktion und Chefredakteur von Sport1, verließ das Unternehmen. Seine Aufgaben übernahm kommissarisch **Roland Schekelinski**, Redaktionsleiter von Sport1.

Christine Eichel, zuletzt Leiterin des Kulturressorts „Salon" des Magazins Cicero, löst zum 1. Mai als Kulturchefin bei Focus **Stephan Sattler** ab, der künftig in einer Stabsfunktion beim Verleger Hubert Burda Sonderprojekte aus dem Bereich Kultur betreuen wird. Der designierte Focus-Chefredakteur **Wolfram Weimer** war bisher Chefredakteur von Cicero (Ringier Publishing GmbH).

Imke Hendrich, zuletzt für die dpa in Potsdam tätig, folgte als Dienstchefin der Nachrichtenagentur für Rheinland-Pfalz und das Saarland auf **Jörg Berendsmeier**, der zum ZDF wechselte.

Gerhard Hofmann, früher Chefkorrespondent von n-tv und RTL, zuletzt Sprecher des Europäischen Energieforums und als Geschäftsführer zuständig für den Aufbau des gleichnamigen Instituts, gründete in Berlin die Agentur Zukunft, Büro für Nachhaltigkeitsfragen.

Sebastian Holzapfel, bislang Onlinechef der FR, folgte in der gleichen Position bei der Frankfurter Neuen Presse auf **Peter Schmitt**, der Chef vom Dienst des Blattes wurde.

Jürgen Koppelin, FDP-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein und stellv. Fraktionsvorsitzender im Bundestag, folgt als Vertreter des Landes Schleswig-Holstein im Hörfunkrat von Deutschlandradio auf die ehemalige SPD-Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave.

Landespressekonferenz Sachsen-Anhalt: Wiedergewählt wurden der Vorsitzende **Wolfgang Borchert** (Radio SAW) sowie seine Stellvertreter **Hendrik Kranert** (Mitteldeutsche Zeitung), **Jochen Müller** (MDR), **Elke Proffen** (Techniker Krankenkasse), **Stephan Schulz** (MDR) und Schatzmeister **Jens Schmidt** (Magdeburger Volksstimme).

Holger Liebs, bisher im Ressort Feuilleton der SZ Redakteur für Bildende Kunst, folgt zum 1. Mai als Chefredakteur des Kunst- und Kulturmagazins Monopol (Ringier Publishing GmbH) **Cornelius Tittel** nach, der am 1. April Feuilletonchef und stellv. Chefredakteur der Welt wird.

Claus-Christian Malzahn, früher Politikchef von Spiegel Online, zuletzt Leiter des Spiegel-Büros in München, soll stellv. Politikchef bei der Welt-Gruppe werden.

Erwin Mantik, Ehrenpräsident des Landesverbands Haus & Grund Mecklenburg-Vorpommern e.V., folgte als Mitglied des NDR-Verwaltungsrats auf **Ulrich Born**, der in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingezogen ist.

Die Mediengruppe Ippen (Münchner Merkur, tz, Hessische/Niedersächsische Allgemeine) schloss ihr Berliner Büro, nachdem die beiden Hauptstadt-Korrespondenten **Holger Eichele** und **Ines Pohl** abgewandert sind. Pohl ist Chefredakteurin der taz; Eichele wurde Pressesprecher des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Michael Meyer-Böhm, zuletzt Geschäftsführer des Metropolensenders rheinmaintv (Bad Homburg), verließ das Unternehmen, um wieder im Bereich

Print tätig zu werden. Seine Aufgaben bei dem Sender übernahm vorerst der stellv. Geschäftsführer **Carsten Hartmann**.

Matthias Montag, bisher stellv. Programmchef von 105'5 Spreeradio (Berlin), löst als Programmchef von BCS Broadcast Sachsen (Hitradio RTL und sechs sächsische Lokalradios) **Uwe Schneider** ab.

Hansjörn Muder, früher u.a. stellv. Chefredakteur der Bild-Zeitung, zuletzt als Berater für die Bauer Media Group tätig, folgte als Chefredakteur des Yellows Neue Post (Bauer) auf **Kai Winckler**, der den Verlag „aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die weitere strategische Ausrichtung des Titels" verließ.

Andreas Nölting, bisher Chefredakteur des Wirtschaftsportals manager-magazin.de und auch zuständig für den Online-Auftritt des Harvard Business Manager, schied aus. Die Redaktionsleitung übernahmen **Arne Stuhr**, bislang stellv. Chefredakteur, und der bisherige Chef vom Dienst **Karsten Stumm**.

Erik Peper, bis Ende 2009 Vorsitzender der Geschäftsführung von Bild Digital, dann Geschäftsführer von AS Venture, soll Chefredakteur des WAZ-Portals derwesten.de werden, das nach dem Weggang von **Katharina Borchert**, die im April Chefin von Spiegel Online wird, der WAZ-Chefredakteur **Ulrich Reitz** leitet.

Clemens Riedl, bisher Geschäftsführer Sales der VZ-Netzwerke (studiVZ, schülerVZ und meinVZ), löst als Leiter der Netzwerk-Gruppe **Markus Berger-de León** ab, der sich auf seine Aufgaben als Vorstandsvorsitzender der Abacho AG (beide Holtzbrinck-Gruppe) konzentriert.

Wulf Schmiese, bisher für die FAZ Politischer Korrespondent in Berlin, wird neuer Hauptmoderator des ZDF-„Morgenmagazins".

Gabriele Schreib, bislang im Pressebüro Strande tätig, arbeitet jetzt auch als Online-Redakteurin für die Website suite101.de.

Gabor Steingart, zuletzt Büroleiter des Spiegels in Washington, übernimmt Anfang April die Chefredaktion des Handelsblatts (Düsseldorf).
Sein Vorgänger **Bernd Ziesemer** wechselt zum 1. November als Mitglied der Geschäftsführung zu Hoffmann und Campe Corporate Publishing.

Karl-Heinz Tölle, bisher Referent für die Schweineproduktion bei der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, folgte als Chefredakteur des Landwirtschaftlichen Wochenblatts Westfalen-Lippe (Landwirtschaftsverlag Münster-Hiltrup) **Franz-Josef Budde** nach, der in den Ruhestand trat.

Oliver Vogel, Produzent für die ZDF-Krimiserie „SOKO Stuttgart" bei der Bavaria Fernsehproduktion, folgt zusätzlich als Programm-Geschäftsführer der Colonia Media GmbH, eines Gemeinschaftsunternehmens von Bavaria Film GmbH und WDR mediagroup GmbH, auf **Winka Wulff**, die das Unternehmen verlässt.

Wolfgang Zehrt, Geschäftsführer des Multimedia-Dienstleisters ddp direct, wurde Sprecher der beiden Nachrichtenagenturen Deutscher Depeschendienst (ddp) und Deutscher Auslands-Depeschendienst (DAPD).

preise

Götz Alsmann, Musiker und TV-Entertainer, erhält den mit 2.500 € dotierten Münchhausenpreis 2010 der Stadt Bodenwerder (Niedersachsen).

Deutscher Hörspielpreis – Interpretin: **Maria Schrader** für die Lesung des Romans „Geschichten einer Ehe" von Andrew Sean Greer (Random House Audio); Interpret: **Andreas Fröhlich** als Protagonist in dem Hörspiel „Doppler" nach dem gleichnamigen Roman von Erlund Loe (Verlag Lauscherlounge); Kinderhörbuch: **Angeli Backhausen** (Regie) sowie die Sprecher **Kai Hogenacker** und **Patrick Mölleken** für das WDR-Hörspiel „Wie man unsterblich wird" von Sally Nicholls (Igel Records); Das besondere Hörbuch / Krimi: Autor **Åke Edwardson** und **Matthias Brandt** (Lesung) für „Der Himmel auf Erden" (Random House Audio); Fiktion: Autor **Alexander Kluge** und **Karl Bruckmaier** (Regie) für die BR-Produktion „Chronik der Gefühle" (Verlag Antje Kunstmann); Information: die Schauspieler **Peter Simonischek** und **Gert Voss** für das HR-Hörspiel „Briefwechsel", nämlich den zwischen dem Autor Thomas Bernhard und seinem Verleger Siegfried Unseld (der hörverlag); verlegerische Leistung: die Verlegerin und Regisseurin **Theresia Singer** für „wegwärts", eine Reihe akustischer Reiseführer mit dem Abenteurer und Autor Joscha Remus (Verlag headroom).

Die Schauspielerin **Ulrike Folkerts** wurde für ihre Darstellung der Ludwigshafener „Tatort"-Kommissarin (SWR) mit dem GdP-Stern 2009 der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kreisgruppe Kassel, ausgezeichnet.

Beim Hansel-Mieth-Preis, den die Reportage-Agentur Zeitenspiegel (Weinstadt) vergibt, werden Text und Fotos engagierter Reportagen gleichermaßen bewertet. Hauptpreis 2010 (6.000 €): **Andrea Böhm** (Text) und **Marcus Bleasdale** (Fotos) für „Freude, schöner Götterfunken" (Zeit-Magazin). Ausgezeichnet wurden außerdem: **Alexander Osang** und **Andreas Mühe** für „Die deutsche Queen" (Der Spiegel); **Hania Luczak** und **Andreas Reeg** für „Ein neuer Bauch für Leni" (GEO); **Alexander Osang** und **Verena Brandt** für „Tod im Paradies" (Der Spiegel); **Wolfgang Bauer** und **Heinz Heiss** für „Eine Klasse für sich" (Focus); **Steffen Gassel** und **Nati Sohat** für „Die fromme Front" (Stern); **Josef Seitz** für „Die Würde des Menschen wird tastbar" (Focus); **Carmen Butta** und **Hector Mediavilla** für „Dandy Cool" (GEO); **Holger Witzel** und **Jörg Gläschner** für „Endstation" (Stern); **Roman Pletter** und **Jens Umbach** für „Die große Landnahme" (brand eins). Gabriel-Grüner-Stipendium (6.000 €): **Ulf Schubert** (Text) und **Jesco Denzel** (Fotos) für das Projekt einer Reportage über soziale Konflikte am Victoriasee.

Nico Hofmann, Filmproduzent und Regisseur, wurde „für seine Verdienste um das Zusammenwachsen von Ost und West" mit dem Einheitspreis der Zeitschrift Super Illu für den Monat Februar ausgezeichnet. Das Blatt verleiht im Jahr 2010 monatlich einen Einheitspreis.

Zu „Hörbüchern des Jahres 2009" wurden von der hr2-Hörbuch-Jury die Anthologie „Lyrikstimmen – Bibliothek der Poeten" (Hörverlag) sowie das Kinder- und Jugendhörbuch „Simpel" (Hörcompany) von **Marie-Aude Murail** (Lesung: **Martin Baltscheit**) gewählt. Letzteres gewann auch den mit 10.000 € dotierten Hörbuch-Preis der Landeshauptstadt Wiesbaden.

60. Internationale Filmfestspiele Berlin – eine Auswahl der Preise, die auf, im Rahmen und am Rand der Berlinale vergeben wurden. Preise der Internationalen Jury / Goldener Bär: „Bal" („Honey") von **Semih Kaplanoglu** (Türkei). Silberne Bären – Großer Preis der Jury und Alfred-Bauer-Preis: „If I Want To Whistle, I Whistle" von **Florin Serban** (Rumänien); Regie: **Roman Polanski** für „The Ghostwriter" (Frankreich / Polen); Darstellerin: **Shinobu Terajima** (Japan) in „Caterpillar" von Koji Wakamatsu; Darsteller: **Grigori Dobrygin** und **Sergei Puskepalis** (Russland) in „How I Ended This Summer" von Alexei Popogrebsky; Kamera: **Pavel Kostomarov** (Russland) für „How I Ended This Summer"; Drehbuch: **Wang Quan'an** und **Na Jin** (China) für „Apart Together" von Wang Quan'an; Erstlingsfilm (50.000 €): „Sebbe" von **Babak Najafi** (Schweden). Preise der Internationalen Kurzfilmjury / Goldener Bär: „Incident By A Bank" von **Ruben Östlund** (Schweden); Preis der Jury: „The Descent" von **Shai Miedzinski**; DAAD Short Film Award: „The Cage" von **Adrian Sitaru**. Preise der Jurys Generation / Kinderjury Generation Kplus – Spielfilm: „Echoes Of The Rainbow" von **Alex Law**; Kurzfilm: „Franswa Sharl" von **Hannah Hilliard**. Jugendjury Ge-

neration 14plus – Spielfilm: „Neukölln Unlimited“ von **Agostino Imondi** und **Dietmar Ratsch**; Kurzfilm: „Ask The Wind“ von **Batin Ghobadi**. Internationale Jury von Generation Kplus / Großer Preis des Deutschen Kinderhilfswerks für den besten Film: „Boy“ von **Taika Waititi**; Spezialpreis für den besten Kurzfilm: „Apollo“ von **Felix Gönnert**. Preise der unabhängigen Jurys / Ökumenische Jury – Wettbewerb: „Bal“; Panorama: „Kawasaki's Rose“ von **Jan Hrebejk**; Forum: „Still Alive In Gaza“ von **Nicolas Wadimoff**. FIPRESCI – Wettbewerb: „A Family“ von **Pernille Fischer Christensen**; Panorama: „Parade“ von **Isao Yukisada**; Forum: „Crab Trap“ von **Oscar Ruíz Navia**. Preis der Gilde deutscher Filmkunsttheater: „Shahada“ von **Burhan Qurbani**. C.I.C.A.E. – Panorama: „Kawasaki's Rose“; Forum: „Winter's Bone“ von **Debra Granik**. Label Europa Cinemas: „Die Fremde“ von **Feo Aladag**. Teddy Awards – Spielfilm: „The Kids Are All Right“ von **Lisa Cholodenko**; Dokumentarfilm: „The Mouth Of The Wolf“ von **Pietro Marcello**; Kurzfilm: „The Feast Of Stephen“ von **James Franco**; Jury Award: „Open“ von **Jake Yuzna**. Dialogue en perspective (Deutsch-Französisches Jugendwerk): „Lebendkontrolle“ von **Florian Schewe**. Caligari-Filmpreis: „The Mouth Of The Wolf“. NETPAC-Preis: „Au revoir Taipei“ von **Arvin Chen**. Friedensfilmpreis: „Son Of Babylon“ von **Mohamed Al-Daradji**. Amnesty International Filmpreis: „Son Of Babylon“ sowie „Waste Land“ von **Lucy Walker**, **João Jardim** und **Karen Harley**. Femina-Film-Preis: **Reinhild Blaschke** für das Szenenbild in „Im Schatten“ von Thomas Arslan. Preis des Berlinale Talent Campus – Score Competition: **Camilo Sanabria** (Kolumbien); Berlin Today Award: **Bryn Chainey** (Australien) für „Jonah And The Vicarious Nature Of Homesickness“. Progress-Paula-Preis des Filmverleihs Progress (früher DEFA-Filmverleih): die Schauspielerin **Katrin Sass**. Thomas Strittmatter Drehbuchpreis der MFG Filmförderung Baden-Württemberg (25.000 €): **Nicole Armbruster** für „Festung“ (ZDF). Deutscher Drehbuchpreis 2010 (30.000 €): **Karsten Laske** für „Mein Bruder, Hitlerjunge Quex“.

Michael Maar, Essayist und Literaturkritiker, erhält den mit 8.000 € dotierten Heinrich-Mann-Preis 2010 der Berliner Akademie der Künste.

Der Medienpreis Schleswig-Holstein wird von der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH), der Dr. Hans Hoch-Stiftung und dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein (OKSH) für junge Medienschaffende ausgeschrieben. SchülerMedienPreis SH – 1. Preis (1.000 €): **Julia Benthien, Johanna Blume, Emily Dakers, Ann-Katrin Pfeuer** und **Laura Wagner** (Stormarnschule in Ahrensburg) für den Film „Das fehlende Blatt“; 2. Preis (750 €): **Jana Ulrika Peinelt** (Meldorfer Gelehrtenschule) für die Animation „I like birds“; 3. Preis (500 €): **Julius** und **Philipp Beeck** sowie **Lars Erichsen** (Meldorfer Gelehrtenschule) für ihr Video „Der Weg ist das Ziel!“. Dr. Hans Hoch-Preis für Medienkunst – 1. Preis (2.000 €): **Grete Göttrup**, Absolventin der Muthesius Kunsthochschule, für die Video-Installation „Lucent Lines – Tanz der Fassade“; 2. Preis (1.000 €): **Bastian Böhm** und **Nico Uthe**, Absolventen der Muthesius Kunsthochschule, für die Computeranimation „Bad News – a media fiction“; 3. Preis (500 €): **Mumme Halbe**, Studierender im Fachbereich Medien an der Fachhochschule Kiel, für den Film „Raceyard – join the team“.

Der undotierte Preis der deutschen Filmkritik wird vom gleichnamigen Verband VdFk vergeben. Die Preisträger für das Jahr 2009 – Spielfilm: „Das weiße Band“ von **Michael Haneke**; Spielfilmdebüt: „Salami Aleikum“ von **Ali Samadi Ahadi**; Darsteller: **Burghart Klaußner** in „Das weiße Band“; Darstellerin: **Birgit Minichmayr** in „Alle Anderen“ von Maren Ade; Drehbuch: **Michael Haneke** für „Das weiße Band“; Kamera: **Christian Berger** für „Das weiße Band“; Schnitt: **Hansjörg Weißbrich** für „Sturm“ von Hans-Christian Schmid; Musik: **Fabian Römer** für „Die Tür“ von Anno Saul; Dokumentarfilm: „Achterbahn“ von **Peter Dörfler**; Experimentalfilm: „Painting Paradise“ von **Barbara Hlali**; Ehrenpreis: **Ron Hollway**.

Der undotierte puk-Journalistenpreis wird von politik und kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, für die „allgemein verständliche Vermittlung kulturpolitischer Themen in den Medien“ vergeben. Die Preisträger 2010: Die Journalisten **Martin Kotynek, Hans Leyendecker** und **Nicolas Richter** von der SZ, die den NDR-Drehbuchskandal aufgedeckt haben; die freie Hörfunkjournalistin **Ulrike Migdal** für den Beitrag „Ich schicke Dir 155 Küsse und 398 Grüße“ (Deutschlandfunk) über die Dichterin Ilse Weber; die freien Fernsehjournalisten **Claudia** und **Günter Wallbrecht** für den Beitrag „Ich find, die singen da so komisch – Oper für Anfänger“ (NDR). Eine Anerkennung ging an die Feuilletonredaktion der tz (München) für den Abdruck einer Serie von deutschen Balladen.

Christoph Schlingensief, der „von Beginn an alle Möglichkeiten des kreativen Filmemachens genutzt“ habe, wurde der mit 10.000 € dotierte Helmut-Käutner-Preis 2010 der Stadt Düsseldorf zuerkannt.

Die Journalistin und Literaturkritikerin **Dorothea von Törne** wird mit dem diesjährigen Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik in Höhe von 5.000 € ausgezeichnet.

Christoph Waltz (Österreich) wurde von der British Academy of Film and Television Arts (Bafta) für „Inglourious Basterds“ von Quentin Tarantino mit dem Preis für den besten Nebendarsteller ausgezeichnet.

Der Journalist **Andreas Wolff** aus Berlin, u.a. Oban-Korrespondent des gälischsprachigen Radio- und TV-Programms der BBC Alba, gewann die Highlands and Islands Media Awards in Schottland, ein Preis, mit dem vor allem Journalisten ausgezeichnet werden, die sich um die gälische Sprache verdient gemacht haben.

53. World Press Photo Contest – Pressefoto des Jahres 2009 (10.000 €): **Pietro Masturzo** (Italien). Unter den 63 ausgezeichneten Fotografen aus 23 Ländern waren auch deutsche Teilnehmer: Kategorie Tägliches Leben / 1. Preis: **Michael Wolf** (Agentur Laif); Kategorie Natur / 2. Preis: **Peter Bialobrzeski** (Agentur Laif); Kategorie Allgemeine Nachrichten / 3. Preis: **Meiko Herrmann** (Berlin).

Dem ZDF-Online-Modul „Berlin-Bilanz“, mit dem im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 Politiker interaktiv gecheckt werden konnten, wurde der mit 5.000 € dotierte Medienpreis des Deutschen Bundestags zugesprochen. Ihn nahmen die bei dem Projekt federführenden ZDF-Redakteure **Eckart Gaddum, Nick Leifert** und **Malte Borowiack** entgegen.